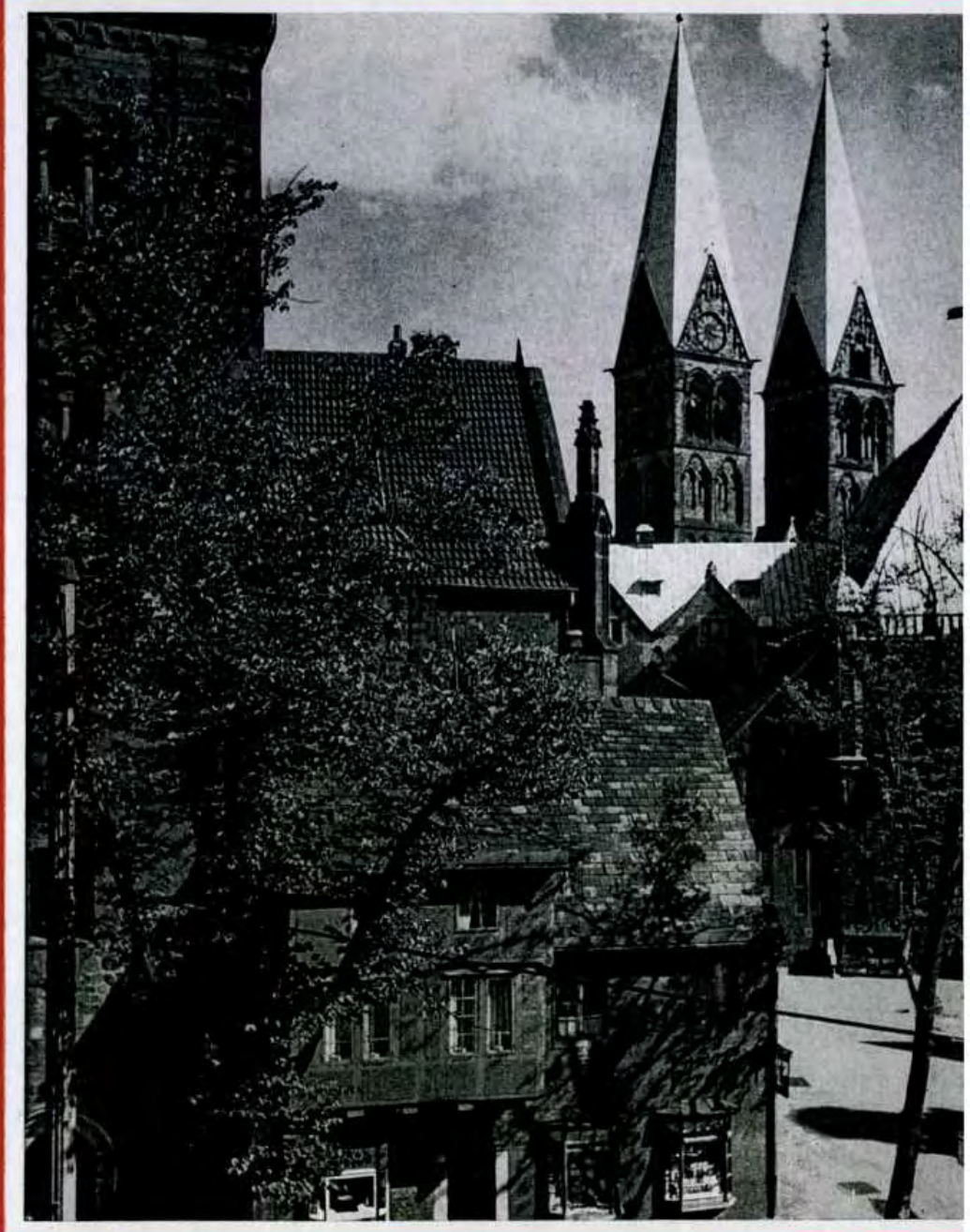
T 5473 F

DER AUFBAU

BÜRGER UND STADT



1945 - 1970 25 JAHRE
AUFBAUGEMEINSCHAFT
BREMEN

HEFT 3 BREMEN · SEPTEMBER 1970 24. JAHRGANG

INHALTSVERZEICHNIS

Teil I – Bürger und Stadt

Gedanken zum Wesen der Urbanität
Dr. Gerhard Schilling,
Winterberg i./W.

Die Kniebrücke in Düsseldorf
Prof. Friedrich Tamms, Düsseldorf

Als der Westen brannte
Aus: Bremen einst und jetzt

25 Jahre Aufbaugemeinschaft Bremen
Gerhard Iversen, Bremen

Dankbarkeit
Gerhard Iversen, Bremen

20 Jahre Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau GmbH

Nordbremische Gesellschaft für Wohnungsbau mbH

Teil II – Aus der Arbeit in Bremen

Aufbaugemeinschaft Bremen
Gerhard Iversen, Bremen

Ein Büro für Bürgerhilfe
Klaus Zeitler, Würzburg

Der Grüne Kreis Bremen

Stiftung Spazierengehen e. V.

Teil III – Umschau

Erhöhung der Haushaltsmittel für Naturschutz

Macht den Dollart zum internationalen Naturreservat!

Zwangsabtretung zu Gunsten der Erholung

Die Linde von St. Blaise – Lehren aus ihrer Fällung

Gesunde Umwelt – erste Bürgerpflicht

Der neue Elektro-Bus

Luftverkehr – ADV-Verkehrslandeplätze im Jahr 1969

Beratung der Boeing-747-Abfertigung

Zuviel städtischer Straßenbau tötet die Stadt

Grundsteinlegung für das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven

Titelbild:

Unser Lieben Frauen-Kirche / Rathaus / Dom zu Bremen

DER AUFBAU

BÜRGER UND STADT

GESELLSCHAFT FÜR STÄDTEBAU

unter Mitarbeit von: Aufbaugemeinschaft Bremen e. V. · Bund Deutscher Architekten im Lande Bremen e. V.
„Der Grüne Kreis", Bremen, Vereinigung freischaffender Architekten und Bauingenieure e. V., Bremen. Vereinigung für Städtebau e. V., Bremen

Heft 3 | September 1970 | 24. Jahrgang

Gedanken zum Wesen der Urbanität

Der Newski-Prospekt

Von Dr. Gerhard Schilling

Um das Losungswort „Urbanität" ist es wieder stiller geworden, nachdem es zeitweilig auf keiner Tagung von Architekten oder Stadtplanern fehlen durfte. Geblieben aber ist die Forderung, daß unsere Großstädte nicht bloß gewaltige Ansammlungen von Menschen, Verkehr und Geschäftigkeit sein sollen, sondern auch **urban** sein mögen, um unverwechselbare Stadtpersönlichkeiten darzustellen. Damit bin ich schon bei einem Wesenszug des Begriffes urban. Das lateinische Adjektiv „urbanus" (städtisch, fein, geistreich) und mit ihm das deutsche Lehnwort „urban" entstammen zwar dem lateinischen Substantiv „urbs", die **große** Stadt. Aber daraus folgt keineswegs, daß jede große Stadt schon eine urbane Stadt ist. Umgekehrt können auch verhältnismäßig kleine Residenz- oder Hafenstädte, ja sogar Badeorte und Wintersportparadiese durchaus urban sein. Was also macht das Wesen der Urbanität aus, etwa die architektonische Schönheit der Gesamtanlage, der Luxus der Läden, der dichte Verkehr, das Gehaben der Bewohner und Besucher? Das alles natürlich auch. Aber es muß noch ein Ingredienz — wie ein Aroma oder ein Opiat — hinzukommen, nämlich das Gefühl der Menschen, an dieser Stätte dem Alltag enthoben zu sein. Urban ist eine Stadt, in der wir uns erleichtert, beschwingt und erhöht fühlen — wie die Passanten des Newski-Prospektes in Gogol's Erzählung „Der Newski-Prospekt". Alles, was der russische Dichter Nicolai Gogol — er lebte von 1809 bis 1852 — zum Preise jenes Platzes sagte, atmet Urbanität. Also hören wir ihn an:

„Es gibt nichts besseres als den Newski-Prospekt, wenigstens in Petersburg: für diese Stadt bedeutet er alles. Wo ist der Glanz, von dem diese Schönheit unter den Straßen nicht glänzte? Ich weiß genau, daß auch nicht einer der ärmlichen und blassen Beamten, die die Einwohnerschaft der Residenz bilden, jemals den Newski-Prospekt gegen alle Herrlichkeiten der Welt vertauschen würde. Nicht einmal der fünfundzwanzig Jahre alte Besitzer eines vorzüglichen Schnurrbarts und eines unerhört geschnittenen Rockes, nein — sondern selbst der, bei dem am Kinn die weißen Haare stoppeln und dessen Kopf blank wie ein silbernes Teebrett ist — selbst der ist ganz begeistert vom Newski-Prospekt. Und die Damen! Oh, den Damen ist er noch viel angenehmer, der Newski-Prospekt. Ja, und wem sollte er denn auch nicht angenehm sein? Kaum hast du den Newski-Prospekt betreten — und schon duftet bereits alles nach Feiertag und nach Promenade. Und wenn du auch irgendeine wichtige, unaufschiebbare Arbeit vorhast — sobald du sein Trottoir betrittst, vergißt du todsicher jegliche Arbeit. Dies hier ist der einzige Ort, wo die Menschen nicht im Zwange der Notwendigkeit hinkommen, wohin sie nicht jenes dringende merkantile Interesse hingetrieben hat, welches doch sonst ganz Petersburg umfängt. Es scheint, als ob der Mensch, den man auf dem Newski-Prospekt trifft, weniger Egoist sei als auf der Morskája, Goróschowaja, Litjeinaja, Meschtschánskaja und anderen Straßen, wo Gier, Ehrgeiz und Zwangsläufigkeit auf den Mienen der Fußgänger und der in Wagen und Droschken Einherjagenden ausgedrückt sind. Der Newski-Prospekt ist die allverbindliche Kommunikation Petersburgs. Hier kann der Bewohner der Wiborger oder Petersburger Seite, welcher schon mehrere Jahre seinen Freund am Moskauer Tor oder auf den Pesski nicht besucht hat, vollkommen sicher sein, ihn unfehlbar zu treffen. Kein Adreßbuch und keine Auskunftsstelle vermögen einem so zuverlässige Nachrichten zu vermitteln wie der Newski-Prospekt. Er ist allmächtig, dieser Newski-Prospekt . . ."

Der Dichter läßt dann ein ganzes buntes Tagesgeschehen auf diesem Platze abrollen. Mehr noch, er schildert spannend zwei Liebesgeschichten, die sich auf und nahe dem Newski-Prospekt ereigneten, eine tragische und eine komische. Dann fährt er sinnend fort:

„Aber am sonderbarsten sind doch die Dinge, die auf dem Newski-Prospekt passieren. O, glauben Sie ihm nicht, diesem Newski-Prospekt! Ich wenigstens hülle mich noch jedesmal möglichst fester in meinen Mantel, wenn ich dort gehe, und bemühe mich, auf die entgegenkommenden Dinge überhaupt nicht zu achten. Alles ist Schwindel, alles Schimäre, alles nicht das, was es scheint! . . ."

Und nun schildert der Dichter, was nicht alles Lug und Trug auf dem bislang so gepriesenen Newski-Prospekt ist.

Auch diese Warnungen sind für unsere Betrachtung bedeutsam. Denn die hohe Kunst wie Untugend, mehr zu scheinen als zu sein, und die entsprechende janusköpfige Magie, zu blenden, um zu enttäuschen, oder sich blenden zu lassen, um enttäuscht zu werden, ja auch diese fragwürdigen Seiten des stadtgeprägten Lebens gehören zum Wesen der Urbanität; im Zeitalter der Werbung selbstverständlich noch mehr als in den gediegenen Zeiten eines Gogol.

Aber nein! Einschränkung: Eben die mannigfachen Reize und Verführungsmöglichkeiten urbaner Städte machen ihre Bewohner wiederum besonders wach, gewitzigt und unverführbar und entwickeln in vielen von ihnen einen ausgeprägten Sinn für Qualität und Geschmack.

Also pflegen wir getrost die Urbanität — im Städtebau wie bei den Menschen!

(Die Zitate sind entnommen der im Diogenes-Verlag in Zürich unter dem Titel „Die Nase" erschienenen Sammlung von Gogol-Erzählungen, die Sigismund von Radecki aus dem Russischen ins Deutsche übertragen und herausgegeben hat.)

Luftaufnahme Kniebrücke

Die Kniebrücke in Düsseldorf überspannt den Rhein in einer scharfen Biegung, dem K n i e , das den Arbeitstitel prägte. Doch der Name wurde so populär, daß er als endgültige Bezeichnung blieb. Photo: W. Moog. Freigg. Reg. Präs. Dsdf. Nr. 19/80 8543

Die Kniebrücke in Düsseldorf

Von Friedrich Tamms

Vorwort des Herausgebers:

Brücken sind Bindeglieder von der einen Seite des Stromes zur anderen. Große Baumeister haben in Vergangenheit und Gegenwart ihr bestes gegeben, um für diese Bauwerke den richtigen Standort zu finden, eine Gestaltung zu wählen, die den landschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird und der menschlichen Begegnung über den Strom hinweg zum anderen Ufer dient. Im Herbst 1969 wurde wohl eines der schönsten und interessantesten Brückenbauwerke in unserem Land dem Verkehr und damit dem Menschen zur Nutzung übergeben — **die Kniebrücke über den Rhein in Düsseldorf.**

Dieser Bericht in Wort und Bild soll dem Bürger deutlich machen, welche umfangreichen und mühevollen Arbeiten notwendig sind, um ein solches Bauwerk zu planen, vorzubereiten und durchzuführen. Aus dem Sonderheft anläßlich der Brückenübergabe sind folgende Informationen interessant:

„Der Bau der neuen Straßenbrücke über den Rhein, etwa in Höhe der um 1800 geschleiften Festungsanlagen zwischen der Karlstadt und der Friedrichstadt, folgt einem jahrzehntealten Vorschlag. Im Jahre 1912 wurde in einem Wettbewerb für einen Gesamtbebauungsplan für die Stadt Düsseldorf die Arbeit der Professoren Bruno Schmitz (Charlottenburg) und Otto Blum (Hannover) mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Dieser Entwurf enthielt eine Andeutung für eine Rheinbrücke in Höhe der Haroldstraße. Die Planer wiesen in ihrem Erläuterungsbericht darauf hin, daß Düsseldorf, das sich bis dahin hauptsächlich in Nordsüdrichtung entwickelt hatte, auch eine städtebauliche Chance in westlicher Richtung habe. Ihr Vorschlag, eine Radiale von Osten her in die Stadt zu treiben und im Zuge der Graf-Adolf-Straße—Haroldstraße eine Überquerung des Rheinbogens zu suchen, war Teil ihrer Verkehrsplanung."

„Erst die Nachkriegsplanung hat sich dieses Problems ernsthaft angenommen; in einer Denkschrift vom Oktober 1951, die den Titel „Brücken für Düsseldorf" trägt, wurde dargelegt, daß für den innerstädtischen Verkehr mehrere Rheinbrücken erforderlich seien, darunter auch die „Kniebrücke". Nun ging man daran, eine Brücke zu entwerfen, die den heutigen städtebaulichen und verkehrstechnischen Erfordernissen entspricht. Die Trassenführung wurde dabei gegenüber dem Plan von 1912 auf der Düsseldorfer Seite nicht unwesentlich verändert."

„Die Brücke ist weitgehend geschweißt. Dadurch wurde ein Minimum an Materialverbrauch und eine überraschende Schlankheit des Bauwerks erreicht; das Stützverhältnis beträgt 3,20 zu 320 m. Nach langen Überlegungen wurden die Pylone nicht auf die üblichen Steinpfeiler aufgesetzt. Sie steigen unmittelbar aus dem Strom empor. Dadurch sind die Eintauchstellen den wechselnden Wasserständen des Rheins ausgesetzt. Infolgedessen sollten diese Abschnitte ursprünglich mit Edelstahl umkleidet werden. Es wurde davon aber Abstand genommen, weil der Stahl, aus dem die Pylone konstruiert sind, so hochwertig ist, daß er mit den üblichen Mitteln gegen Korrosion geschützt werden kann.

Mit ihren 115 m hohen Pylonen bildet die neue Kniebrücke einen willkommenen städtebaulichen Abschluß vor der Weite des „Heerdter Lochs". Der Raum über dem Rhein füllt sich. Mit dem Tragwerk der Brücke wird auch die Körperlosigkeit der Straße überwunden. Pylone und Kabel geben der Brücke eine weithin sichtbaer dritte Dimension. Die acht Tragseile heben die Horizontale der Fahrbahn

zur Vertikalen der großen Stützen hinauf und bilden mit ihnen eine imaginäre Wand über dem Strom.

Es sei noch erwähnt, daß sich die Brückengeländer wie Perlschnüre über die unterschiedlichen Bauten hinziehen, daß die Gesimse der Stahl- und Stahlbetonbrücken von Stadtteil zu Stadtteil durchlaufen und weiß gestrichen sind, daß sich Fußgängerrampen im rechtsrheinischen Brückenkopf zur Fahrbahn hinaufschwingen, daß Hochborde, schiffsbauartige Schalungen, hochwertiger Beton und erstklassige Schweißarbeit den ästhetischen Vorstellungen unserer Zeit entsprechen. Daß bei dem gesamten Bauwerk sowohl ingenieurmäßiges Wissen als auch gestalterisches Wollen Pate gestanden haben, sollte man dem fertigen Bauwerk anmerken können. Alle Beteiligten sind jahrelang mit konstruktiven, wirtschaftlichen und formalen Problemen beschäftigt gewesen. Das nunmehr vollendete Brücken- und Straßenwerk ist das Ergebnis einer fünfzehnjährigen Kooperation."

Die Kosten und die Finanzierung zeigen folgendes Bild:

Brücken- und Tunnelbauwerke	DM 110,0 Mill.
Straßenbau und Grunderwerb	DM 46,0 Mill.
Sonstige Kosten	DM 14,0 Mill.
Gesamtkosten	DM 170,0 Mill.

Der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor der Stadt Düsseldorf sagen u. a. in der Eröffnungsschrift:

Die Stadt ist glücklich, daß die am 27. September 1962 beschlossene, am 1. September 1965 begonnene und nunmehr im Herbst 1969 vollendete große Planungs- und Baumaßnahme ihrer Bestimmung übergeben werden kann. Sie ist dankbar, daß alle Arbeiten termin- und kostengerecht und nahezu unfallfrei abgewickelt wurden. Sie dankt der Bundesregierung und dem Land Nordrhein-Westfalen für die entscheidende Mitfinanzierung aller zuschußfähigen Kosten. Allen Mitwirkenden an diesem bedeutenden Werk gebührt die Anerkennung der Düsseldorfer Bevölkerung sowie jener Kreise, denen als Autofahrer oder Fußgänger mit der Kniebrücke eine neue, seit langem begehrte Stromüberquerung zur Verfügung gestellt wird.

Dem Planer und Gestalter dieses kühnen und großartigen Bauwerks, Herrn Professor Tamms, sei herzlich gedankt für die freundliche Hilfe und die Zurverfügungstellung von Bildern und dem Text in einer für den Laien verständlichen Fassung. Möge auch dieses Bauwerk den Bürger ermuntern, seiner Stadt allzeit zur Verfügung zu stehen und seine Mitarbeit nicht zu versagen. **Der Herausgeber**

Die Kniebrücke

In Düsseldorf, der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt, wurde im Oktober 1969 ein Bauwerk in Betrieb genommen, dessen Grundlagen vor langer Zeit konzipiert wurden. Es sind fast zwanzig Jahre her, daß der Plan erarbeitet wurde, für den Autoverkehr, dessen Anwachsen man bereits ahnte, eine Stadtautobahn zu schaffen, die den Stadtkern nördlich und südlich tangiert. Im westlichen Düsseldorf sollten sich beide Bahnen in einem Dreieck (Heerdt) treffen und kreuzungsfrei den Verkehr zusammen- oder auseinanderfädeln. Von hier aus mußte die bis zur Stadtgrenze geführte Stadtautobahn ihre Fortsetzung als Bundesstraße 7 nach Westen finden, und damit zur linksrheinischen Autobahn, der früheren EB 9, sowie nach Mönchengladbach und Holland. In östlicher Richtung waren zwei Stränge über den Rhein geplant, die den Stadtteil Oberkassel nördlich und südlich flankieren und mit neuen Rheinbrücken das rechtsrheinische Düsseldorf erreichen sollten.

Kniebrücke Photo: Beton-Verlag, Düsseldorf/P. E. Fischer

Die nördliche Strecke dieses Tangentensystems wurde in der Zeit von 1953—59 gebaut. Die **Nordbrücke,** heute Theodor-Heuss-Brücke, wurde ihr markantester Teil. Mit dem südlichen Abschnitt, den wir von 1965—69 bauten, einschließlich der **Kniebrücke,** ist nun der ehemalige Gesamtplan vollendet.

Genau so, wie die Theodor-Heuss-Brücke nicht nur aus der großen Strombrücke bestand, sondern auch noch aus der rechtsrheinischen Hochstraße, die von der Cecilienallee bis zur Kaiserwerther Straße reicht und von dort bis zum Nordfriedhof, sowie der linksrheinischen Stadtautobahn mit ihren zahlreichen Hochstraßen einschließlich des Heerdter Dreiecks, genau so besteht die „Kniebrücke" aus mehreren selbständigen Abschnitten unterschiedlichster Art. Sie alle ergeben gemeinsam jenes Verkehrsband zwischen Graf-Adolf-Platz und Heerdter Dreieck, das den Arbeitstitel „Kniebrücke" trägt. Dessen herausragender Teil ist wiederum eine Rheinbrücke, die Kniebrücke.

Rheinallee-Tunnel

Nach Durchfahrung eines Doppeltunnels mit je zwei Fahrspuren, der eine Länge von rd. 650 m aufweist, erreicht der Straßenzug über Rampen- und Rasterstrecken die Pariser Straße. Die Oberkante des Tunnels befindet sich rd. zwei Meter unter dem Hochwasserspiegel des Rheins. Die Enge des Stroms an dieser Stelle zwang die Konstrukteure, das Verkehrsbauwerk unter den Hochwasserschutzdeich zu schieben. Die Gefahr von Immissionen für die angrenzende Bebauung und für die Rheinallee wurde auf diese Weise restlos gebannt. Die Gesamtlänge des Bauwerks beträgt nahezu 1400 m. Photo: Beton-Verlag, Düsseldorf/R. Menk, Nr. 202

Zu- und Abfahrten Kniebrücke linksrheinisch
Photo: Beton-Verlag, Düsseldorf

Es wäre natürlich falsch, neben diesem Bauwerk nicht auch den weitgreifenden rechtsrheinischen Brückenkopf mit seinen Hochstraßen, Brückenrampen und Tunnelbauten zu sehen, oder etwa das linksrheinische Bild von Überwerfungen und Unterfahrungen vor der Oberkasseler Uferfront sowie den anschließenden Rheinalleetunnel nicht bemerken zu wollen. Sehr frühe strombautechnische Untersuchungen in der Bundesanstalt für Wasser- und Bodenkunde in Karlsruhe im Jahre 1951 haben die topographischen Voraussetzungen für diese Eingriffe in die linksrheinische Landschaft begründet. Noch heute sprechen wir von der „Karlsruher Linie", wenn die neue vorgeschüttete Deichkante entlang der Rheinallee und des Kaiser-Wilhelm-Rings in Oberkassel gemeint ist.

Vor aller Augen steht nun die neue Kniebrücke über den Wassern des breiten Stroms, der zwischen dem Mannesmannufer und der Oberkasseler Jugendherberge, die wie ein Pfeiler die andrängenden Bauwerke des linksrheinischen Brückenkopfes teilt, dem „Heerdter Loch" zufließt. Sicherlich war es nicht die primäre Aufgabe, mit der neuen Kniebrücke diesen Blick „ins Nichts" zu schließen. Die Aufgabe war vielmehr struktureller Art und sollte vornehmlich dem Ausbau des Düsseldorfer Verkehrsnetzes dienen. Dennoch spielten bei der Konzeption des Bauwerks auch die städtebaulichen Fakten eine Rolle. Das „Loch" war nur mit einem hohen Bauwerk zu überwinden, wodurch die optische Integrierung der beiden Düsseldorfer Rheinfronten ineinander auf eine Weise gefestigt wurde, wie sie niemand für möglich gehalten hätte. Die Düsseldorfer Rheinlandschaft flieht nun nicht mehr wie früher nach Norden und Westen aus der Stadt hinaus; sie ist auch nicht mehr durch die Oberkasseler Brücke gespalten, sondern wird im Norden durch die Theodor-Heuss-Brücke und im Süden durch die Kniebrücke zusammengehalten. Mit dem Bau der neuen Oberkasseler Brücke wird sie vollends zu einem Teil der Stadtlandschaft Düsseldorf.

Die Kniebrücke gehört zur innerstädtischen Brückenfamilie Düsseldorfs. Dies ist ein Begriff, der für diese drei Brücken geprägt wurde, weil sie nach einheitlichen konstruktiv-statischen und architektonischen Grundsätzen konzipiert wurden. Wie bei einer echten Familie sind die besonderen Charakteristika, welche Standort und Topographie dem einzelnen Bauwerk aufzwingen, keineswegs unterdrückt. Sie bestimmen die individuelle Grundform der jeweiligen Brücke.
Alle drei sind seilverspannte Balkenbrücken. Sie unterscheiden sich von der Hängebrücke insofern, als sie statt eines durchhängenden Tragkabels, an dem senkrechte Sekundärseile hängen, vorgespannte Schrägkabel aufweisen, die direkt zu den Pylonen greifen. Diese zum ersten Male für die Nordbrücke (Theodor-Heuss-Brücke) konzipierte „Form", die sich sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht als Fortschritt erwies, sah parallel geführte Seile vor. Sie wurden in die sich nach oben verjüngenden Pylone eingeführt. Der übliche, hoch oben die Pylonenspitzen verbindende massive Querriegel, der bei Hängebrücken unerläßlich ist, fehlt. Er liegt unter der Fahrbahn und gibt an dieser Stelle der Brücke die erforderliche Quersteifigkeit gegen seitliche Windkräfte.

Dieses Grundprinzip wird nun von der Kniebrücke weitergetragen, allerdings in abgewandelter Form. Bei der Nordbrücke stehen je zwei Pylone zu beiden Seiten der 260 m breiten Schiffahrtsöffnung. Je drei Kabel verspannen die Mittelfahrbahn über die Pylone hinweg mit den Seitenöffnungen. Die Kniebrücke weist nur noch zwei Pylone auf; sie stehen am Rande des Oberkasseler Rheinufers. Statt drei, tragen nun vier Kabelpaare die 320 m weite Strombrücke und leiten ihre Lasten in die Seitenöffnung, die sich über dem linksrheinischen Flutgelände spannt. Die Kniebrücke ist logischerweise asymmetrisch. Ihre Kabel sind zwar parallel geführt wie bei der Nordbrücke, aber die Winkel, die sie mit den 115 m hohen Pylonen bilden, sind ungleich. Alle Kräfte gehen zum linken Ufer. Infolgedessen konnte das außergewöhnliche Bauwerk auch nur von hier aus montiert werden. Mit dem Wachsen der Pylone schritt der freie Vorbau gleichmäßig voran. Das war ein kühnes Unternehmen. Aber es gelang, und der 320 m freie Stahlvorbau wuchs über die Rheinschiffahrt hinweg, so wie er projektiert war.

Die Theodor-Heuss-Brücke war die erste Realisierung eines neuen Baugedankens, bei dem sich Technik und Statik, Wirtschaftlichkeit und Form ohne Kompromisse zur Deckung bringen ließen. Sie ist inzwischen mehrfach nachgebaut worden, aber wohl nirgends mit gleicher Formkraft und Schlichtheit. Heute steht die zweite Brücke dieser Art, kühner und größer als die erste, im Düsseldorfer Rheinknie. Während aber die Nordbrücke noch vier Pylone brauchte, benötigt die Kniebrücke nur noch zwei. Die neue Oberkasseler Brücke, die dritte der Düsseldorfer Brückenfamilie, wird sogar mit einem einzigen Pylon auskommen. Sie ist wie die Nordbrücke ein symmetrisches System, weist jedoch nur noch eine einzige Tragscheibe aus.

Der Pylon dieser Mitteltragscheibe wird rd. 100 m hoch sein. Der Bau hat inzwischen begonnen. Am 4. November 1969 wurde der Grundstein gelegt.

Diese neuen Düsseldorfer Brücken haben einen modernen Typ in die Landschaft gebracht. Die Kniebrücke mit ihrer asymmetrischen Anlage darf darüber hinaus für sich in Anspruch nehmen, daß sie dank der örtlichen Situation etwas Besonderes darstellt. Nachts erhält sie durch ihre den Konstruktionslinien folgende Beleuchtungsanlage ein besonderes Leben. Sie greift dann vom Regierungsviertel am rechten Rheinufer über den Strom hinweg bis zum neuen Autotunnel, der vierspurig unter dem Hochwasserschutzdeich vor Oberkassel die Autoströme verschluckt.

Die neue Brücke ist ein wichtiges Wahrzeichen für Düsseldorf; sie ist außerdem ein bemerkenswerter Beitrag zur Düsseldorfer Brückenfamilie.

Brückenfamilie/Modellfoto
Photo: Goertz-Bauer, Düsseldorf/Nr. 859/324

— Als der Bremer Westen brannte —

Aus: „Bremen — einst und jetzt". Eilers & Schünemann Verlagsgesellschaft mbH Bremen

Mehr als 25 Jahre sind vergangen seit jener Nacht im August 1944, als nach einem Fliegerangriff, der dreiundzwanzig Minuten dauerte, Bremen vom Stadtmittelpunkt bis zum Waller Ring in Flammen stand — als 1054 Menschen getötet, mehr als 700 schwer oder leicht verletzt und 49 100 obdachlos wurden.

Erlebnisberichte aus dieser Nacht sollen hier stellvertretend zeugen für a l l e Tag- und Nachtstunden der Angst, des Schreckens und der Zerstörung, die die bremische Bevölkerung erlebte; für das Unglück, das Verbrecher und Fanatiker 1939 leichtfertig heraufbeschworen.

Noch leiden und trauern Menschen um das Verlorene; noch sind die Wunden, die dem Gesicht unserer Stadt damals geschlagen wurden, nicht verheilt. Was in dreiundzwanzig Minuten vernichtet wurde, konnte in Jahren nicht aufgebaut werden. Aber auch, wenn das geschehen ist, darf die Erinnerung daran nicht ausgelöscht, die darin liegende Mahnung nicht vergessen werden.

Aus dem Führerhauptquartier. 19. August 1944
Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt: „ . . . In der Nacht war Bremen das Ziel eines britischen Terrorangriffs. Es entstanden Gebäudeschäden und Personenverluste."

Die Wirklichkeit, die durch diese nichtssagenden Worte verschleiert werden sollte, sah so aus:

I.

Der 18. August 1944 war ein Tag von ungewöhnlich drückender Schwüle. Auch noch am Abend und in der frühen Nacht staute sich die Hitze in den Straßen.

Frau St. saß mit ihren Familienangehörigen bei offenen Fenstern in ihrem Hause in der Hansastraße. Würde es gegen Mitternacht wieder Alarm geben? Sie waren alle todmüde.

Sirenen heulen

Um 22 Uhr ungefähr heulten die Sirenen. Gegen 22.30 Uhr begann es in den Lüften zu brummen. Die Flak dröhnte. Mehrere Flugzeugwellen überflogen die Stadt. Obwohl noch keine Bombe gefallen war, hatte die Familie den Keller aufgesucht. Auch mehrere Nachbarn hielten sich dort auf, zusammen zehn Personen: Frau St. und ihr Mann, drei ältere Frauen, zwei alte Männer, eine junge Frau und die beiden vier- und sechsjährigen Kinder von Frau St.

Nichts geschah.

Die Menschen im Keller dachten schon, der Angriff gelte einer Stadt im Binnenlande. Sie atmeten auf und überlegten, ob sie nicht wieder nach oben gehen sollten. Da wurde das Flakfeuer plötzlich wieder stärker, das Brummen der Flieger nahm zu: eine Welle schien zurückzukommen.

Bomben fallen

Drei Minuten vor Mitternacht zeigte die Uhr im Luftschutzkeller, als die erste Bombe fiel. Und nun begann ein ununterbrochenes ohrenbetäubendes Heulen, Prasseln und Detonieren. Frau St. warf sich über ihre Kinder, die Frauen klammerten sich schreiend aneinander. Bomben schlugen in die Nachbarhäuser, die Kellerwände bewegten sich und schienen zu bersten.

„Hier kommst du nie wieder raus", dachte sie und hatte immer wieder nur diesen Gedanken. Glasscheiben schlugen splitternd auf die Straße. Plötzlich wurde das Haus wie von einem Erdbeben geschüttelt. Das Nebenhaus fiel zusammen.

Ebenso plötzlich brachen die Detonationen ab. Der Angriff war zu Ende. Frau St. sah auf die Uhr. Er hatte genau dreiundzwanzig Minuten gedauert.

Im Keller atmeten sie auf. Sofort gingen Herr St. und sein alter Vater nach oben. Alles im Hause brannte. Trotzdem wollten sie noch retten, was zu retten war.

Der Westen brennt

„Der ganze Westen steht in Flammen!" rief Herr St. zum Keller hinunter. Sie waren so aufgeregt, daß sie die unsinnigsten Sachen anfaßten.

Das Feuer war schon so stark geworden, daß gewaltige Flammenstöße durch den Kellergang am Luftschutzkeller vorbeiheulten. Die Hitze wurde immer größer. Kaum blieb Luft zum Atmen. Herr St. grub sich aus dem Keller einen Weg auf die Straße, um zu sehen, wohin sie entfliehen könnten. Er lief die Hansastraße in der Richtung zum Diakonissenhaus hinunter, mußte aber sofort wieder umkehren. Es ging nicht weiter, eine Feuerwand stand im Wege.

Aus dem Keller mußten sie trotzdem hinaus, sonst wären sie erstickt. Zwischen den Feuerstößen, die durch den Keller heulten, lief Frau St. in die Backstube hinüber. Dort feuchtete sie Tücher und Wolldecken an, in die sie die Kinder hüllen wollte. Frau St. nahm den Jungen auf den Arm, ihr Mann das Mädchen. Sie liefen über die Kellertreppe ins Freie.

Der Feuerstrom war so stark, daß sie ganz gebeugt laufen mußten. Ein Regen von glühenden Phosphorflocken trieb ihnen entgegen wie ein heftiger Schneesturm. Frau St. hatte nur ein dünnes Kleid an. Auf ihre bloßen Arme und Beine fielen die Flocken und verbrannten sie. „Es war, als ob tausend Messer in meine Haut stächen." Zum Glück hatte sie im letzten Augenblick einen Luftschutzhelm aufgesetzt.

Flammen aus dem Pflaster

Sie lief mitten auf der Straße. Rundherum brannte das Pflaster. Ein Schuh blieb in der Straßenbahnschiene stecken. Barfüßig lief sie weiter, trat in brennenden Phosphor. An einer Stelle schlugen ungefähr zwanzig Zentimeter hohe Flammen aus dem Pflaster, und flüssiger Teer wabberte blasig am Rinnstein. Sie mußte dort hinüberspringen, denn es gab keinen anderen Weg. Dabei trat sie wieder mit dem bloßen Fuß in die Flammen. Beim Aufspringen rutschte ihr der Junge aus der Decke und fiel auf das brennende Pflaster. Sie riß ihn wieder hoch und lief weiter zum Erdbunker auf dem Spielplatz an der Nordstraße (Danziger Freiheit). Unterwegs sah sie alte Leute am Saumstein sitzen, die nicht mehr weiterkonnten.

Sie taumelte die Bunkertreppe hinunter. Im Bunker drängten sich die Menschen. Frauen schrien. Ein furchtbarer Lärm herrschte. Das Licht brannte nicht.

Man nahm ihr das Kind ab und legte sie auf den Boden. Auf den Verbrennungen bildeten sich faustgroße Brandblasen. Keine Salbe war da, keine Mullbinde. Häufig drängten sich Menschen an sie, und jede Berührung vervielfachte ihre Schmerzen. „Ich dachte, ich würde irrsinnig werden. Ich rief dauernd meinen Namen und meine Wohnung und fragte die Umstehenden: Stimmt das auch?"

Sechs Stunden lag sie so ohne jegliche Hilfe. Was um sie herum geschah und was draußen auf der Straße passierte, nahm sie nur noch wie durch einen Schleier wahr. Ihr Mann erzählte ihr später, daß er viele Leute gesehen hätte, die

aus den Straßen auftauchten und in den Bunker hineinwollten, aber vorher, nur wenige Meter vor dem Eingang, zusammenbrachen.

Am andern Morgen

Um sieben Uhr hatte das Feuer draußen nachgelassen. Man half ihr beim Aufstehen. Mühsam humpelte sie die schmale Treppe hinauf, auf der sie niemand stützen konnte. Ihr Mann hatte einen Fahrradanhänger aufgetrieben. Er setzte sie hinein und fuhr sie zur Weserbrücke. Immer noch war sehr wenig Sauerstoff in der Luft. Die ersten Rettungstrupps standen in der Nähe des Bunkers. Aber sie hatten kein Wasser zum Löschen.

Auf der Lüderitz-Brücke konnten sie zum erstenmal wieder frei durchatmen. In der Neustadt bekamen sie den ersten Verband. Ein Arzt brachte sie zum Willehad-Krankenhaus. Dort mußte sie auf einer Bahre eine Stunde schlangeliegen, bevor sie in den Operationssaal gefahren wurde. Man verband sie und brachte sie dann in das Krankenhaus Bassum. Dort blieb sie vier Monate.

Vier Stunden im Feuermeer

Frau T. war in dieser Nacht allein mit ihrer Hauswirtin. Sie blieben zunächst oben in ihrer Wohnung Borkumstraße 21. Nein, nicht aus Leichtsinn; sie waren einfach zu müde. Aber gegen 22.30 Uhr gingen sie doch in den Keller. Als der schwere Angriff begann, stand plötzlich das Nachbarhaus, die Möbelfabrik Klocke, in hellen Flammen. Die Menschen, die dort im Luftschutzbunker gewesen waren, kamen nun zu Frau T. hinüber. Etwa zwölf bis fünfzehn Personen waren jetzt im Keller versammelt. Unter ihnen war auch die fast gelähmte Frau St.

Frau T. fühlte sich in ihrem Haus sehr sicher. Bei den Angriffen zuvor war nichts geschehen. Aber nun begann auch ihr Haus zu brennen. Es war, als ob das Feuer aus den Steinen hervorbräche. Die Nachbarn, die sich zu ihr in den Keller gedrängt hatten, flüchteten jetzt wieder hinaus. Viele wollten zum Lesmona-Keller am Panzenberg. Die gelähmte Frau St. brach schon auf dem Wege dorthin zusammen.

Frau T. und ihre 69jährige Hauswirtin blieben da. Als es ihnen im Keller zu heiß wurde, hob Frau T. die alte Frau aus dem Kellerfenster auf die Straße. Sie versuchte auch noch, einige Sachen zu retten, zum Beispiel die Zelluloidpuppen ihrer beiden Kinder, die in dieser Nacht bei den Großeltern in Woltmershausen weilten. Aber kaum hatte sie etwas auf die Straße geworfen und sich umgedreht, da war es auch schon verbrannt. „Mir verschmorten die Kleider, die ich zu retten versuchte, unter den Händen."

Aus dem Keller holte Frau T. noch drei Wolldecken und einen Wasserbehälter. Sie wickelte die alte Dame in zwei Decken und sich selbst in die dritte. Auf dem Nachbargrundstück war eine Pumpe.

Frau T. kletterte über den Zaun. Der war schon so heiß, daß sie sich dabei die Hände verbrannte. Dann pumpte sie Wasser, kletterte zurück und begoß damit ihre Hauswirtin und sich. Sie saßen beide mitten auf der Fahrstraße. Rundherum brannte das Pflaster. Alles war so sehr von Rauch und Qualm erfüllt, daß man kaum noch etwas sehen konnte.

Plötzlich begann fünf oder sechs Meter entfernt ein Mann entsetzlich zu schreien. Frau T. rief ihm zu: „Kommen Sie zu uns herüber, hier ist Wasser!" Aber er schien es nicht zu hören. Außerdem brannte zwischen ihnen die Straße. Ungefähr fünf oder sechs Minuten schrie der Mann noch, dann wurde es wieder still.

Immer wenn die alte Dame wieder zu jammern begann, kletterte Frau T. über den Zaun zur Pumpe und schleppte neues Wasser herbei.

So saßen sie mehrere Stunden. Wenn das Wasser versagt hätte, wären auch sie umgekommen.

Um fünf Uhr hatte der Brand in der Borkumstraße etwas nachgelassen. Ein Nachbar kam vorbei und nahm die beiden Frauen mit. Frau T. mußte geführt werden, weil ihre Augen von dem beizenden Qualm so gereizt waren, daß sie nichts mehr sehen konnte. Sie handelte nur noch im Unterbewußtsein; es war ihr alles gleichgültig. Ihre Haare waren völlig versengt.

Sie gingen zum Hemmstraßen-Tunnel. Dort saßen Hunderte von Menschen, die aus dem Westen geflüchtet waren. Völlig apathisch warf sich Frau T. hin. Nach 18 Uhr kam eine Bekannte aus dem Findorffviertel und nahm sie mit.

Das Ende
Januar—April 1945

Im Februar werden beim 148. Luftangriff auf Bremen von ca. 250 Bombern große Zerstörungen angerichtet. 50 Menschen werden getötet, 1400 obdachlos. — Hitler in Minden: „Am Ende steht der deutsche Sieg!" — Der bremische Kreisleiter: „Die abgeworfenen Flugblätter werden wir dem Feind zu gegebener Zeit um die Ohren schlagen." — Die Geheime Staatspolizei deportiert 60 jüdische Mitbürger nach Theresienstadt, einem der nationalsozialistischen Vernichtungslager. — Der Rundfunk überträgt eine Rede des Reichsministers Goebbels: „Auf jeden Fall Sicherung unserer Zukunft!"

Im März erfolgen weitere Kürzungen der Lebensmittelzuteilungen. — Die Alliierten haben Köln genommen und überschreiten bei Remagen den Rhein. — Am „Heldengedenktag" weht in Bremen zum leztenmal von öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne. Hitler im Rundfunk: „Am Ende werden sie doch zerbrechen!" — Am gleichen Tage fallen beim 155. Luftangriff auf Bremen, von etwa 250 Bombern geworfen, 4095 Spreng- und 2400 Brandbomben. — Beim 159. Luftangriff werfen wiederum 250 Bomber 12 Minen, 1116 Spreng- und 50 Flüssigkeitsbomben. U. a. werden im Hafengebiet 22 Kähne zum Sinken gebracht. — Beim 163. Angriff fallen, besonders auf den Ortsteil Bremen-Farge, 800 Sprengbomben, davon 700 Langzeitzünder. — Der 165. Angriff, ausgeführt von etwa 500 Flugzeugen, zerstört u. a. die Westbrücke. Die Gasversorgung der Stadt hört auf, da die Schäden im Rohrnetz nicht mehr beseitigt werden können. — Die Alliierten besetzen u. a. Heidelberg, Fritzlar und Danzig. Amerikanische Panzerverbände bahnen den Weg nach Norddeutschland.

Am 1. April durchschreiten die Alliierten den Teutoburger Wald. Der Sender „Werwolf" ruft deutsche Jungen und Mädchen auf, „hinter dem Rücken des Feindes den Kampf für Freiheit und Ehre unseres Volkes fortzusetzen!" — Münster wird von den Alliierten erobert. — Der Kreisleiter der NSDAP gibt über den Drahtfunk bekannt: „Wer die weiße Fahne zeigt, hat den Tod zu erwarten!" Der Gauleiter will „mit seinen Männern notfalls auch das letzte Stück Erde des Nordseegaues verteidigen. „Wer ... feige wird, den wird früher oder später die Ächtung und der Tod finden!" — Vom 5. April an ist jegliches Weiterreisen mit der Eisen-

bahn ab Bremen unmöglich. — Minden wird besetzt. — Durch die Hauptstraßen Bremens ziehen in langen Zügen völlig abgekämpfte und entmutigte deutsche Truppen von Westen nach Osten. Britische Panzer stoßen unaufhaltsam in Richtung Bremen vor. Am 7. April stehen sie 15 km vor der Stadt. Am folgenden Tag werden Achim und Verden beschossen. 8 km vor Bremen bringen die Engländer schwere Geschütze in Stellung. Am Osterdeich, vor den Brücken, um den Stadtkern usw. werden Deckungsgräben ausgeworfen. Der Bevölkerung bemächtigt sich große Erregung. — Am frühen Morgen des 10. April liegt Artilleriefeuer auf Bremen. — Die Bestattung in Särgen wird verboten: „Es wird erwartet, daß diejenigen Angehörigen, die dazu in der Lage sind, eine geeignete andere Umhüllung der Leiche, z. B. ein Tuch oder dergleichen, liefern." Einäscherungen im Krematorium müssen aus Mangel an Heizmaterial unterbleiben. — Der Direktor des Gaswerks läßt wichtige Anlagen zerstören und wird deshalb vom stellvertretenden Regierenden Bürgermeister fristlos entlassen. — Der neu eingesetzte „Kampfkommandant" hat Befehl, Bremen bis zum äußersten zu verteidigen. — Die Front verläuft jetzt Friesoythe — Cloppenburg — nördlich Wildeshausen — Harpstedt — Kirchweyhe — Dörverden — Schwarmstedt. — Der Unterricht in den bremischen Schulen wird nach den Osterferien nicht wieder aufgenommen. — Wer nicht auf seiner Arbeitsstelle erscheint, kommt vor ein Standgericht. Die Betriebe haben Fehlende sofort zu melden. „Das weitere veranlaßt" die Kreisleitung der Deutschen Arbeitsfront. — In Brinkum wird erbittert gekämpft. — Aus einem Tagesbefehl Hitlers: „Der Einbruch unserer Gegner im Westen wird scheitern!" — Kanadische Truppen stoßen nordwestlich Ahlhorn weiter vor. Die Engländer nehmen Brinkum und Gr.-Mackenstedt. — Die mit 35 000 Tonnen Getreide gefüllte Rolandmühle und die Getreideverkehrsanlage sollen gesprengt werden. Vorstellungen und Proteste veranlassen die Zurücknahme des Befehls. — Die Engländer stoßen nach Langwedel vor. Stuhr und Moordeich werden besetzt. Die Front verläuft bereits südlich Huchting. Die Innenstadt und einige Außenbezirke liegen wiederholt unter Artilleriefeuer. Der Rundfunk überträgt eine Ansprache des Ministers Goebbels, in der dieser „die geschichtliche Größe der Person und des Werkes des Führers ... würdigt". „Adolf Hitler ist der Kern des Widerstandes gegen den Weltverfall. Er findet den Ausweg." — Am 20. April liegt lange andauerndes Artilleriefeuer auf Bremen. In die Stadt werden Flugblätter geschossen, in denen bedingungslose Übergabe innerhalb 24 Stunden gefordert wird: „Ihr habt die Wahl! Die britische Armee steht vor Bremen. Unterstützt von der britischen Luftwaffe, ist sie im Begriff, die Stadt einzunehmen ... schickt einen Unterhändler unter dem Schutz der weißen Fahne in die britischen Stellungen. Wir geben euch 24 Stunden Zeit zur Entscheidung." — Die Geheime Staatspolizei verbrennt am Wall, in der Nähe des Olbersdenkmals, Akten und Karteien; das Büro des „Reichsverteidigungskommissars" (Gauleiter) sucht sich dafür Ruinen an der Contrescarpe aus. — Die Engländer teilen von Achim aus dem „Kampfkommandanten" telefonisch mit, daß der Generalangriff auf Bremen beginnt. Dem General wird gesagt, der Achimer Fernsprecher bleibe jederzeit besetzt, um Verhandlungen zur Übergabe der Stadt aufnehmen zu können. — Am gleichen Tage erfolgt ein schwerer Luftangriff — der 167. — auf Hastedt, Hemelingen und Schwachhausen. Viele Straßenzüge, das Wehr, das Elektrizitätswerk und andere Gebäude und Anlagen werden zerstört. Jetzt ist Bremen auch ohne Strom, also ohne elektrisches Licht.

Seit diesem Bombardement, das den englischen Großangriff auf die Stadt einzuleiten scheint, verbringen die meisten Bremer ihr Dasein in den 116 Hochbunkern, die mit einem Kostenaufwand von über 100 Millionen Mark errichtet wurden. — Am 23. April werden während eines zweistündigen Angriffs, verteilt auf die ganze Stadt, in kurzen Zeitabständen schwere Minen geworfen. An diesem Tage erlebt Bremen vier schwere Luftangriffe. Englische Panzer haben Vororte Bremens erreicht. — Am 24. April besetzen die Engländer Mahndorf und schieben sich nach Arbergen hinein. Fischerhude ist besetzt. Während des ganzen Tages liegt Artilleriefeuer auf der Stadt.

Der Aufenthalt in den notdürftig erleuchteten Bunkern ist während der Tage und Nächte, in denen die Bevölkerung hier haust, unerträglich geworden. Der Sauerstoffmangel ist so groß, daß offenes Licht in den Bunkern verlöscht.

An diesem Tage (24. April) erlebt Bremen die beiden letzten Luftangriffe. — In der Nacht zum 25. April liegt stundenlanges Artilleriefeuer auf Bremen. Die Kaiser- und die Große Weserbrücke werden zur Sprengung fertiggemacht. Um die gleiche Zeit — morgens 8.30 Uhr — stehen die englischen Truppen in Hemelingen-Sebaldsbrück und bei der Vahrer Straße in Horn. Eine englische Division hat in der Nacht bei Dreye die Weser überschritten und rückt über Kattenturm in die Neustadt ein. 11.30 Uhr: die Brücken werden gesprengt! Eine Stunde später haben die Engländer die Föhrenstraße erreicht. — Am Nachmittag verläßt der nationalsozialistische Kreisleiter den „Regierungsbunker" Parkallee mit der Erklärung, er werde in Kürze zurückkehren. Er läßt sich in Bremen nicht wieder sehen. — Um 17.00 Uhr wird zum letztenmal Fliegeralarm gegeben; die „Entwarnung" unterbleibt. (Es war der 1233. Alarm) — Gegen 19.00 Uhr rücken englische Panzer unter heftigem Granatfeuer über die Straße Vor dem Steintor und den Ostertorsteinweg ein. Das Polizeihaus, der Bahnhof werden besetzt.

In der folgenden Nacht ist es ruhig. Am Morgen, gegen 6.00 Uhr, verläßt die Bevölkerung in den besetzten Stadtteilen die Bunker. Drei Stunden später gibt ein britischer Panzer am Sielwall die Durchsage, die Wehrmacht in Bremen habe noch nicht kapituliert: „Der Kampf geht daher weiter!" Um 10.00 Uhr hält ein Panzer der britischen Marine vor dem Rathaus; die beiden Insassen verlangen den Bürgermeister zu sprechen und fordern von ihm verschiedene Auskünfte. Nach heftigem Granatfeuer gegen den „Befehlsbunker" Parkallee säubert eine britische Brigade das Parkviertel. Im Polizeihaus werden die Polizeibeamten entwaffnet.

Um 13.30 Uhr werden die Lesumbrücke, die Eisenbahnbrücke bei Burg, die Brücke der Autobahn und die Brücke Ritterhuder Heerstraße gesprengt. Am Abend ist Bremen südlich der Lesum zum größten Teil besetzt. Alle öffentlichen Gebäude sind im Besitz englischer Truppen. Sie haben am Rathaus, am Dom und an anderen Gebäuden Schilder angebracht: „Dieses Gebäude und dessen Inhalt sind vom internationalen und historischen Standpunkt bedeutende Kunstwerke. Es ist streng verboten, Andenken wegzunehmen oder das Gebäude ... zu entstellen oder zu beschädigen."

An diesem Tage verkündet der deutsche Rundfunk, Göring habe Hitler um Enthebung von seinem Amt als Oberbefehlshaber der Luftwaffe ersucht, „da er an einer jetzt akut gewordenen Herzkrankheit leidet". — Die Russen und Amerikaner treffen einander an der Elbe.

Am 27. April rücken amerikanische Truppen in Bremen ein. Die Freie Hansestadt Bremen wird Besatzungsgebiet der USA.

Eisgang Frühjahr 1947 — Wrack der Kaiserbrücke

25 Jahre Aufbaugemeinschaft Bremen

Von Gerhard Iversen

Trümmerfeld im Westen 1945

Über die Arbeit „Bürger und Stadt" zu berichten, ist nicht ganz einfach, denn sie hat viele Gesichter. Bereits Mitte des Jahres 1945 hat der Verfasser noch mit Genehmigung der Militärregierung Mitbürger zum nachbarlichen Gespräch zusammengeführt. Nun nach 25 Jahren bleibt dem Gründer dieser Arbeit das Staunen und die stille Dankbarkeit.

Umspannen die Worte **„Bürger und Stadt"** nicht zwei unendliche Welten? Bei dem Wort Stadt wandern die Gedanken hin zu der ersten großen Stadt der Erde am Zusammenfluß von Euphrat und Tigris, **„Babylon"**, mit vermutlich 100 000 Einwohnern auf etwa 1 qkm.

Von dieser Stadt, die etwa 3000 Jahre lang zu den reichsten und größten der Erde zählte, spannt sich der Bogen bis hin zum heutigen Los Angeles. Sie ist die zweitgrößte Stadt Amerikas und die am schnellsten wachsende Stadt der Erde. Bis 1975 wird Los Angeles auch die größte geworden sein. Daß die Stadt gestaltlos ist, mag noch hingehen, aber wie selbstverständlich und gut sie wächst — und daß sie damit nur die Vorhut der 100 anderen Millionenstädte bildet — das macht sie unheimlich.

Die Stadt ist ohne ihre Bürger nicht denkbar, denn sie planten und bauten ihre Stadt und gaben ihr Leben und Inhalt. Betrachtet man die Geschichte der Stadtmenschen, so spiegelt sich darin die Weltgeschichte wider.

Was ist nach dem Zweiten Weltkrieg, dem größten Vernichtungsfeldzug gegen die Städte geschehen und was geschieht heute? Denn keine einzige Stadt hat dies Inferno wirklich umgebracht. Die Bürger haben ihre Stadt oft unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte zurückerobert. Die Soziologen sprechen von einer **„Stadtfestigkeit"** der Menschen.

Es ist immer eine Eigenart der Hansestädte und insbesondere Bremens gewesen, daß die Bürger das Stadtbild und das öffentliche Leben entscheidend mitbestimmt und viele Aufgaben übernommen haben, die in anderen Städten von der Stadtverwaltung selbst erfüllt werden mußten. In der zweiten Hälfte des Jahres 1945 fand man sich aus allen Berufsständen und weltanschaulichen Lagern zur gemeinsamen Tat zusammen, um die Existenz des einzelnen und damit zugleich die Stadt wiederaufzubauen.

Beim Anblick der riesigen Trümmerflächen der geliebten Stadt ist sicherlich manchem Mitbürger das Grauen und Entsetzen noch einmal überkommen, aber der Mut und der Glaube an den Sieg des Lebens waren darüber nicht eingeschlafen. Bald entzündeten sich Wille und Tatkraft am Wiederaufbau, wenn auch die Mittel und Möglichkeiten zunächst nur spärlich waren. Die „Wiederaufbau-Gemeinschaft-Sögestraße" war die Kernzelle für die später zahlreichen Gemeinschaften, die sich unter dem Dach der „Aufbaugemeinschaft Bremen" zusammenfanden.

Der Weg war oft recht mühevoll, namentlich am Anfang; und es mag gestattet sein, einzelne Stationen rückschauend zu verfolgen:

Im Juni/Juli 1945

erste Bemühungen, eine Nachbarhilfe für den Wiederaufbau der Sögestraße ins Leben zu rufen.

Am 21. Dezember 1945

erste Zusammenkunft von Anliegern der Sögestraße im Hause Hartwigstraße 26, „Wiederaufbau-Gemeinschaft-Sögestraße" entsteht.
Anwesend waren:

Bernhard und Diedrich Knigge, Georg Mattke (Henseler & Co.), Fräulein Warnecke (Brand & Ristedt), Carl Ronning sen., Ludwig Würth (H. C. Schad), Emil Knigge, Frau Bortfeld (Kino Barberina), D. Blohme und G. Iversen (G. Lattemann & Co.).

Gründungshaus: „Wiederaufbau-Gemeinschaft-Sögestraße", Hartwigstraße 26

Vorschlag für den Aufbau von Arch. BDA K. Haering

Vorschlag zur Neugestaltung der Sögestraße 1946

11. Januar 1946

Versammlung der „Wiederaufbau-Gemeinschaft-Sögestraße" im Hause Hartwigstraße 26. Architekt BDA Kurt Haering wurde als Gebietsarchitekt eingesetzt und ein Arbeitsausschuß mit den Herren A. Lange, Dr. Günthert und G. Iversen gewählt, dem auch Dr. Düsing als Rechtsberater angehörte. Zur Kostendeckung wurde eine Umlage von 10 000,— RM, errechnet nach Grundflächenbesitz, beschlossen.

Teilnehmer dieser Versammlung waren:

Adolf Lange (Brinkmann & Lange), Dr. Lürssen (Otto Harves), Karl Bathmann (H. Bathmann), Frau Else Herms (Alb. Herms), Richard v. d. Emde, D. Wohlers (G. L. Holzborn Nachf.), Adolf Lemmermann, H. Robbert (H. Fehrmann Erben), Fräulein Lotte Warnecke (Brand & Ristedt), W. Kretzschmar (Louis Knigge), Fr. Kaldauke (W. Trute), Deschimag Unterstützungskasse, Carl Hinrichs (Hinrichs & Bollweg), C. Kuntze (Allianz-Versicherung), Ernst Schwally (C. Schwally), Dr. Klingmüller (Sonnen-Apotheke), Dr. Smidt (J. F. Rohlfing), L. Hübener (Dörrbecker & Plate), H. Puvogel (Kaffee-HAG A. G.), Frau E. Bortfeld (Kino Barberina), L. Würth (H. C. Schad), Dr. Günthert, Carl Eberhardt, Georg Mattke (Friedrich Henseler), W. Nolte (Hugo Nolte), K. H. Frers (Parkbäckerei), A. Schriefer (Oscar Brockshus), D. Blohme und G. Iversen (G. Lattemann & Co.).

Der erste Plan wurde in einer Baubude auf dem Schulhof, heute Katharinenklosterhof, für die Betroffenen ausgelegt, um Kritik und Anregungen zu hören.

Bekannte Gutachter, wie Professor Dr.-Ing., Dr. med. und Dr. techn. Fritz Schumacher, Professor Dr.-Ing. Hans Högg, Professor H. Bartmann, nahmen zu dieser Arbeit bremischer Bürger Stellung.

27. Juni 1946

Auslegung des ersten Planes für den Aufbau der Sögestraße in einer Baubude auf dem Schulhof (Heute Katharinenklosterhof).

22. Juli 1947

Gründung der „Wiederaufbau-Gemeinschaft Stadtmitte" mit 8 Bezirken
Herdentor/Sögestraße,
Ansgaritor,
Obernstraße,
Langenstraße/Schlachte/Martinistraße,
Stephanitor/Doventor,
Bischofsnadel/Buchtstraße,
Tiefer,
Bahnhofsvorstadt.

Baubude Sögestraße/Schulhof, Planauslage

Erste Geschäftsstelle, Sögestraße/Schulhof 4

28. August 1947

Bildung des Planungs- und Aufbauausschusses:
Architekt BDA Haering: Herdentor/Sögestraße
Architekt BDA Schumacher: Obernstraße
Architekt BDA Anker: Ansgaritor
Architekt BDA Bothe: Langenstr./Schlachte/Martinistr.
Architekt BDA Pein: Stephani-Gebiet
Architekten BDA Schumacher und Pein: Bischofsnadel/Buchtstraße
Architekt BDA Schott: Tiefer
Architekt BDA Becker-Sassenhof: Bahnhofsvorstadt
Architekt BDA Störmer: Doventor/Bahnhofsvorstadt
Architekt BDA Wortmann: als Berater und Leiter des Ausschusses

15. September 1947

Ludwig Gregor wird als Geschäftsführer eingestellt; erste Geschäftsstelle im Gebäude Sögestraße/Schulhof 4.

Dezember 1947

Erste Ausgabe des Blattes „Der Wiederaufbau", heute „Der Aufbau"

16. Februar 1948

Gründung der „Wiederaufbau-Gemeinschaft Neustadt" (Dr. med. W. Köhler).

23. Juli 1948

Änderung des Namens in „Aufbaugemeinschaft Bremen"
In der Präambel zur Satzung heißt es:

„Zum Zwecke des Wiederaufbau Bremens haben sich die Anlieger der Geschäfts- und Kontorstraßen in mehrere Wiederaufbau-Gemeinschaften zusammengeschlossen. Sie gehen von der Erkenntnis aus, daß der einzelne das schwierige Werk des Aufbaus allein nicht durchführen kann und mit Rücksicht auf das Gemeininteresse nicht durchführen soll. Auch der Staat und seine Organe können diese Aufgabe nicht allein bewältigen, weil sie durch vielfältige politische und wirtschaftliche Aufgaben und Sorgen der Zeit überlastet sind.

Um eine Vergeudung wertvoller Arbeitskraft zu vermeiden und die für alle Wiederaufbau-Gemeinschaften gleichen Aufgaben für alle gemeinsam zu lösen und ihnen so das nachhaltige Gewicht einheitlichen Willens und Handelns zu geben, schließen sich die einzelnen Wiederaufbau-Gemeinschaften zu einem Verein zusammen.

Zu den gemeinsamen Aufgaben gehören alle grundsätzlichen Verhandlungen mit den staatlichen Behörden über Planung, Aufräumung, Finanzierung, Materialbeschaffung, Grundstücksumlegung, Steuerbefreiung u. a. m. Auch die Feststellung der Kriegsschäden, ihre Verfolgung und ihre etwaige Nutzbarmachung für den Wiederaufbau sind Fragen gleichen Interesses für alle Beteiligten."

Der Zweck des Vereins ist:

„Die gemeinnützige Förderung der baulichen Entwicklung der Stadt in ihren einzelnen Bezirken und in ihrer Gesamtheit sowie darüber hinaus als regionaler Mittelpunkt des Unterweserraumes zwischen Verden und der Wesermündung. Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die Zuwendung von Mitteln an andere gemeinnützige Unternehmen mit ähnlichen Zielen und die Beteiligung an solchen Unternehmen sind eingeschlossen."

Die Aufgaben des Vereins erstrecken sich über das gesamte bremische Stadtgebiet, unterteilt in fünf Stadtabschnitte Nord, Süd, West, Ost, Stadtmitte und auf die mit Bremen landschaftlich, wirtschaftlich und siedlungsmäßig verbundenen Stadt- und Landkreise an beiden Seiten der Weser zwischem dem Raum Verden und der Wesermündung.

Jeder Abschnitt beruft einen Arbeitskreis. Die Vorsitzenden der Arbeitskreise bilden den Vorstand. Dem Vorstand steht ein Planungs- und Aufbauausschuß zur Seite. Ihm gehören namhafte Architekten an. Sie sind gleichzeitig als Gebietsarchitekten für die Abschnitte und Bezirke tätig.

Im August 1948 schreiben Handelskammer und Handwerkskammer:

„In der Aufbaugemeinschaft Bremen haben sich Kräfte zusammengefunden, die den Wiederaufbau unserer Stadt auf einem durchaus neuartigen Weg fördern wollen. Der Gedanke, alle diese Kräfte in einer über die ganze Stadt ausgebreiteten privaten Organisation zu vereinigen, als Mittler zwischen den Aufbauwilligen und den Baubehörden zu wirken, und jedermann mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, entspricht guter bremischer Tradition und verdient wärmste Unterstützung aller derjenigen, die am Wiederaufbau Bremens Anteil nehmen. Wir sind gewiß, daß die bremische Wirtschaft hierbei nicht zurückstehen, sondern tatkräftig mitwirken wird. Die Aufforderung der Wiederaufbaugemeinschaft als Mitglied beizutreten und ihr dadurch die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Mittel zuzuführen, wird daher von uns befürwortet."

Die Handelskammer	**Die Handwerkskammer**
Martin H. Wilkens	G. Stichnath
Präses	Präses

18. Oktober 1948

Anschluß der „Wiederaufbau-Gemeinschaft Neustadt" an die Aufbaugemeinschaft Bremen.

Oktober 1948

Die Bemühungen der Aufbaugemeinschaft, die Grundstücksneuordnung nach dem bremischen Umlegungsgesetz vom 6. 7. 1913 (14. 5. 1849 Verkoppelungsverordnung) durchführen zu lassen, hatten Erfolg.

1. November 1948

Besuch aus England — Am 1. November d. J. war der englische Architekt Mr. Hinchcliffe Davies in Bremen, der das Reconstruction Office bei der britischen Militärregierung leitet. Mr. Davies war sehr interessiert, Einblick in die Arbeit der Aufbaugemeinschaft zu bekommen. Am Nachmittag hat er die Planausstellung in der unteren Rathaushalle besichtigt.

Unterteilung in Arbeitsgebiete

3. November 1948

Besuch aus Hannover, Stadtbaurat Hillebrecht mit den Mitgliedern des Bauausschusses und Vertretern der Handelskammer in einem Bus der Feuerwehr.

15. November 1948

„Wiederaufbau-Gemeinschaft Bremen-Nord" entsteht. R. A. Dewers, Bremen-Blumenthal, Fritz Tecklenborg, Bremen-Grohn.

29. April 1949

Anschluß der „Interessengemeinschaft der ausgebombten Grundstückseigentümer der westlichen Vorstadt" (R. Zimmermann und H. Wessler) an die Aufbaugemeinschaft Bremen.

Mai 1949

Die Aufbaugemeinschaft Bremen tritt für eine Senkung der Lizenz- und Baugebühren von 10 Promille auf 4 Promille mit Erfolg ein.

15. August 1949

Anerkennung der „Gemeinnützigkeit" durch das Finanzamt.

5. Oktober 1949

Gründung einer „Grundstücks-Austauschstelle Bremen" in Zusammenarbeit mit den Maklern und dem Haus- und Grundbesitzerverein.

Nur begrenzt zur Auswirkung gekommen und am 20. 9. 52 aufgelöst.

26 Februar 1951

Arbeitstagung der Norddeutschen Aufbaugemeinschaften im SCHUTTING unter Leitung des Deutschen Volksheimstättenwerkes.

Mai 1951

Verlegung der Geschäftsstelle in das Rolandhaus am Markt.

Sommer 1953

Es erwarben die Mitgliedschaft:
Handelskammer Bremen,
Einzelhandelsabteilung der Handelskammer Bremen,
Handwerkskammer Bremen,
Ärztekammer,
Verkehrsverein Bremen e. V.

Dezember 1953

Umzug der Aufbaugemeinschaft Bremen und der Bremer Treuhandgesellschaft in das Haus Sögestraße 31/33 (Hinrichs & Bollweg).

Aufbauplan für die Innenstadt 1948 — von den Gebietsarchitekten erarbeitet

1948 wurde ein Aufbauplan für die Innenstadt vorgelegt. Der Plan wich in verschiedenen Punkten grundlegend von dem der Stadt ab. Daneben gab es noch eine dritte Planung, aufgestellt von der „Arbeitsgemeinschaft für Stadtplanung". Eine Einmütigkeit in den entscheidenden Punkten war nicht zu erzielen.

An den drei Planungsarbeiten waren folgende Fachleute beschäftigt:

1. **Planung des Stadtplanungsamtes:**

Dipl.-Ing. Wohlgemuth
Architekt Stüwe.

2. **Planung der „Arbeitsgemeinschaft für Stadtplanung":**

Von der Bauverwaltung:

Baurat Dr.-Ing. Krajewski als Leiter (Hochbauamt)
Baurat i. R. Ulrich (Baudenkmalspflege)
Dipl.-Ing. Wohlgemuth (Stadtplanungsamt)
Architekt Stüwe (Stadtplanungsamt)

Vom Bund Deutscher Architekten:

Die Architekten BDA
Herbert Anker, Schwachhauser Ring 53
Arthur Bothe, Gr. Görschenstr. 19
Carl Eeg, Hagenauerstr. 9
Kurt Haering, Breitenweg-Bad
Harald Kruschewsky, Verden, Goethestr. 19
H. G. Rehberg, Bahnhofstr. 10
Friedmar Rusche, Bahnhofstr. 6
Walter Siber, Rutenstr. 16
Rolf Störmer, Grohn, Buchtstr. 4

3. Planung der „Aufbaugemeinschaft Bremen"

Die Architekten BDA:

Herbert Anker, Schwachhauser Ring 45
Ernst Becker/Sassenhof, Vegesack, Strandstr.
Arthur Bothe, Gr. Görschenstr. 19
Kurt Haering, Breitenweg-Bad
Heinz Pein, Orleansstr. 7
Friedmar Rusche, Bahnhofstr. 6
Erik Schott, Fischerhude 182
Fr. Schumacher, Lüder v. Bentheim-Str. 6
Rolf Störmer, Grohn, Buchtstr. 4
Wilhelm Wortmann, Lesum, Alter Schulhof 1

Die „Arbeitsgemeinschaft für Stadtplanung" und die „Aufbaugemeinschaft Bremen" hatten ihre Arbeit in enger Verbindung mit Vertretern zahlreicher bremischer Behörden, der Bremer Straßenbahn, der Handelskammer und mit den aus Vertretern der bremischen Wirtschaft gebildeten Arbeitskreisen der Wiederaufbau-Gemeinschaften ausgeführt.

Von der „Aufbaugemeinschaft Bremen" wurde ein Gutachten der „Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung" gefordert, das am 14.—16. Oktober 1948 erstattet wurde. Darin wurden überraschend die Vorschläge der „Aufbaugemeinschaft Bremen" und der „Arbeitsgemeinschaft für Stadtplanung" bestätigt. In der Wiederaufbauplanung für die Bahnhofsvorstadt erhielt die Planung der Aufbaugemeinschaft eindeutig den Vorzug vor den anderen. Anerkannt wurde weiter, daß von privater Seite ausgezeichnete Vorarbeit geleistet wurde.

Gutachter waren:

Landesoberbaurat Dr. Stephan Prager, Düsseldorf, Mannesmannhaus, Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Präsident der Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesplaner in Nordrhein-Westfalen

Architekt BDA C. J. Mangner, Wuppertal, Auf der Bergbahn, Schriftführer der Akademie für Städtebau und Landesplanung

Oberbaurat H. Böhm, Frankfurt am Main
Leiter des Stadtplanungsamtes

Dr. Deckert, Celle
Landeskonservator für das Land Niedersachsen

Regierungsbaumeister a. D. Dr.-Ing. habil. Max Feuchtinger, Ulm, Beratender Ingenieur für Straßen-, Verkehrs- und Stadtbauwesen

Stadtbaudirektor a. D. Hebebrandt, Frankfurt am Main, Architekt BDA

Stadtbaurat a. D. Dr.-Ing. Hans Högg, Hannover, Technische Hochschule, Lehrstuhl für Städtebau

Den Empfehlungen der „Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung" ist unsere Stadt nicht gefolgt. Zu dieser Zeit konnte man im Volksmund hören: „Es wird den Bremern wieder besser gehen, wenn sie „Wohlgemuth" auf dem „Theil"-Ring entlang „Tippel'n".

Jahre später stellte der bekannte 1960 verstorbene Verkehrsberater und Gutachter Prof. Dr.-Ing. habil. M. E. Feuchtinger folgende Fragen:

1) Die jetzt vorliegende Teilringplanung steht u. E. offensichtlich nicht im Einklang mit den Forderungen, die in dem Akademie-Gutachten 1957 hierfür gestellt wurden. Warum hat man diese Forderungen nicht berücksichtigt?

2) Die Verkehrsuntersuchung der Stadtverwaltung kann u. E. nach Aussage des verkehrstechnischen Kommentares zu dem Akademie-Gutachten 1957 nicht als Begründung für die Richtigkeit der jetzt vorliegenden Teilringplanung herangezogen werden. Warum wurde die Verkehrsuntersuchung nicht dementsprechend vertieft und der Planungssituation angepaßt?

3) Der Grundgedanke der beiden Akademie-Gutachten 1956 und 1957 für das Verkehrsnetz war u. w. die Kreuzform Nordsüd-Ostwest. Warum ist dieser Grundgedanke in die jetzt vorliegende Teilringplanung nicht in aller Klarheit übernommen worden?

4) Die Akademie-Gutachten haben auf die Bedeutung einer Abstimmung der Verkehrsnetzplanung für den individuellen Verkehr mit derjenigen für den öffentlichen Verkehr hingewiesen. Liegt diese Abstimmung in ausreichendem Maße vor, wenn davon ausgegangen wird, daß die Ergebnisse des Gutachtens von Professor Dr. Lambert — Stuttgart — die Grundlage der Planungskonzeption für den öffentlichen Verkehr bilden?

5) Die Akademie-Gutachten haben betont, daß neben den Verkehrsfragen die städtebaulichen Fragen im Planungsgebiet eine entscheidende Rolle spielen. Sind die städtebaulichen Gesichtspunkte bei der jetzt vorliegenden Teilringplanung ausreichend berücksichtigt?

Für den Bürger bleibt die Frage: Warum die Verantwortlichen in Leggislative, Exekutive und Verwaltung dem Rat bedeutender Fachleute kaum Beachtung schenkten.

In der Folgezeit wurden **Stellungnahmen und Denkschriften** zu wichtigen Aufgaben erarbeitet:

3. September 1954

Denkschrift der Handelskammer Bremen zur Parkplatzfrage, gemeinsam mit der Aufbaugemeinschaft erarbeitet.

Mai 1955

Rundfrage wegen Beteiligung an Hochgaragen in der Altstadt.

Juli 1955

Rundfrage wegen Beteiligung an einer Selbsthilfeorganisation zur Lösung der Parkplatzfrage.

1957

Vorlage eines Fußwegeplanes für die Stadtmitte, der später auf der Weltausstellung in Brüssel gezeigt wurde.

Fußgängerwegeplan (gezeigt auf der Weltausstellung in Brüssel)

1958 Stellungnahme zur städtischen Verkehrsplanung (Einwendungen und Vorschlag zur Ostentlastung)

1959 Standortvorschlag für den Neubau eines Schauspielhauses mit Vorschlägen zur Bildung eines Kulturzentrums

1960 Stellungnahme zur Verkehrsstudie der Senatskommission für Verkehrsfragen

1960 Mitarbeit an der Stellungnahme des Einzelhandels zu innerstädtischen Verkehrsfragen

1964 Denkschrift — Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme im Stadtkern

1965 Stellungnahme zur Verkehrsstudie Bremen-Nord der Senatskommission für Verkehrsfragen

1965 Beitrag zur städtebaulichen Lösung der Ostentlastung

1966 Universität Bremen — Ein Beitrag zur Planung und Gestaltung

1967 Gesunde Stadtstruktur — Ein Beitrag zum Bebauungsplan 581

1968 Denkschrift — Gesunde Stadtstruktur — Fragen und Anregungen zum Ausbau des Flughafens Bremen

1968/69 Drei Denkschriften — Gesunde Stadtstruktur, Bedenken und Empfehlungen für die „Rote Verkehrszelle"

1969/70 Ein Planungskonzept — Der Weser-Jade-Raum

1970 Bremen — Siedlungsraum — Stadtentwicklung

– Der Wohnungsbau –

Wer weiß heute noch etwas von der 1949 gegründeten **„Grundstücksaustauschstelle Bremen"** in Zusammenarbeit mit den Maklern und dem Haus- und Grundbesitzerverein, die bis 1952 tätig war. Oder wer weiß noch etwas von dem **Treuhandausschuß zur Sammlung von 7c-Geldern,** der nach seinem 1. Aufruf rd. DM 1,5 Mill. 7c-Gelder für den Wohnungsbau zur Verfügung hatte. Dies war mit ein Anlaß, daß die „Aufbaugemeinschaft Bremen" die Gründung der „Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau GmbH" vorbereitete und veranlaßte.

Wem ist noch in Erinnerung, daß von 1950 bis 1955 rd. **60 Straßengemeinschaften,** besonders in der westlichen Vorstadt, aber auch in anderen Stadtteilen in den Wohngebieten zusammengeführt wurden. Welche Schwierigkeiten damit verbunden waren, die ehemaligen Eigentümer und Bewohner dieser Wohnstraßen wieder ausfindig zu machen, sie zusammenzurufen und sie zum gemeinsamen Handeln zu bewegen, kann nur der ermessen, der diese Arbeit selbst mitgetragen hat. Es bleiben unvergeßliche Erlebnisse an solche Abende in einer zerstörten Schule, in zum Teil noch behelfsmäßig hergerichteten Räumen, wo sich die Bewohner einer Wohnstraße das erste Mal nach der Schreckensnacht wiedersahen. Da war die Freude des Wiedersehens und daneben Schrecken und Leid aufs neue zugegen, weil man plötzlich sich eingestehen mußte, daß der Nachbar zur Rechten oder zur Linken oder gegenüber nicht mehr unter den Lebenden weilte.

Diese ersten Versammlungen waren dann mehr als ein leuchtendes Beispiel und ein Aufruf, in dieser Arbeit fortzufahren. Nun einige Tatsachen aus diesen Jahren:

5. und 18. November 1949

Vorbesprechungen bei Carl A. Wuppesahl zwecks Gründung einer Trägergesellschaft für den Wohnungsbau, um die Eigenart der bremischen Wohnweise zu erhalten.

12. Januar 1950

Besprechung bei Carl A. Wuppesahl zur Bildung eines **Treuhandausschusses für Sammlung von 7c-Geldern.**
Ausschuß-Mitglieder:
Dr. Düsing
G. Iversen
Karl Lange
Dr. J. E. Noltenius
Carl A. Wuppesahl
Baudirektor a. D. W. Wortmann.

14. Juni 1950

Gründung der **„Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau GmbH"** mit einem Stammkapital von 20 000,— DM.
Gründer: Aufbaugemeinschaft Bremen (G. Iversen)
Dr. E. Düsing
Dr. A. H. Darjes.
Dr. J. E. Noltenius
Arch. BDA W. Wortmann
Besondere Freunde und Förderer dieser Arbeit waren die Herren Carl A. Wuppesahl und Karl Lange sen.

Herbst 1950 bis Frühjahr 1951

Erste Befragung der Grundstückseigentümer in der westlichen Vorstadt über Aufbaubereitschaft.

Sommer 1952

Befragung der Grundstückseigentümer des **Stephani-Gebietes** über Aufbaubereitschaft
erfaßt 232 Grundstücke
76 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Aufbau
58 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Verkauf
5 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Tausch
15 Grundstücksbesitzer sind unentschlossen
71 Grundstücksbesitzer haben nicht geantwortet
5 Grundstücke sind im Besitz der Kirchengemeinde
Im Laufe der Zeit ist es gelungen, auch die bei den Rundfragen noch fehlenden Antworten zu erhalten.

Da die Aufbaugemeinschaft in enger Verbindung mit der Mehrzahl der Grundstücksbesitzer des Gebietes um die Stephani-Kirche blieb und auch Vollmachten zur Vertretung ihrer Interessen erhalten hatte, konnte die Bremer Treuhandgesellschaft in Verbindung mit dem Senator für das Bauwesen einen engeren Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für die Bebauung des **Stephani-Viertels** ausschreiben: Folgende Architekten wurden zur Beteiligung aufgefordert:

Dr.-Ing. Säume und Dipl.-Ing. Hafemann,
Architekt Behrens und Dipl.-Ing. Schröck,
Architekt Naujokat und Architekt Behérycz,
Architekt Wessel und Architekt Bothe,
Dipl.-Ing. Almstadt, Dipl.-Ing. Eilers und Arch. Nielsen.

Dem Preisrichterkollegium gehörten an:

Ministerialdirigent Dr. Döscher,
Bundeswohnungsministerium,
Baudirektor Tippel, Bauverwaltung Bremen,
Oberbaurat Kramer, Wohnungsbauamt Bremen,
Baudirektor a. D. Wortmann,
Frau Dipl.-Ing. L. Krajewski,
Frau Elly Ley,
Kaufmann H. Hesse, — Stephani-Gemeinde
Dr. A. Darjes — Bremer Treuhandgesellschaft

Die Entwürfe wurden bis zum 10. Januar 1955 beim Senator für das Bauwesen eingereicht.

Entlang den Wallanlagen wurden nach Plänen der Architekten Wessel, Eilers, Almstadt-Nielsen dreigeschossige Sechsfamilienhäuser mit Eigenwohnungen errichtet. Im inneren Bezirk am Stephanikirchhof, Knoopstraße und Grossenstraße wurden Ein- und Zweifamilienhäuser in zweigeschossiger Bauweise gebaut, deren Pläne von den Architekten Wessel und Schröck aufgestellt wurden. Nach Plänen des Architekten Schröck wurde an der Faulenstraße ein viergeschossiges Haus mit Einraum-Wohnungen für ledige Wohnungsbewerber errichtet.

Der Stephani-Turm mit Weserfront des alten Stephaniviertels

Frühjahr 1953

Zweite Befragung der Grundstücksbesitzer des Aufbaugebietes in der **westlichen Vorstadt.**

13. Juni 1953

Die Aufbaugemeinschaft wendet sich durch eine Anzeige in den Tageszeitungen an die Öffentlichkeit zum Schutze des Kleinhauses. (Siehe Seite 91).

26. Juni 1953

Mitarbeit bei der Gründung der „Nordbremischen Gesellschaft für Wohnungsbau m.b.H.".
Gründer:
Nordbremische Industriefirmen,
Volksbank Bremen-Vegesack,
Haus- und Grundbesitzerverein,
Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau G.m.b.H.

Ergebnisse der Rundfragen in den Vorstädten.

Die Rundfragen waren mit ungewöhnlich viel Kleinarbeit verbunden; so mußten z. B. in dem völlig zerstörten Gebiet der westlichen Vorstadt die Anschriften der Grundstückseigentümer neu festgestellt werden.

1—Erste Rundfrage in der westlichen Vorstadt 1951 erfaßt 1671 Grundstücke.

726 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Aufbau
471 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Verkauf
26 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Tausch
448 Grundstücksbesitzer haben nicht geantwortet

2—Zweite Rundfrage in der westlichen Vorstadt 1953 erfaßt 2290 Grundstücke.

1152 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Aufbau
330 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Verkauf
257 Grundstücksbesitzer haben bereits aufgebaut
472 Grundstücksbesitzer haben nicht geantwortet
59 Grundstücke sind im Besitz der Stadtgemeinde

Straßengemeinschaften.

Von 1950 bis 1955 wurden 58 Straßengemeinschaften zum Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebäude gebildet und laufend von der Aufbaugemeinschaft betreut; es sind hier nur die Gemeinschaften aufgeführt, die den Aufbau verwirklichen konnten. Das Aufbauprojekt „Westliche Vorstadt" mit 836 Wohnungen und das Lückenbauprogramm in der östlichen Vorstadt sind hier nicht mit eingeschlossen.

Akazienstraße I und II
Aumunder Straße
Andreestraße
Admiralstraße I—IV
Brandtstraße I—V
Bergerstraße
Braker Straße
Berliner Straße
Bassumer Straße
Bachstraße
Böhmestraße
Bastianstraße
Elbstraße
Eutiner Straße
Fliederstraße
Goesselstraße
Gießener Straße
Huchtinger Straße
Haller Straße
Huder Straße
Holunderstraße
Hauffstraße
Hohentors-Heerstraße I, II, III
Jenaer Straße
Landwehrstraße
Lilienthaler Straße
Malerstraße
Mecklenburger Straße
Nicolaistraße
Neckarstraße I und II
Osnabrücker Straße
Pfalzburger Straße I und II
Ritterstraße
Römerstraße
Regensburger Straße
Rosenberg
Sommerstraße I—V
Steinhäuserstraße
St.-Magnus-Straße
Timmersloher Straße
Tarmstedter Straße
Utbremer Straße
Vietorstraße
Vagtstraße
Weserdamm
Winterstraße
Walldammstraße
Weizenkampstraße I und II

Sommer und Herbst 1954

örtliche Feststellung der Baulücken in der östlichen Vorstadt und Befragung der Grundstückseigentümer in der östlichen Vorstadt über die Aufbaubereitschaft.

Baulückenermittlung und Rundfrage östliche Vorstadt 1954.

Gebiet „Ostertor", ermittelt 481 Baulücken.

41 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Aufbau
20 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Verkauf
18 Grundstücksbesitzer sind unentschlossen
26 Grundstücksbesitzer wollen nicht aufbauen
17 Grundstücksbesitzer bauen selbst auf
49 Grundstücksbesitzer bereiten selbst den Aufbau vor
218 Grundstücksbesitzer haben nicht geantwortet
92 Grundstücke sind von der Stadtplanung betroffen.

Gebiet „Hastedt", ermittelt 438 Baulücken.

20 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Aufbau
16 Grundstücksbesitzer sind bereit zum Verkauf
9 Grundstücksbesitzer sind unentschlossen
3 Grundstücksbesitzer wollen nicht aufbauen
20 Grundstücksbesitzer bereiten selbst den Aufbau vor
219 Grundstücksbesitzer haben nicht geantwortet
151 Grundstücke sind von der Stadtplanung betroffen

ECA-Bauvorhaben Bremen-West

Zugunsten der Ausgebombten, Vertriebenen und DP's wurde im Bundesgebiet ein Sonderprogramm (30 Millionen) durchgeführt, das die Errichtung von sogenannten Entwicklungsbauten in größeren Industriestädten vorsah. Insgesamt wurden 12 Großprojekte mit jeweils etwa 300 Wohnungseinheiten auf einem zusammenhängenden Baugelände genehmigt. Bevorzugt wurden 1- und 2-Familien-Reihenhäuser in Wiederaufbaugebieten gefördert. Die Auswahl der Baustellen erfolgte nach einem Planungswettbewerb, der gemeinsam durch Bundeswohnungsministerium und ECA-Sondermission entschieden wurde. Pro Wohnung wurden 9000,— DM Marshallplanmittel zu einem Zinssatz von 3—4% bereitgestellt.

Die „Aufbaugemeinschaft Bremen" hatte vorgeschlagen, den Baubereich Bremer Westen zwischen Schönebecker- und Lutherstraße zum Wettbewerb anzumelden. Die Aufbaugemeinschaft hat ihren Vorschlag an die Voraussetzung geknüpft, daß der Einzelbesitz an den Grundstücken erhalten bleibt und daß der Charakter der bremischen Eigenhausbezirke gewahrt wird. Der weitaus größte Teil der Grundstückseigentümer in diesem Baubereich hat sein Grundstück für eine Neubebauung oder für einen Verkauf zur Verfügung gestellt.

Von 80 Städten des Bundesgebietes wurden mehrere hundert Vorschläge gebracht, von denen das Wiederaufbauprojekt der Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau im Baubereich um die ehemalige Calvinschule in der westlichen Vorstadt genehmigt wurde. Für die Deckung der Baukosten wurden für dieses Bremer Projekt 2,7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, womit etwa 130 bis 150 Häuser mit 260 bis 300 Wohnungen wieder aufgebaut werden konnten.

Nach zweitägiger Beratung wurde am 13. Oktober 1951 der ECA-Wettbewerb für das Wiederaufbauprojekt Bremen-West entschieden. Die deutsch-amerikanische Jury beschloß, den Entwurf der Arbeitsgemeinschaft der Architekten Hebebrandt, Marschall und Schlempp (Hannover-Frankfurt/Main) mit dem 1. Preis auszuzeichnen. Der Entwurf sah 203 Einfamilienhäuser und 72 Eigenwohnungen in mehrstöckigen Häusern vor.

Das Preisgericht hatte damit einer Lösung den Vorrang geben wollen, die der bremischen Tradition des Eigenhauses entspricht. Mit besonderer Wärme setzte sich das amerikanische Mitglied des Preisgerichts, Mac Arnold, für die Prämiierung des Einfamilienhauses ein und machte geltend, daß man nicht allein eine günstige Verzinsung und gesunde Wirtschaftlichkeit berücksichtigen dürfe, sondern die Rückführung von Ausgebombten und Vertriebenen in ein eigenes Heim durchsetzen müsse.

Den 2. Preis (DM 4500,—) erhielt die Architektengruppe Morschel-Henke, Bremen,
den 3. Preis (ebenfalls DM 4500,—) die Architekten Dr.-Ing. Säume und Dipl.-Ing. Hafemann.
Der 4. Preis (DM 2000,—) fiel den Architekten Dipl.-Ing. Meckseper, Oldenburg, und Dipl.-Ing. Albrecht, Hannover, zu. der 5. Preis (DM 1500,—) der Architektengruppe Tinneberg und vom Berg, Hamburg.

Das von den Architekten Prof. Hebebrandt, Schlempp und Marschall aufgestellte Projekt sah in seiner letzten Überarbeitung ein Pultdach vor, das entgegen den Wettbewerbsbestimmungen sich nicht an die angrenzende Bebauung anpaßt, wo durchweg das pfannengedeckte Satteldach angewandt wurde. Mehrere bremische Organisationen und nicht zuletzt die Anlieger des Wettbewerbsbezirkes selbst haben den Vorschlag gemacht, unter Übernahme der Mehrkosten durch die zukünftigen Bewohner auch die Einzelhäuser des Wettbewerbsvorhabens mit Satteldach auszustatten.

Diesen Vorschlägen wurde leider bei der weiteren Bearbeitung und Durchführung nicht entsprochen.

Bei den vielen Gesprächen der Bürger miteinander um die Sorgen und Aufbaufragen der Wohnungen, ergab sich manche interessante und wegweisende Anregung für den Wohnungsbau insgesamt.

Anschlag auf das Privateigentum im Bremer Westen

Ein aufklärendes Wort der Aufbaugemeinschaft Bremen

Vom Beginn ihrer Tätigkeit an hat die Aufbaugemeinschaft Bremen es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, die gesunde breite Eigentumsstreuung in Bremen, die einmal für ganz Deutschland vorbildlich war, auch beim Wiederaufbau unserer schwer getroffenen Stadt zum Wohle aller ihrer Bewohner zu erhalten. Im Sinne dieser Aufgabe hat die Aufbaugemeinschaft mit den beiden Trägergesellschaften Bremer Treuhand und Bremer Schoß bereits vor drei Jahren mit dem Wohnungsbau im Bremer Westen begonnen. Bis heute wurden mehrere hundert Häuser mit fast 1000 Wohnungen im Bremer Westen neu errichtet, obwohl die planerischen Voraussetzungen ungenügend und die finanziellen Bedingungen schlecht waren.

Auch für das neue, am 4. Februar von der Bürgerschaft beschlossene Wiederaufbauprogramm hat die Aufbaugemeinschaft ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Trotz allem wird die Arbeit der Aufbaugemeinschaft und der mit ihr verbundenen Trägergesellschaften ständig in unsachlicher Weise kritisiert. Seit Wochen wird versucht, alle jene, welche die bewährte Eigentumsstruktur im Bremer Westen erhalten wollen, zu diffamieren und ihnen engstirnige und egoistische Gesichtspunkte zu unterschieben. In dieser Situation fühlt die Aufbaugemeinschaft Bremen sich verpflichtet, der Öffentlichkeit folgende Aufklärung zu geben:

Machtlos haben Tausende von Eigentümern und Gewerbetreibenden im Bremer Westen und Zehntausende von Wohnungssuchenden jahrelang auf den Beginn des Wiederaufbaues in den Bausperrgebieten der westlichen Vorstadt gewartet. Vergeblich hat die Aufbaugemeinschaft, ebenso wie andere bremische Organisationen, versucht, eine frühere Aufhebung der Bausperren zu erreichen. Anfang 1953 wurde von sozialdemokratischer Seite ein Wiederaufbauprojekt vorgeschlagen, welches eindeutig und einseitig dem Gewerkschaftsunternehmen „GEWOBA" die alleinige Trägerschaft übertragen sollte. Es gelang damals, zwei weitere, dem Privateigentum verbundene Trägergesellschaften einzuschalten. Ein endgültiger Bebauungsplan, die Hauptvoraussetzung jedes Wiederaufbaues, lag allerdings zu Anfang dieses Jahres noch nicht vor und ist auch heute noch nicht von Senat und Bürgerschaft beschlossen. Trotzdem waren alle verantwortungsbewußten Kräfte in Bremen bereit, im Interesse des Ganzen diesen Weg mitzugehen. Voraussetzung sollte dabei — auch nach den Versicherungen der SPD — die Erhaltung einer gesunden breiten Eigentumsstreuung im Bremer Westen sein.

Unterschiedliche Handhabung

Bei der Durchführung der Bürgerschaftsbeschlüsse vom 4. Februar durch die drei Trägergesellschaften haben sich grundlegende Unterschiede herausgestellt. Bremer Treuhand und Bremer Schoß haben Aufbaupläne entwickelt, die von vornherein entscheidend darauf abgestellt waren, das Eigentum wieder in private Hand zu überführen und zwar vorwiegend in der Form des Bremer Hauses für 1 bis 2 Familien. Demgegenüber will die „GEWOBA" die von ihr zu erstellenden Wohnungen überwiegend in Hoch- und Großbauten unterbringen, die für den Wiedererwerb als Ganzes durch die bisherigen Grundstückseigentümer naturgemäß unerschwinglich sind. Diese Bauten bieten andererseits jedoch die beste Möglichkeit, die neueste Form des Besitzrechtes gerade für die werktätige Bevölkerung, das Wohnungseigentum, zu verwirklichen.

1951 hat auch die SPD im Bundestag geschlossen dem Gesetz zur Schaffung von Wohnungseigentum zugestimmt. Um so bezeichnender ist es, daß das Gewerkschaftsunternehmen „GEWOBA" im Gegensatz zu den beiden anderen Trägergesellschaften nicht bereit ist, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, obwohl der Aufsichtsratsvorsitzende der „GEWOBA" und Fraktionsvorsitzende der SPD, R. Boljahn, in einer Einwohnerversammlung in der Schule an der Gothaer Straße bald nach dem 4. Februar Bauwilligen auf Befragen öffentlich erklärt hatte, daß die „GEWOBA" Wohnungseigentum schaffen werde.

Ebenso bezeichnend ist es, daß die Bremer Volkszeitung in ihrer Sonder-Ausgabe vom 6. Juni mit keinem Wort das Wohnungseigentum erwähnt.

Welches sind die wahren Hintergründe? — Weshalb verweigern die „GEWOBA" als Bauträger und die SPD in der Bürgerschaft die Schaffung von Wohnungseigentum?

Das gewerkschaftseigene Wohnungsunternehmen ist darauf bedacht, sich unter der Devise „Schafft Wohnraum für 23 000 Dringlichkeitsfälle" ein Mammutvermögen in Gestalt von modernem Wohnungsbesitz zuzulegen. Eigenheime oder Stockwerkswohnungen zu bauen und sie in privates Eigentum zu überführen, ist wirtschaftlich und machtpolitisch für ein Gewerkschaftsunternehmen uninteressant. Der ehemalige Eigentümer als Mieter verhilft dagegen der „GEWOBA" langsam aber sicher zu einem schuldenfreien Besitz von ungeheurem Umfang, wie ihn kaum ein kapitalistischer Großmagnat vorher besessen hat. Die Bereitschaft Bremens, auf Jahrzehnte hinaus hohe Zinslasten für den Wiederaufbau der westlichen Vorstadt zu übernehmen, hatte das Ziel, das kleine Privateigentum zu fördern und zu entlasten. Statt dessen soll dieses von der Allgemeinheit getragene Opfer dazu dienen, den Kollektivbesitz der „GEWOBA" erheblich zu vermehren und die Wohnungsinhaber auf Generationen in Mietabhängigkeit zu halten. Herr Boljahn bezeichnet diese Art der Wohnungspolitik als Gemeinschaftsleistung der modernen Arbeiterbewegung. Die Irreführung ist leicht zu durchschauen.

Diese sozial-kapitalistische Ausnutzung der durch Krieg und Zerstörung verursachten Notlage breiter bremischer Bevölkerungskreise ist nicht nur moralisch zu verurteilen, sondern bedeutet auch politisch eine große Gefahr für die Zukunft. Auf Kosten der Gesamtheit der Steuerzahler werden hier große Vermögenswerte zusammengeballt und als Machtfaktor mit allen politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten in die Hand einer kleinen gewerkschaftlichen Führungsgruppe gelegt.

Das ist das genaue Gegenteil der bisher in Bremen vorherrschenden gesunden breiten Eigentumsstreuung, an welcher die Arbeiterschaft einen überragenden Anteil hatte und bei der Wohnungen, Läden und Werkstätten sich dem Bedarf entsprechend organisch entwickelt hatten. An dieser Frage haben sich in der Bürgerschaft die Geister geschieden!

Die Aufbaugemeinschaft richtet an Senat und Bürgerschaft den dringenden Appell, sich den oben dargelegten zwingenden Gesichtspunkten nicht zu verschließen und das allseits begrüßte große Werk des Wiederaufbaues im Westen nicht parteipolitischen Machtbestrebungen auszuliefern.

Alle bremischen Mitbürger aber fordern wir auf, den Ernst der Situation zu erkennen und, jeder an seiner Stelle, an der Erhaltung einer Eigentumsverteilung in Bremen mitzuwirken, um die uns einmal ganz Deutschland beneidet hat. Allen von der Enteignung Betroffenen stellen wir unsere kostenlose Beratung zur Verfügung.

Bremen, den 13. Juni 1953

Aufbaugemeinschaft Bremen e. V

Am Markt 16, Tel. 2 41 90

Der Vorstand

An Stelle der damaligen Gegensätze ist längst eine sachlich-faire Zusammenarbeit getreten, wo immer sie geboten erscheint. Der Herausgeber

Artikel aus den „Bremer Nachrichten"
vom 14. November 1950

Heini Holtenbeen

Der Optimist

„Minsch, Heini, wo wullt du denn mit den Boom hen?"
„Den will ik in min Ruinengrundstück planten. Un wenn ik denn de Baugenehmigung hebben do, is he woll so groot wussen, dat ik mi Breder för min Hus dorut snien loten kann!"

Steckbrieflich gesucht

werden die nachstehend aufgeführten Personen zwar nicht. Die **„Aufbaugemeinschaft Bremen"** jedoch legt großen Wert darauf, zu erfahren, wo sie sich befinden. Sie hat ihnen vor einiger Zeit Fragebogen zugesandt, in denen sie um Auskunft über ihre Grundstücke im Bremer Westen gebeten werden. Aber als „unzustellbar" brachte die Post diese Fragebogen zurück. Da die erbetenen Auskünfte für die Neuplanung des Bremer Westens von großer Bedeutung sind, werden die Grundstückseigentümer gebeten, sich in der Sögestraße, Schulhof 4, zu melden. Auch wer über ihren Verbleib Angaben machen kann, wird um Nachricht gebeten. Gesucht werden:

Twistringer Str.: Nr. 3, Richard Keller. Utbremer Str.: Nr. 109, E. W. H. O. Gebbert (auch in der Grohner Str.); N. 58, E. W. Heinrich. Landwehrstr.: Nr. 143, H. C. Waßmann; Nr 172, W. Spannhake; Nr. 192, L. Jordan. Wichmannstr.: Nr. 29, C. J. F. Kuhlmann. Warflether Str.: Nr. 10, Frau Louise Vöge; Nr. 19, F. R. F. Hamig; Nr. 38, I. H. Fahrenholz; Nr. 41, L. G. G. Holborn. Wartburgstraße: Nr. 30, Frau M. L. W. Möller Wwe.; Nr. 59, Frau Ermina Pehling Wwe. Erben; Nr. 72, F. W. Böker. Zwinglistraße: Nr. 9, J. H. Lürssen Wwe. Erben; Nr. 47, Frau Franziska Zülsdorf; Nr. 57, W. F. Rüther; Nr. 89, Frau K. H. Rossack; Nr. 93, Frau W. Büge; Nr. 106, H. W. Kleinschmidt; Nr. 136, Frau E. Bitter und Miteigentümer.

WESTAG-Türen

— ein Qualitätsbegriff!

WESTAG-Spiraltüren, siebenfach aufgebaut

WESTAG schallhemmende Türen
Schalldämmwert: ca. 30 Dezibel

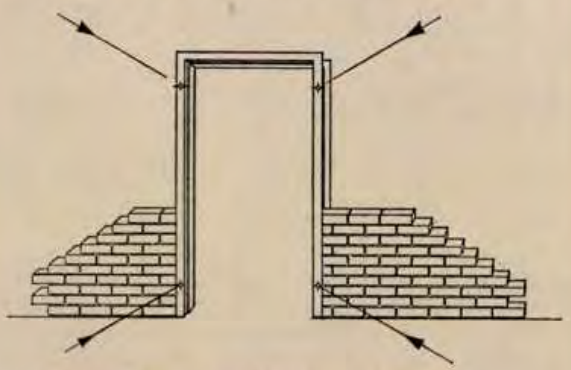
WESTAG-Feuerstop-Türen nach DIN 4102

WESTALIT-Türen in 10 verschiedenen Dessins
äußerst strapazierfähig!

WESTAG & GETALIT A.G.
Wiedenbrück i. W.

Alleinverkauf im Raum Bremen und Bremerhaven:
ENNO ROGGEMANN
Holzhandlung und Holzimport
28 BREMEN · Gelsenkirchener Straße
Ruf 5 09 82 27

ReLi Stahlnormzarge



Sie vermeiden unnützen Ärger beim Bau, wenn ... Sie die Reli-Stahlnormzarge einbauen. Warum?

- Universell verwendbar für Rechts- und Linksanschlag, nach DIN 18111
- Noch nach Einbau und Verguß ist eine Änderung der Anschlagrichtung möglich
- Der Schließdruck der Türen ist an den Bändern jederzeit durch einfache Drehung des Bandunterteils verstellbar

HERMANN LOHMÜLLER
BAUSTOFFGROSSHANDEL
2820 Bremen 71 - ☎ 60 00 11-19

— Grünanlagen und Umweltschutz —

Bahrsplate — Alter Zustand

Häßliche Fremdkörper in den Wallanlagen der Neustadt — Heute noch teilweise zu sehen!

Schon in den ersten Jahren des Wiederaufbaus haben Mitbürger Anregungen und Hinweise gegeben, daß um des Menschen willen nicht nur der Aufbau der Wohnungen und Geschäftshäuser zu beachten sei, sondern auch die Grünanlagen in den Wohngebieten und Cityräumen. So sei verwiesen auf gemeinsame Bemühungen um die Gestaltung der **„Bahrsplate"** in Bremen-Nord von 1957 bis 1963, um die Pflege und Erhaltung der **„Wallanlagen Altstadt und Neustadt,** (siehe Sonderheft „Der Wiederaufbau" 1/55 — Die Bremer Wallanlagen).

Die gemeinsamen Bemühungen insbesondere in den Jahren des Wiederaufbaus um das **Kleingartenwesen** mit dem hochgeschätzten damaligen Vorsitzenden des Landesverbandes der Kleingärtner, Herrn Heynig sind unvergeßliche Erlebnisse.

Eine Frage und zwei Anregungen wurden 1951 ausgesprochen:

1. (Eine Frage): Haben die zuständigen Stellen sich in den letzten zwei Jahren mit dem Problem befaßt? Wenn ja, so erwartet die am Wiederaufbau interessierte Öffentlichkeit dringend die Mitteilung der Ergebnisse. Wenn nein, so wird es allerhöchste Zeit! Darüber hinaus seien zwei Anregungen gegeben:

2. Die gesamte Sanierungsplanung der Kleingartenbezirke verlangt die Mitarbeit sachverständiger Garten- und Landschaftgestalter. Das städtische Gartenamt kann hierbei durch die Aufstellung der Grundlagenplanung wertvolle Führungsarbeit leisten. Auf die Mitwirkung frei schaffender Kräfte darf aber auch in diesem Bereich keinesfalls verzichtet werden.

3. Ist dringend zu raten, daß die Organisationen der Kleingärtner und Kleinsiedler durch Beteiligung an der Sanierungsplanung verantwortlich zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Erfahrungen in den Aufbaugemeinschaften zeigen, daß der Gemeinschaftssinn auch auf diesem Gebiet geweckt und zu positiver Leistung für das Ganze eingesetzt werden kann.

Auf der Jubiläumsrede des Vorsitzenden **„Verein Deutscher Kleingärtner"**, Hamburg, **Paul Brando, 1960,** haben folgende Absätze heute noch ihre Bedeutung:

„Was wir als Kleingärtner von der Zukunft erwarten", ist das Thema, das mir heute gestellt worden ist. Das ist m. E. das, daß sich unsere Kommunal-Politiker bereitfinden, dem Kleingartengedanken einen neuen Impuls zu geben, und zwar aus folgenden Gründen. Unser Gesellschaftsleben ist heute mehr denn je starken Erschütterungen ausgesetzt. Der Mensch erlebt einen Verschüttungsprozeß nicht nur seiner physischen Kräfte, sondern ebenso sehr seiner seelischen Kräfte.

Das Lebensinteresse des heutigen Menschen wird zumeist nur vom Materiellen her bestimmt, und was sich dem Menschen, unterstützt durch eine geschickte Reklame, ansonsten noch anbietet, das ist das Seelenloseste, was man sich denken kann.

Um sich den Luxus einer Vollmotorisierung leisten zu können, gehen heute viele Ehefrauen in die berufliche Tätigkeit, und das führt dann zu jenen Begleiterscheinungen, daß sich z. B. jedes fünfte Kind am Tage allein überlassen ist. Wie sich der Mensch mit diesem so gehobenen Lebensstandard innerlich abfindet, das bleibt dann sein Geheimnis.

Der Mensch ist in der Masse verschwunden, er ist zum Spielball der Masse geworden. Es muß uns allen und uns Kleingärtnern noch viel mehr darauf ankommen, den Lebenshunger der Menschen in ein echtes Bedürfnis umzubilden, und dazu, das ist meine innerste Überzeugung und meine eigenste Überzeugung, kann nur zum Teil, oder zu einem Teil mindestens, auch der Kleingarten beitragen, oder besser gesagt, das Kleingartenerleben beitragen.

Eine Kleingartenanlage

Der Kleingarten als Schmuckstück

Der Kleingarten birgt eine ganze Menge Funktionen, sehr wichtiger Funktionen, in sich, als da sind, die Funktion der Erkenntnis über das Werden und Vergehen in der Natur, die Funktion des Familienlebens, das heute eine ganz besondere Bedeutung hat. Da ist die Funktion, daß wir unsere Kinder schon mit den Zusammenhängen in der Natur vertraut machen. Es ist doch erschütternd, daß die Schulen über so mangelhafte Kenntnisse und mangelhaftes Empfinden der Kinder in biologischen und sozialen Dingen berichten.

Das ist auch eine wichtige Funktion der Pflege nachbarschaftlicher Gemeinschaft. Auch das ist heute unbedingt und ungemein wichtig. **Wer kennt sich denn heute noch mit seinen Nachbarn in einem Mietshaus oder einem Hochhaus aus?**

In einem Garten entwickelt sich die nachbarliche Gemeinschaft mit dem Frage- und Antwortspiel über den Gartenzaun hinweg bis zur praktischen Hilfeleistung beim Pflanzen und der Pflege eines Obstbaumes.

Dann dürfen wir die wichtigste Funktion des Kleingartens nicht übersehen, nämlich die der Gesunderhaltung des Menschen, und über all dem steht doch die ganz wichtige Funktion, daß der Mensch wieder Boden unter den Füßen spürt, wo er, losgelöst von allen Störungen und schädlichen Einflüssen dieser Welt wieder zu sich selbst zurückfindet. **Im Gegensatz zu jener These, wo die Masse herrschen und bestimmen soll, bin ich der Meinung, daß sich zunächst auch einmal das Individuum innerhalb der Gesellschaft entwickeln muß, und wo das Individuum die Freiheit nicht hat, sich zu entwickeln, da muß ich die Massenherrschaft ablehnen. Wo der Persönlichkeitswert eines Menschen unterdrückt wird, kann ein Volk niemals glücklich werden.**

Professor Dr. Paul Fleig, Freiburg, sagt in seinen Schlußworten in geradezu leidenschaftlicher Weise auf der Jahresversammlung der Kleingärtner 1964 in Bremen als Appell an den Staat:

„Noch mehr, mein Staat. Daß die Familie in den Garten gehört, kann von niemand bestritten werden. Nun hast du eine feierliche Verpflichtung von unserer höchsten Gesetzesnorm, der Verfassung, auf den Weg bekommen: Die Familie steht unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung (Art. 6 Abs. 1 GG). Und so wie du die Familie unter deinen Schutz zu nehmen hast, tu es mit ihrem Garten, denn er gehört zur Familie, zum rechten Gedeihen der Familie, falls du sie nicht in die Kahlheit der vier Wände eingesperrt haben willst.

Die Erfahrung belehrt uns: In den Gärten halten die Familien gute Nachbarschaft und erfahren den Segen einträchtigen Zusammenlebens. Ist das nicht besser als die vielfältigen Streitigkeiten von Wohnung zu Wohnung? Was kannst du dir Besseres wünschen als die Eintracht in den Familien, zwischen den Familien, ohne daß dadurch die Mannigfaltigkeit der Auffassungen, wie sie in einem freien Staat erlaubt und geschätzt sind, beeinträchtigt wird? So hochpolitischer Qualität im besten und friedvollsten Sinn für die Gemeinschaft des Volkes ist unser Anliegen. Mach es zu dem deinigen, und du wirst gut fahren!

Darum, o Staat, wiederholen wir: Tu alles, die Familie in den Garten zu stellen! Du erweist damit auch dir einen Gefallen. Keinen wichtigeren Wunsch kannst du dir selbst damit erfüllen: Deinen Bürgern, deinen Familien gibst du Ruhe und Frieden, dir selbst die Beständigkeit."

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Bemühungen um die **Friedhöfe** im Sinne der alten bremischen Ordnung, d. h. für jeden großen Stadtabschnitt den entsprechenden Friedhof. **Bei dieser Gelegenheit muß daran erinnert werden, daß ca. 20-jährige vielfältige Bemühungen um den Bau des Westfriedhofes bis heute keinen Erfolg hatten.**

In den letzten Jahren sind neue Aufgaben hinzugetreten, wie die Sorge um **reines Wasser, reine Luft, weniger Lärm** und **gute klimatische Verhältnisse in der engbebauten City,** wo täglich 80—100 000 Mitbürger tätig sind.

Aufmerksamkeit verlangen die Naherholungsräume im Siedlungsraum der Stadt Bremen, und damit im Zusammenhang steht die menschenwürdige Gestaltung der immer größer werdenden **Freizeit.**

So entstand 1969 die Denkschrift
„Gesunde Stadtstruktur — Über die Bedeutung des Blocklandes für die Stadtentwicklung".

In diesem Jahr werden Vorschläge zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete für die Region Weser-Jade erarbeitet.

Es bleibt für jeden Bürger die Aufgabe im Sinne der „Grünen Charta" tätig zu sein.

„Die Grundlagen unseres Lebens sind in Gefahr geraten, weil lebenswichtige Elemente der Natur verschmutzt, vergiftet und vernichtet werden und weil der Lärm uns unerträglich bedrängt. Die Würde des Menschen ist dort bedroht, wo seine natürliche Umwelt beeinträchtigt wird. Zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten gehört auch das Recht auf ein gesundes und menschenwürdiges Leben in Stadt und Land."

H. H.-Meier-Allee / Beispiel eines öden Straßenbildes ohne lebendige Natur

Städtebauliche Denkmalspflege und Kulturaufgaben

1959 erfolgte ein Standortvorschlag für den Neubau eines Schauspielhauses mit Vorschlägen zur Bildung eines **Kulturzentrums am Ostertor.** Diese Arbeit wurde seinerzeit auf Wunsch der Bauverwaltung nicht veröffentlicht.

1959 erfolgte eine Stellungnahme unter der Frage: **„Ist Baugestaltung vogelfrei",** am Beispiel des Kepa-Hauses in der Sögestraße.

„Die Zeit" schrieb am 14. Februar 1957 über diese Untersuchung: „Das Schielauge der Sögestraße" — In Bremen will der Bürger über das zukünftige Aussehen seiner Stadt mitreden im Schlußabsatz: „Dennoch bleibt in diesem Zusammenhang eins bedauerlich: Der plötzliche Überfall auf eine unvorbereitete Öffentlichkeit. Wie neu entstehende, große Stadtteile nicht hinter verschlossenen Türen geplant werden sollten, so hätte auch ein privater Bauherr, der sich an zentraler Stelle tiefgreifend in die Stadt der Zukunft einzeichnen will, kaum etwas zu befürchten, wenn er sein hieb- und stichfestes Projekt rechtzeitig zur öffentlichen Diskussion stellen würde. Denn nichts ärgert den Bürger, der wie in Bremen noch einer sein will, mehr, als wenn er von geheimnisvollen Mächten ‚überfahren' wird."

Die **städtebauliche Denkmalspflege** wurde immer wieder an verschiedenen Beispielen den Verantwortlichen vorgeführt. Genannt seien die Veröffentlichungen über Hannover, Kassel, Emden und andere.

Ansgari und Wilhadi

Besondere Bemühungen erfolgten um die Erhaltung der **„Ansgari-Ruine"** und des **„Wilhaditurmes"** in der westlichen Vorstadt von 1957 bis 1964. Die Entscheidungen um Ansgari und Wilhadi sind als ein Versagen der Verantwortlichen in Exekutive, Legislative, Verwaltung einschl. der Gemeinden in die Geschichte eingegangen. Es ist nicht überheblich heute festzustellen, daß nach dem Beispiel anderer Städte neben der Ansgari-Gedächtnisstätte der Ansgariturm heute stehen würde durch die aktive Mithilfe bremischer Bürger, genauso wie bei St. Martini, U. L. Frauen und St. Johann geschehen. Die Achtung vor den Leistungen der Väter sollten jedem Mitbürger selbstverständlich sein.

Die Baudenkmalpfleger schreiben u. a. 1960 und 1961 über den Wilhaditurm:

Der Wilhadi-Turm ist die augenscheinlichste Erinnerung an die einstige Westvorstadt, bei deren Zerstörung im Jahre 1944 innerhalb von 25 Minuten 1054 Menschen in furchtbarer Weise ums Leben kamen und 49 100 obdachlos wurden. Für diese entsetzliche Katastrophe oder besser zum Gedächtnis ihrer Opfer den Wilhadi-Turm als dafür geeignetstes Denkmal zu erhalten, wäre doch das mindeste, was die Nachkriegszeit zu tun verpflichtet war.

Vorschlag für die Ansgari-Ruine von Architekt BDA Siber

Ansgari-Turm von Süden

Vorbildliche Lösung in Hannover

Mahnmal Ruine Aegidienkirche

.... Müssen wir nicht befürchten, daß es später einmal als töricht empfunden wird, wenn wir ihn abbrechen, gerade zu dem Zeitpunkt, da wir uns nach Kräften bemühen, andere Turmhelme wieder aufzubauen, um unsere Stadtsilhouette neu zu bereichern?

Die westliche Vorstadt ist arm an Gemütswerten, an Dingen voll Tradition, die einen Vater veranlassen können, seinen Kindern eine Vorstellung zu vermitteln, wie anders es einmal in jenem Gebiet ausgesehen hat. Der Wilhadi-Turm wird dazu stets ein starker Anreger sein, ein Anknüpfungspunkt, um die tragische Geschichte gerade dieses Stadtteils nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

hadi-Turm hätte der kommenden Genneration sehr deutlich einer leichten Handbewegung abtun, wie z. B. seinerzeit, als Unsere Stadt sollte stadtgeschichtliche Dokumente nicht mit man die Ansgariruine durch ein Kaufhaus ersetzte. Der Wil-

sagen können, wohin der Weg führt, wenn ein Volk selbstherrlich die Götzen dieser Welt anbetet. Das Ende eines solchen Weges ist am Beispiel der westl. Vodstadt in erschütternden Worten in dem Buch — „Bremen — einst und jetzt" Seite 112, erschienen im Verlag Eilers & Schünemann, Bremen, zu lesen.

Diese Stimmen blieben ungehört! Kann man nicht auch fragen: „Wollte man nicht hören?" Den Mitbürgern, Firmen und Instutitionen, die bereit waren, durch ihre Spenden den Turm kommenden Generationen zu erhalten, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Die Entscheidung zum Abbruch ist und bleibt im Grunde genommen „unbremisch". Zum Schluß bleibt die Feststellung, die der Verfasser dieses Berichtes aus innerer Überzeugung ausspricht, weil er an vielen Gesprächen und Bemühungen um die Erhaltung beteiligt war: dieses stadtgeschichtliche Dokument unserer westlichen Vorstadt wurde ausgelöscht — weil es ein Kirchturm war!

Die „Aufbaugemeinschaft Bremen" gab aus ihrer Aktion „Wilhaditurm" im Herbst 1966 DM 6715,— an den „Grünen Kreis". Dieser Betrag fand folgende Verwendung:

25 Bänke für die Wilhadi-Grünanlage;
10 Abfallbehälter (Papierkörbe);
1 Gedenktafel aus Obernkirchner Sandstein.

Die Gedenktafel trägt den Text:

„Hier stand die evangelische Wilhadikirche, erbaut 1876—1885,
zerstört durch Fliegerangriff am 18./19. 8. 1944.
Nahet euch zu Gott, so naht er sich zu euch.
Jakobus 4.6"

Katastrophennacht vom 18./19. August 1944

In dieser Nacht hatte **Pastor Penzel von der Wilhadigemeinde** den Turm als Beobachtungsstandort gewählt. Er schrieb in der Kirchenzeitung „Einkehr" Mitte August 1954 über seine Erlebnisse einen erschütternden Bericht, in dem u. a. zu lesen ist:

„...in diesen Tagen jährt sich zum 10. Male die Nacht, da die volkreiche westliche Vorstadt im Hagel der Bomben ihren Untergang fand. In ehrfürchtigem Gedenken an die Toten und zur Mahnung für die Lebenden sollte auch in der „Einkehr" dieser Nacht gedacht werden.

Die Kriegsjahre hatten von mir als dem für das Gelände der Wilhadi-Kirche Verantwortlichen schon viel Einsatz gefordert. Besonders hart ging es am 20. Dezember 1943 zu. Dieser Tag brachte den letzten aus jener Serie von Angriffen, die so verheerend am 26. November eingesetzt hatten. Da brannte das Gemeindehaus an der Erwinstraße lichterloh. Es war nicht mehr zu retten. Aber das sich entwickelnde Feuer im Dachstuhl des Pfarrhauses und im Turm der Wilhadi-Kirche konnte unterdrückt werden.

Zunächst stand ich alleine zwischen meinen drei Brandstellen. Später half ein Einsatztrupp aus dem Diakonissenhause, getreue Nachbarn und vor allem mein nachher im Osten gefallener Sohn Gottfried, der auf Bombenurlaub in Bremen weilte. Ich mußte ihn zuletzt anseilen und in das Kirchenschiff hinabgleiten lassen, damit endlich der brennende Balken in die Tiefe gestürzt werden konnte.

Bei jenen Angriffen nun war ich im Keller meines Hauses so durcheinandergeschüttelt worden, daß ich beschloß, meinen Standort künftig auf den Turm der Wilhadi-Kirche zu verlegen. Ich dachte lächelnd: da oben stirbt es sich vielleicht doch etwas leichter, und der Himmel ist näher.

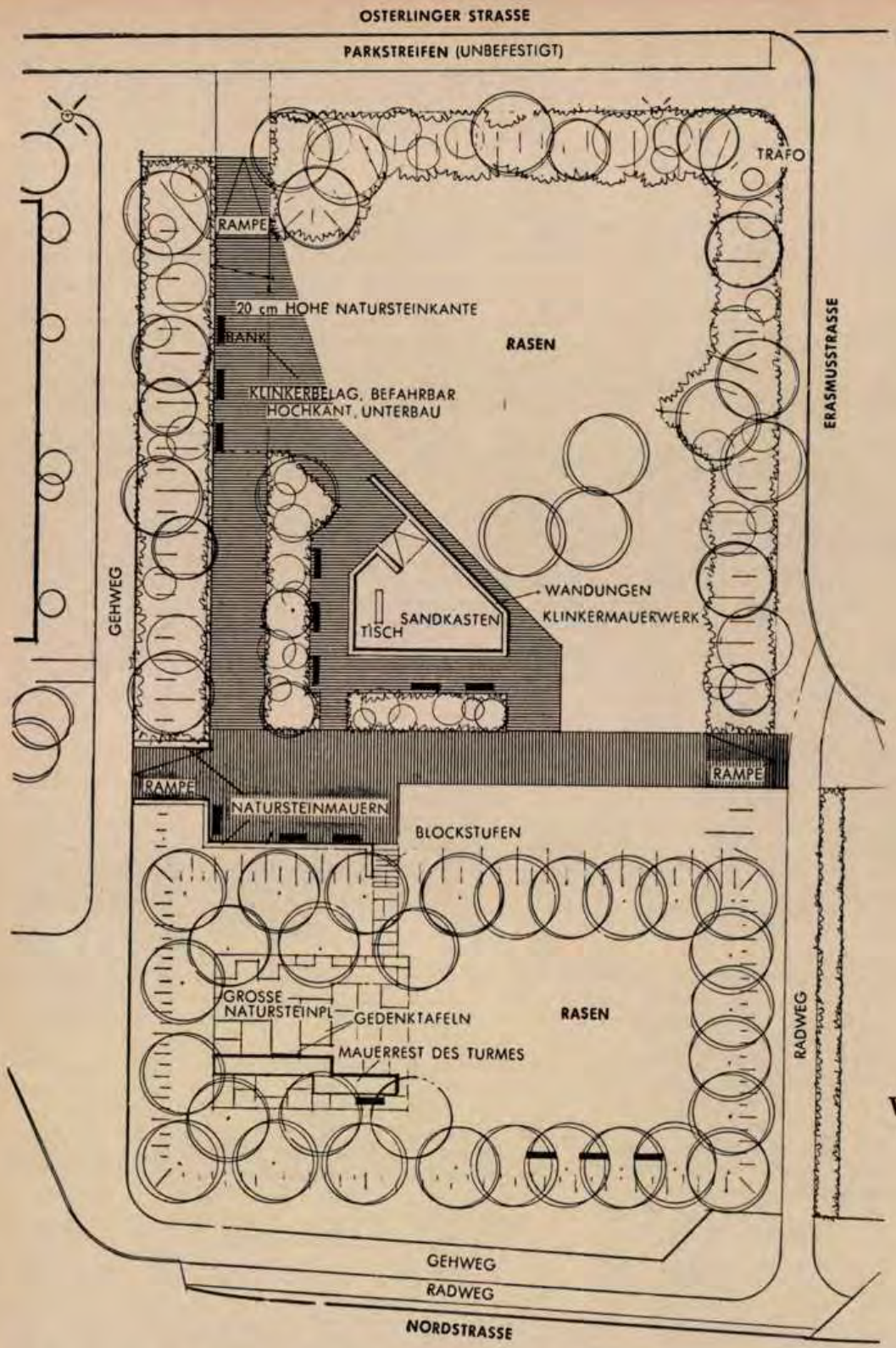
So hatte ich also auch in der Nacht des 18. August meinen Platz an einem der Turmfenster eingenommen. Die Lage schien der in der Nacht vorher genau zu gleichen; Störungsflugzeuge im Anflug. Gegen Mitternacht; Störungsflugzeuge im Abflug. Dann Entwarnung. Die letzte Nachricht, die mich aus einem Radioapparat unten auf der Straße erreichte, lautete wieder genauso.

Ich machte also wie gewohnt meinen Rundgang die Turmfenster entlang, umfaßte mit liebendem Blick die Straßenzüge und Giebelreihen unter mir, gedachte aufatmend meiner lieben Wilhadileute, schon das erhoffte Entwarnungssignal im Ohr, und dankte Gott, daß wohl auch diese Nacht nun ruhig bleiben würde.

Da sah ich plötzlich über dem Hafen eine ungeheure schwarze Rauchwolke emporsteigen, sah Fallschirme, Leuchtzeichen und lag schon an der Turmwand. Nun war alles Hölle! Um mich ein nicht zu beschreibendes Heulen, Orgeln, Branden und Brodeln. Die Flammblitze der Bombenserien verlöschten immer wieder jäh im schwarzen Gewölk der Minen. Die eiserne Tür nach dem Kirchenschiff hin wurde herausgerissen. Die Flammen von der brennenden Kirche stießen nach mir. Der Turm schwankte. Manchmal ging es wie Seufzen und Stöhnen durch sein Gemäuer. Es schien, als würde er auseinandergerissen. Aber die nächste Bombenserie preßte alles wieder zusammen. Über mit wimmerte die Glocke. Zuweilen dachte ich, sie stürzte herab. Es war wirklich die Hölle. Ich bin heute noch so dankbar, daß jenes Erleben jenseits aller Angst stehen durfe. Ich fühlte mich getragen von der Kraft des Glaubens und eingehüllt in den Frieden der Gotteskindschaft. Es war mitten im Grauen wie Geborgensein in der Kinderwiege Gottes, über die hin jenes Wort klang, das ich auf vielen Grabplatten in den Katakomben findet: in pace — in Frieden! —

Neue Not, neuer Kampf warteten unten auf der Nordstraße auf mich. Ich war wohl zunächst noch etwas benommen, suchte mit meinen Blicken die fünfstöckigen Häuser der Kirche gegenüber und fand sie nicht mehr. Allmählich begriff ich, daß sie wegrasiert waren.

Mir bot sich ein unbeschreibliches Bild der Verwüstung. Oft stürzte ich. Einmal stützte ich mich dabei auf einen Stein, schnellte aber sofort wieder hoch. Der Stein glühte, und die Handfläche verwandelte sich in eine einziggroße Brandblase.



Wilhadi-Grünanlage

Inzwischen hatte jener unheimliche Funkensturm eingesetzt, der so vielen zum Verhängnis geworden ist. Die Luft schien zu brennen. Das Atmen versagte, und das Herz begann so merkwürdig schwer sich zu wälzen. Da entdeckte ich eine Gosse am Straßenrand. Hier habe ich immer wieder einmal rettende Luft aus der „Unterwelt" geatmet.

Zuletzt kauerte ich mich hinter eine Linde bei Karwegs Asyl, um etwas Schutz zu haben vor dem Funkenregen, der den Anzug in Brand setzte, Haar und Ohrläppchen versengte. Eine wehe Trauer befiel mich. Denn nun tauchten da und dort in Decken eingehüllte Gestalten auf, die der Danziger Freiheit zuströmten. Ich schämte mich des Menschen. Ratten sind lästiges Ungeziefer. Aber sie werden human getötet. In diesem wahnsinnigen Kriege aber stießen sich die Menschen gegenseitig in die Höllen der Vernichtung.

Gegen Morgen konnte ich dann heimfinden in den Diakonissenhaus-Bunker. Es gab noch zwei Tage der Blindseins unter schlimmen Schmerzen. Unvergeßlich ist uns allen die erste Abendandacht auf der Bunkerzinne inmitten der rauchenden Trümmer und in Gegenwart der greisen, aber vorbildlich tapferen, unvergessenen Oberin Sophie von Hadeln. Ich sprach damals über das Wort aus 2. Kor. 4, 16: Darum werden wir nicht müde, sondern ob unser äußerlicher Mensch verdirbt, so wird doch der innerliche von Tag zu Tag erneuert."

In jener Schreckensnacht mußten 1054 Bewohner der westlichen Vorstadt ihr Leben lassen, über 700 wurden verletzt und 49 100 obdachlos.

— Aufbau und Förderung der Wirtschaft —

1949 hatten Bemühungen Erfolg, daß die **Lizenz- und Baugebühren"** von 10 0/00 auf 4 0/00 gesenkt wurde.

1953 erfolgte die Mitarbeit bei der Gründung der **„Bremer Aufbaugesellschaft G. m. b. H."** für den gewerblichen Aufbau.

Betreuungsbau Bahnhofsvorstadt

Fußgängerzählungen sind von Bedeutung für den Verkehrsplaner aber auch für die Wirtschaft, um Bremen als Einkaufszentrum des nordwestdeutschen Raumes weiter auszubauen.

1955 und **1963** wurden die Fußgänger an allen Toren zur Altstadt gezählt. Wem ist bekannt, daß z. B. täglich 30 000 über das Herdentor die Altstadt erreichen und die anderen Tore mit nur ca. 5000 je Tor.

In einer kleinen Ausstellung wurde 1968 mit Großfotos über **Fußgängerstraßen in Europa** Informationen vermittelt, wie man Fußgängerzonen auch beispielhaft in unserer Stadt gestalten kann.

1958 und **1960** erfolgte eine besondere Untersuchung des **„Bremer Wochenmarktes"** auf dem Domshof mit Überlegungen und Empfehlungen für Wochenmärkte an den anderen Stadtabschnitten.

1. Reihe 2. von links: Senator Löbert, Arch. BDA R. Störmer, 1. Preis; G. Iversen, 1. Vors. der Aufbaugemeinschaft Bremen **Foto: Kull**

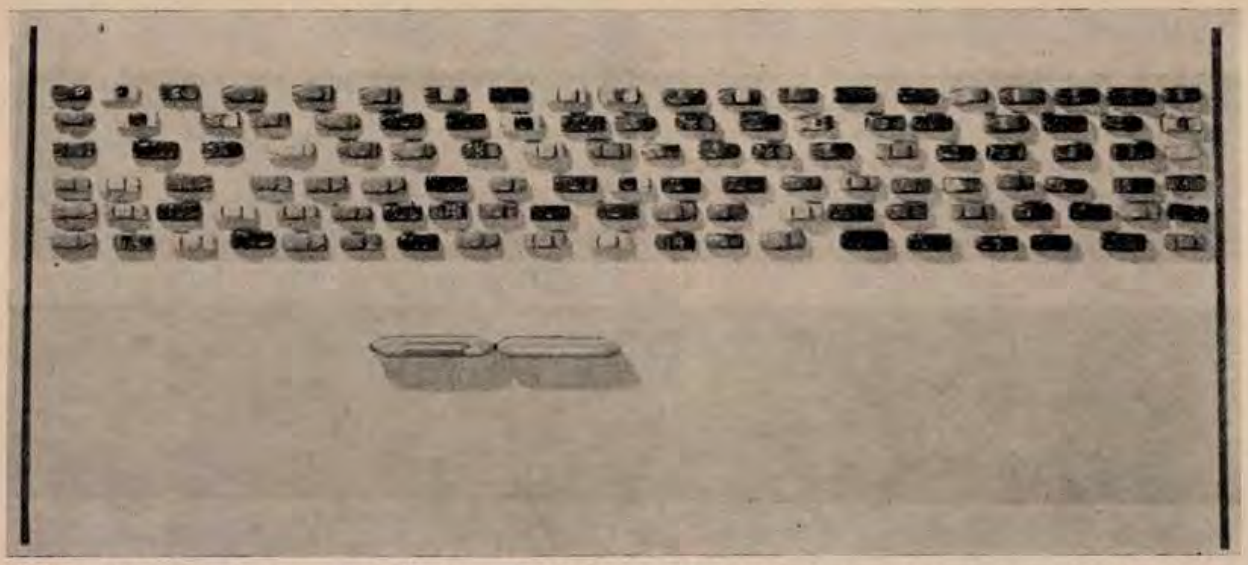
Wochenmarkt auf dem Domshof

Die Schlußsätze sagen:

„Unsere Zeit steht in der Gefahr, um des ökonomischen Fortschrittes willen alle traditionellen und historischen Erwägungen beiseitezuschieben. Deshalb sollten wir uns vor Augen halten, daß gar nicht behutsam genug dabei vorgegangen werden kann, wenn ein Zeugnis einer vergangenen Epoche, das zudem heute noch eine wichtige Funktion erfüllt, ein Opfer des ökonomischen Fortschrittes werden soll. Wir müssen uns sorgsam hüten, die Verbindung zur Geschichte, aus der wir hervorgegangen sind, ganz zu verlieren!"

Die **„Arbeitsgemeinschaft Sögestraße"**, ein Zusammenschluß der Einzelhandelsgeschäfte, bat 1965 die „Aufbaugemeinschaft Bremen" einen **Ideenwettbewerb für die Gestaltung der Fußgängerzone Sögestraße** vorzubereiten, der dann 1967 durchgeführt wurde mit der Aufgabe, Vorschläge für die städtebauliche Gestaltung des Fußgängerbereiches zu erhalten, einschl. des geplanten Fußgängertunnels Wall/Sögestraße. Dieser Wettbewerb war eine Gemeinschaftsaufgabe von Anliegern und Stadtgemeinde, bei dem die Kosten rd. zu $^1/_3$ von der Stadtgemeinde und $^2/_3$ von den Anliegern getragen wurden. Diese Gemeinschaftsarbeit wurde zu einer Empfehlung über die Grenzen dieser Stadt hinaus.

Die Ergebnisse dieses Wettbewerbs waren somit auch eine Bestätigung der Vorschläge, die von der Urzelle der „Aufbaugemeinschaft Bremen" 1947 gemacht wurden und von dem bekannten Städtebauer und Sohn Bremens, Professor Dr.-Ing. Dr. med. u. Dr. techn. Fritz Schumacher, in den Schlußsätzen seines Gutachtens sagt: „Sie kann beispielgebend wirken".



Bildliche Darstellung der Inanspruchnahme von Straßenraum: 118 Autos befördern in durchschnittlicher Besetzung 200 Personen, die gleiche Zahl befördert eine Trambahn.

Schon **1954/56** wurden die Gründung der **„Bremer Parkplatz G. m. b. H."** vorbereitet. Sie erfolgte dann 1957, zwar nicht ganz nach den Vorstellungen der „Aufbaugemeinschaft Bremen", aber das Grundanliegen der Wahrung der Wettbewerbsneutralität wurde bis heute beachtet und so konnte das Parken nicht zu einem Geschäft für Dritte werden, das es auch in Zukunft im Interesse unserer Stadt zu verhindern gilt.

Wie wichtig die Mitarbeit der Büger bei städtebaulichen Fragen im Interesse der wirtschaftlichen Leistungskraft einer Stadt ist, wird z. B. auch an folgenden Zahlen deutlich, wenn man bedenkt, daß rd. 40 Prozent der Besucher der Stadtmitte mit dem Pkw kommen, 40 Prozent mit dem Massenverkehrsmittel und der Rest von 20 Prozent mit dem Fahrrad, zu Fuß u. a. Diese Zahlen machen deutlich, daß nur bei rechtzeitiger und wirklicher Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Stadtverwaltung lebensnahe Lösungen gefunden werden können, die das Ansehen und die Leistungskraft einer Stadt als Gemeinwesen fördern.

1980 benötigte Parkfläche = 90 ha
(Altstadt ohne Wallanlagen = 60 ha)

JOACHIM MEISSNER & CO.
INH. MEISSNER & HENKE GMBH & CO. KG
Bremen-Farge · Ruf (0421) 60 82 54

BAUUNTERNEHMEN
Straßen-, Tief- und Kanalbau
Kanalreinigung mit Hochdruck-Spülgeräten

Feuerversicherungsanstalt der Freien Hansestadt Bremen
BREMEN Dobbenweg 10 · Postfach 1408 · Ruf 320838
Geschäftsstelle Bremerhaven: Bürgermeister-Smidt-Str 87 · Ruf 45674
Wir dienen auch mit anderen Versicherungen!
Feuer-, Sturm-, Leitungswasser-, Einbruchdiebstahl-, Betriebsunterbrechungs-, Glas-Versicherungen

Kleine Aufgaben und Verbindungen

Neben diesen eben ausgesprochenen besonderen Aufgaben in den abgelaufenen 25 Jahren steht eine Fülle von kleinen Einzelaufgaben, so z. B. Gespräche der Bürger untereinander, in dem einen Fall sind es persönliche Sorgen, in dem anderen Fall Sorgen um unsere Stadt. Mit allen an städtebaulichen Fragen besonders interessierten ideellen Vereinigungen, Verbänden, Kammern und Institutionen besteht im Interesse der Aufgabe und Arbeit eine gute Verbindung.

Der Kontakt zu den **Technischen Hochschulen** und **Fachverlagen,** die besonders aufgeschlossen dem Städtebau und der Raumordnung gegenüberstehen, ergibt weitere aufklärende Informationen. Dazu kommt, daß auf der **Jahreshauptversammlung** ein Referent, eine Kapazität, gebeten wird, zu einem akuten städtebaulichen Thema zu berichten und Stellung zu nehmen. Hier treibt der Bürger selbst eine Öffentlichkeitsarbeit.

Vorträge

1960	Prof. W. Wortmann TH Hannover	Von den kommenden Aufgaben des Städtebaues.
1961	Dr.-Ing. H. Benedikt Bremen	Die großen Aufgaben, vor die uns Abwässer und Müll stellen.
1962	Dr. Kaufmann Gartenbaudirektor Stuttgart	Unsere Verantwortung für den Lebensraum des Großstädters, Stadtdurchgrünung.
1963	Prof. W. Wortmann TH Hannover	Leitgedanken für die Entwicklung städtischer Regionen (Landesplanung).
1964	Dipl.-Kaufmann Dr. Paul W. Meyer Gfk-Ges. f. Konsumforschung Nürnberg	Der Markt von morgen — Strukturwandlungen im Raum der Wirtschaft und deren Bedeutung für die Stadtzentren.
1965	Prof. Dr.-Ing. W. Grabe TH Hannover	„Stadtautobahn und U-Bahn" Lösungswege für den großstädtischen Verkehr —
1966	Prof. H. Jensen, † TH Braunschweig	Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung, insbesondere dargestellt am Beispiel München.
1967	Dipl.-Ing. H. Weyl Verband Großraum Hannover	Regionalplanung im Großraum Hannover (Wie können diese Erfahrungen für den Lebensraum an der Unterweser ausgewertet werden).

Jahreshauptversammlung 1967

Im Gespräch miteinander (v. l. n. r.) von Düring, stellvertr. Landrat des Kreises Osterholz-Scharmbeck; Senatsbaudirektor Dr.-Ing. Rosenberg; Dipl.-Ing. Weyl, Beigeordneter des Verbandes Großraum Hannover; Gerhard Iversen, Vorsitzender der Aufbaugemeinschaft Bremen.

Foto: Lohrisch-Achilles

1968	Ltd. Städt. Baudir. F. zur Nedden Stadt Hannover	U-Bahnbau und Stadtgestaltung (mit Lichtbildern an praktischen Beispielen der Stadt Hannover).
1969	Prof. Dr. H. Jürgensen Universität Hamburg	Zur Rentabilität von Maßnahmen der Stadterneuerung — Zwangsläufigkeiten — Wahlmöglichkeiten — Verantwortlichkeiten.

Um einer sogenannten **„Betriebsblindheit"** zu entgehen, wird Kontakt mit einer Reihe von Städten in der Bundesrepublik gehalten. Durch **Rundfragen** an die Bauverwaltungen und Handelskammern von Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Kassel, Kiel, Köln, München und Stuttgart werden besondere Informationen erbeten und diese stehen dann der Arbeit zur Verfügung. Eine Zusammenstellung dieser Informationen erhalten die Städte als Dank für ihre Hilfsbereitschaft.

Neben dem engen Kontakt zur **Presse und zum Rundfunk** in der Stadt und Region erschien bereits im Dezember 1941 die erste Ausgabe des Informationsorganes dieser Arbeit Bürger und Stadt unter dem Namen **„Der Wiederaufbau"**. Inzwischen ist das vierteljährlich erscheinende Blatt unter dem Namen **„Der Aufbau"** im ganzen Bundesgebiet bekannt geworden als das Informationsorgan über die Mitarbeit des Bürgers im städtebaulichen und im raumplanerischen Geschehen.

Eigentum wird gross geschrieben

Denn Eigentum macht unabhängig, gibt Sicherheit. Wir beraten Sie in allen Fragen der Geldanlage und der Eigentumsbildung. Dazu gehört auch das Bausparen mit unserer

Bausparkasse Schwäbisch Hall

Bausparer haben es leichter, zu Haus- und Wohnungseigentum zu kommen. Und auch dem Hausbesitzer bietet Bausparen eindrucksvolle Vorteile. Lassen Sie sich gründlich beraten.

Ihre VOLKSBANK

BREMISCHE VOLKSBANK e.G.m.b.H.
Bremen, Domsheide 14
(Haus der Volksbank)

VOLKSBANK BREMEN-NORD e.G.m.b.H.
Vegesack, Am Sedanplatz
Lesum, Hindenburgstraße 3

— Finanzen und Mitarbeiter —

Diese Arbeit wurde ohne jede materielle Hilfe seitens des Staates getan. Die entstehenden Kosten wurden von Mitbürgern, die sich für ihr Gemeinwesen verantwortlich wissen, getragen. Bis zur Währungsumstellung 1948 haben die Bürger für diese Arbeit rd. 125 000,— Reichsmark aufgebracht — das waren per anno etwa rd. 40 000,— — nach der Währungsumstellung bis heute waren es rd. DM 400 000,—, d. h. im Durchschnitt jährlich DM 20 000,—. Dabei sind besondere Umlagen für wissenschaftliche Denkschriften, wie z. B. „Ein Planungskonzekt — Der Weser-Jade-Raum" mit rund DM 30 000,- und das Planungskonzept „Bremen — Siedlungsraum und Stadtentwicklung" mit rd. DM 10 000,— nicht eingeschlossen.

Ein Treuhandausschuß zur Sammlung von 7c-Geldern wurde 1949 gebildet, dem folgende Bürger angehörten:

Carl A. Wuppesahl, i. Fa. C. Wuppesahl
Dr. Ernst Düsing, Rechtsanwalt und Notar
Gerhard Iversen, i. Fa. G. Lattemann & Co.
Karl Ludwig Lange, i. Fa. Albrecht, Müller-Pearse & Co.
Dr. J. E. Noltenius, Syndicus der Handelskammer
Wilhelm Wortmann, Baudirektor a. D.

Die Überraschung, daß Mitbürger über 1 Millionen DM zeichneten, war mit ein Grund die Bremer Treuhand zu gründen (s. Seite 106). Diese 7c-Gelder waren eine große Hilfe, die zerstörten Eigenheime wieder aufzubauen. Die „Aufbaugemeinschaft Bremen" hält bei der Bremer Treuhand einen Kapitalanteil von 500 000 DM.

Mitarbeiter und Geschäftsstelle

Mitarbeiter der Geschäftsstelle waren im Laufe der Zeit außer dem schon erwähnten ersten Geschäftsführer, Herrn Gregor, die Damen und Herren

Heinrich Ahrens,
Henry Meyer,
Oscar Rohde,
Rud. Zimmermann,
Karl Dillschneider,
Frau Hanna Hoppe,
Frau Ilse Warnowski,
Frau Charlotte Ebert,
Frau Eva Bischoff,
Engelbert Lange,
Frau Gertrud Barth.

Stiftungsurkunde

In Anerkennung und Würdigung der Verdienste, die sich Herr Professor

Wilhelm Wortmann

in seiner Eigenschaft als technischer Leiter und Vorsitzender der Planungs- und Aufbauausschusses der „Aufbaugemeinschaft Bremen" seit ihrer Gründung 1945 erworben hat, spendeten Mitglieder und Freunde der „Aufbaugemeinschaft Bremen" den Betrag von

zwölftausend Deutsche Mark

— Studentenhilfe —

zur alleinigen Verfügung von Herrn Professor Wilhelm Wortmann.

Aufbaugemeinschaft Bremen

Bremen, den 5. April 1960

Der Fortgang von Prof. Dr.-Ing. h.c. Wortmann von Bremen nach Hannover zur Technischen Hochschule, war Anlaß zu einer Studentenhilfe 1960 und 1963.

Die Aufbaugemeinschaft bietet grundsätzlich **allen Rat und Beistand suchenden Bürgern** ihre Unterstützung, ganz gleich, ob diese Mitglieder sind oder nicht. Zur Unkostendeckung wendet sie sich an einen weiten Kreis von Einzelpersonen und Firmen.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle der Aufbaugemeinschaft Bremen befindet sich seit 1. 6. 1960 in Bremen, Katharinenklosterhof 8—10. Tel.: 32 41 90

WILH. G. BÄDECKER
Zimmerei und Gerüstbau
Holz- und Stahlgerüste, auch Roll- und Hängegerüste
28 BREMEN - Parkallee 207 a
Fernruf: 21 19 16

HAMBURGER TEPPICH-LAGER
KARL CREUTZBURG
Sehr leistungsfähig!
Unsere Fußboden-Bauabteilung
mit Linoleum- und Kunststoffböden, den schönen textilen Böden mit vielen Farben, mit Parkett und schwimmendem Estrich.
HAMBURGER TEPPICHLAGER
Ihr Fußbodenspezialist
Vor dem Steintor 37 (Ecke Schmidtstraße)
Telefon 32 10 65

Schlußgedanken —

Die Mitarbeit des Bürgers löste bereits 1947/48 eine beachtliche Aufmerksamkeit im Bundesgebiet und darüber hinaus aus. So kamen interessierte Bürger aus Braunschweig, Hamburg, Hannover, Krefeld, Lübeck, München, Münster/Westf., Nürnberg und aus England, um diese Arbeit „Bürger und Stadt" zu studieren.

In den folgenden Jahren entstand ein besonders enger Kontakt zu den Technischen Hochsulen im Bundesgebiet, insbesondere zu den Lehrstühlen für Städtebau und Raumplanung. So kam es 1967, nach Vorgesprächen auf der Insel Mainau, zur Gründung der Bundesinstutitionen **„Bürger und Stadt"** — Gesellschaft für Städtebau, mit dem Sitz in Aachen und Bremen.

1955 schrieb der Bremer Josef Wolf in seinem Buch „Zeitfragen des Städtebaus folgendes über die Bremer Arbeit:

„Hier scheint es im hohen Maße gelungen zu sein, das Sonderinteresse auszuschalten und unabhängig von der Behörde, eine Planung mit dem Blick auf das Wohl des Stadtganzen aufzustellen. Es scheint weiter gelungen, dabei nicht als Gegner, sondern als Partner der Behörde zu wirken, der zwar eine eigene Auffassung entwickelt, jedoch nur, um die behördliche Planung vor Einseitigkeit zu bewahren und einer Sicht der Dinge vom anderen Standpunkt aus begründete und überzeugende Form zu geben."

Was gebaut und geplant wird, gehört zu den Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Solchem Bewußtsein entspringt das erforderliche Verantwortungsgefühl, das nötig ist, wenn sich Bürger den kommunalpolitischen Aufgaben stellen. Überall werden Aufgaben anders gelagert sein, weil keine Stadt der anderen gleicht. Aber es gilt die Einsicht zu wecken: **Der Stadtplan geht jeden an!**

Solche Aufgaben vermöge einer Organisation zu tun, in der sich Fach- und Laienkräfte zu gemeinsamer Arbeit gefunden haben, dafür hat die **„Aufbaugemeinschaft Bremen"** ein Beispiel gegeben. Freilich ohne Opfer an Zeit und Mühe geht es nicht. Der Kaufmann ist leider im allgemeinen wenig am kommunalpolitischen Leben interessiert, weil er zu sehr mit seinen eigenen Sorgen beschäftigt ist. Kommunalpolitische Sorgen werden aber immer mehr zu seinen eigenen.

Aus eigener Initiative, auf Wunsch einzelner Arbeitskreise oder des Vorstandes selbst, aber auch Hinweise aus der Bevölkerung oder Stellungnahmen des Senates und der Verwaltung gaben immer wieder das Signal, schwierige und bedeutende Aufgaben anzupacken. Für diese Arbeiten wurden in vielen Fällen Fachleute von Hochschulen und aus dem freien Leben gewonnen.

Der Leser dieses Berichtes stellt nun evtl. die Frage: Ist es möglich, daß sich Bürger einer Stadt so vielfältigen Aufgaben widmen können. Die 2. Frage lautet dann meistens: Sind Legislative, Exekutive und Verwaltung überhaupt bereit, Anregungen und Hinweise schon im Entwurfs- und Untersuchungsstadium bei kleinen und großen Aufgaben vom Bürger entgegenzunehmen? Die Antwort auf diese Fragen muß teilweise gegeben werden mit dem Hinweis auf eine Artikelserie in den Bremer Nachrichten von Senatsbaudirektor Dr.-Ing. Rosenberg, die 1963 erschien: „Die wohlgebaute Stadt — ihre Bürger und ihre Bauweise".

Hier kam eine bedenkliche Meinung über das Verhältnis des Bürgers zur Verwaltung zum Ausdruck, indem gesagt wurde: *„Die Gruppengemeinschaften und Vereine fordern nur Recht, ohne gleichzeitig bereit zu sein, Verantwortung und Pflichten zu übernehmen."* Eine solche Auffassung erscheint recht einseitig und geht nicht konform mit den Praktiken der Demokratie Bürger zur Mitarbeit heranzuziehen und zu ermuntern.

Aus diesem Bericht — 25 Jahre Aufbaugemeinschaft Bremen — ist sicherlich auch deutlich geworden, welche Fülle von Anregungen der Bürger als der eigentliche Baumeister seiner Stadt den verantwortlichen Stadtvätern geben kann. Ist es noch Demokratie, wenn nur der Bürger als Angehöriger einer politischen Partei als Mandatsträger der Verwaltung Bedenken und Vorschläge unterbreiten kann? Ist es nicht das Recht eines jeden Bürgers — ja ich meine sogar, es sollte seine vornehme Pflicht sein — Bedenken und Anregungen der Verwaltung und den Stadtvätern zu geben?

Nach 25 Jahren Arbeit muß freimütig eingestanden werden, daß noch manches um des Menschen willen zu tun ist. Das Ziel aller gemeinsamen Bemühungen sollte sein, vom Städtebau her Stadtdemokratie zu fördern und den Bürger auch als Staatsbürger anzusprechen sowie bereit zu sein, ihn auch anzuhören. Dieser Bericht über 25 Jahre „Aufbaugemeinschaft — Bremen" soll nicht mit eigenen Worten enden, sondern soll seinen Abschluß finden mit dem Aufruf zu gemeinsamen Handeln, wie Cody Suter es in seinem Buch formuliert hat: „Die großen Städte, was sie zerstört und was sie retten kann".

„In der großartig ausschweifenden Diskussion über die zeitgenössische Baukunst und den modernen Städtebau geriet das Einfachste und Klarste völlig in Vergessenheit: die Tatsache nämlich, daß nicht die Häuser eine Stadt ausmachen, sondern ihre Bewohner, die Städter. Unsere Städte sind keine Städte mehr, weil ihre Bewohner als eine Art bewegliche Habe gelten, mit der man umspringt wie mit dem lieben Vieh; als mobile Automaten, denen man jede Strapaze aufschwatzen und zumuten kann; als ein „sicherer Posten" den man wohl in Rechnung setzt, dem man aber keine Rechnung zu tragen braucht. Die Städte sind keine Städte mehr, weil ein großer Teil der tüchtigen und wichtigsten Leute aus ihnen vertrieben worden sind.

Die großen Entwürfe haben noch immer, schon in den Barockstädten, einen Teil der Bewohner bedrängt und unterdrückt. Es wäre jetzt endlich an der Zeit, eine städtische Ordnung aufzubauen, die allen Städtern die gleiche Freiheit und die gleichen Chancen gibt. Es soll kein Talent, kein Leben und kein Quadratmeterchen Raum mehr verschwendet werden; je größer die Stadt, desto mehr ist von allem vorhanden. Wir müssen anfangen, alles zu nutzen, zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger, zum Ruhm des großen stolzen Staates, den Stadt und Bürger bilden."

Urbanität heute? - Stadtverwaltung und Bürger

„Aber so wenig wir echte Urbanität gewaltsam entwickeln können, so wenig möchten wir zweifeln am Weg, der in diese Richtung führt. Er muß beginnen in der kleinen Zelle, die, als Sauerteig wirkend, eine Bürgerschaft allmählich von solchen Gedanken erfüllt. Dann ist es möglich, trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen am Ziel festzuhalten, denn ‚der Weg ist das Ziel'".

Von Oberbürgermeister Dr. h. c. Pfizer, Ulm

„AUFBAUGEMEINSCHAFT BREMEN", Urzelle bremischer Aufbauarbeit

Darstellung eines Leistungsbeitrages zum Aufbau Bremens, hervorgegangen aus dem Initiativgeist bremischen Bürgersinns

Arbeitskreise:
NORD
OST
MITTE

URZELLE

„Wiederaufbau-Gemeinschaft Sögestraße", die erstmalig am 21. 12. 1945 zusammentrat. Daraus gingen am 22. 7. 1947 hervor die

„Wiederaufbau-Gemeinschaften Stadtmitte"
welche ihren Namen am 23. 7. 1948 änderten in

„AUFBAUGEMEINSCHAFT BREMEN"

Arbeitsbereich gesamtes Stadtgebiet. Am 31. 3. 1966 erweitert auf den Weserraum zwischen Verden und Wesermündung
– Region Weser/Jade –

Arbeitskreise:
SÜD
WEST
Region Weser/Jade

Geschäftsstelle
AUFBAUGEMEINSCHAFT BREMEN
2 Mitarbeiter

Planungs- und Aufbauausschuß
gemäß § 12 d. Satzg.
– 15 Mitglieder –

DEUTSCHES HEIM
Gemeinnützige
Wohnungsbaugesellschaft m. b. H.
München
(gegründet 6. 5. 1935 - übernommen 1960)
Bilanzsumme 1969: ca. 107 Mill. DM

NORDBREMISCHE GESELLSCHAFT FÜR WOHNUNGSBAU M. B. H.
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen
Bremen-Vegesack
(gegründet 25. 6. 1953)
Bilanzsumme 1969: ca. 26 Mill. DM

HANSEATISCHE IMMOBILIEN GESELLSCHAFT M. B. H.
– Bremerhaven –
Baubetreuung - Finanzierung - Versicherungsvermittlung
(gegründet 2. 7. 1958)
Bilanzsumme 1969: ca. 436 000,– DM

BREMER TREUHAND
GESELLSCHAFT FÜR WOHNUNGSBAU GMBH.
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen
– Bremen –

Mitarbeiter z. Zt. 252
Bauvolumen 1969: ca. 288 Mill. DM
Bisher gebaute Wohnungen: ca. 30 000
Bilanzsumme 1969: ca. 741 Mill. DM

Geschäftsstellen:
BREMERHAVEN
DÜSSELDORF
HANNOVER
WUPPERTAL
BRAUNSCHWEIG (Deutsches Heim)
HAMBURG (Deutsches Heim)
MÜNCHEN (Deutsches Heim)

BREMER AUFBAU G. M. B. H.
Bisheriger Bauwert ca. 180 Mill. DM
Finanzierung - Betreuung
(gegründet 13. 11. 1953)
Bilanzsumme 1969: ca. 935 000,– DM
am 20. 7. 1970 Umgründung in
DEUTSCHE HAUS + BODEN G. M. B. H.
– Bremen –
Alle Geschäfte des Bau- u. Grundstückswesens
Fondsträgeraufgaben

Tochtergesellschaft:
HAUS + BODEN G. M. B. H. SÜDWEST
– Hagenbach (Karlsruhe) –

KOMMUNALE BAUHILFE
Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbebauten m. b. H.
BREMEN
(gegründet 21. 12. 1965)
Bilanzsumme 1969: ca. 3,5 Mill. DM

Stand August 1970

— DANKBARKEIT —

Dem Gründer der Aufbaugemeinschaft Bremen bleiben die Mitbürger unvergessen, die in einmaliger Freundschaft freimütig ihre Kritik aussprachen, stets bereit waren, ihren väterlichen Rat zu geben und mir, einem Nichtbremer und gebürtigem Hamburger, halfen, ein begonnenes Werk weiterzuführen. In Dankbarkeit denke ich

19. 12. 1959 †

1. 12. 1954 †

an Herrn **Carl A. Wuppesahl sen.**, in Fa. C. Wuppesahl und Herrn **Carl Lange sen.**, in Fa. Albrecht, Müller-Pearse & Co., die als Schatzmeister viele Jahre hindurch dafür sorgten, daß die Finanzen stets geordnet waren und die Aufbaugemeinschaft ihre Unabhängigkeit seit ihrer Gründung bewahren konnte,

1. 4. 1960 †

an **Dr. phil. H. Röhrs,** dem Leiter des Vermessungsamtes Bremen, der mit seinem hervorragenden fachlichen Können, seinem klaren Urteilsvermögen und mit persönlicher Wärme jedermann hilfsbereit seinen praktischen Rat schenkte,

14. 9. 1965 †

an den Freund und Berater, **Dr. Hanns Meyer,** dem ausgezeichneten Kenner bremischer Eigenart, sowie dem Wächter über die Wallanlagen in der Neustadt und Altstadt.

18. 3. 1967 †

an das langjährige Mitglied unseres Vorstandes, **Herrn Fritz Hohrmann,** der es meisterhaft verstand, mit wenigen Worten Vorgänge zu klären und die Auswirkungen auf die Zukunft aufzuzeigen,

21. 8. 1967 †

an den Freund und Ratgeber bei manchen schwierigen bremischen Aufgaben, **Herrn F. Prüsser,** in Fa. Scipio & Co., der immer bereit war, seine große Erfahrung und sein Wissen dem Ausbau der Arbeit zur Verfügung zu stellen,

26. 10. 1968 †

12. 12. 1968 †

1. 7. 1970 †

an die **Architekten BDA Kurt Haering, Ernst Becker-Sassenhof und Heinz Pein,** die als Gebietsarchitekten zum „Planungs- und Aufbauausschuß" gehörten und ihr fachliches Wissen und Können der Gemeinschaft schenkten.

Das Wort Aufbaugemeinschaft enthält den Grundgedanken: die Bereitschaft, unser Leben miteinander und füreinander in Gemeinschaft aufzubauen und zu fördern. Die Verstorbenen haben diese Haltung uns vorgelebt. Dafür danken wir ihnen im Jahre des 25jährigen Bestehens. Wir heute Verantwortlichen sollten die Arbeit in ihrem Sinne weiterführen.

Gerhard Iversen

20 Jahre BREMER TREUHAND

Am 14. Juni 1950 traten die Herren

1. Gerhard Iversen, Vorsitzer und Gründer der Aufbaugemeinschaft Bremen e. V.,

2. Dipl.-Ing. Wilhelm Wortmann, Architekt BDA,

3. Dr. jur. Jules Eberhard Noltenius, 1. Syndikus der Handelskammer Bremen,

4. Dr. jur. Ernst Düsing, Rechtsanwalt und Notar,

5. Dr. rer. pol. Adolf H. Darjes, Geschäftsführer,

sämtlich in Bremen, zusammen und gründeten die BREMER TREUHAND Gesellschaft für Wohnungsbau GmbH, Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen. Der Gesellschaftszweck wurde im Vorort zu dem Gesellschaftsvertrag wie folgt bestimmt:

„Um den Wiederaufbau der Stadt Bremen zu fördern, soll eine Einrichtung geschaffen werden, deren besondere Aufgabe es sein wird, die zerstörten Bremer Eigenhausbezirke wieder aufzubauen. Die einzelnen Eigentümer sind allein durchweg nicht in der Lage, ihr zerstörtes Haus, das Ergebnis jahrzehntelangen Sparwillens, wieder aufzubauen. Sie brauchen dazu die Hilfe und Führung eines leistungsfähigen Trägerinstituts, um das Verlorene wieder zu erringen. Zu diesem Zweck soll eine Gesellschaft ins Leben gerufen werden, die in erster Linie den Wiederaufbau der Eigenhäuser fördern und die Mittel hierfür beschaffen soll. Darüber hinaus soll die Gesellschaft den Besitzwillen in der Bevölkerung stärken helfen und die Fortsetzung der bremischen Tradition des Eigenwohnhauses durch Neubautätigkeit fördern. Schließlich soll die Gesellschaft auch allen bauwilligen Personen und Organisationen zur Verfügung stehen, die zur Verwirklichung ihrer Wohnbaupläne der fachlichen Betreuung bedürfen ...

Die Gesellschaft verdankt ihre Entstehung den in der Aufbaugemeinschaft Bremen zusammengeschlossenen Bürgern und Kaufleuten. Sie erwarten für ihre gemeinnützige Arbeit die Förderung und Beteiligung des Staates, insbesondere des Herrn Bundesministers für den Wohnungsbau."

Dieses programmatische Vorwort zum Gesellschaftsvertrag zeigt, daß die BREMER TREUHAND ihren Wirkungskreis zunächst auf den Bremer Raum beschränkt sah. Die kriegsbedingten Zerstörungen im örtlichen Bereich machten eine derartige Beschränkung erforderlich, denn schon hier waren die Aufgaben sehr umfangreich. Die Luftangriffe auf Bremen und Bremerhaven hatten ganze Stadtteile weitgehend zerstört. Zu den ersten Gebieten, auf welche die BREMER TREUHAND ihre Neubautätigkeit konzentrierte, gehörten in Bremen die westliche Vorstadt, das Stephanigebiet und in der Neustadt der Neue Markt und Umgebung, in Bremerhaven das Thulesiusviertel und das Paschviertel.

Bei der Errichtung von Eigenheimen, Eigentumswohnungen und Mietwohnungen war es entsprechend dem satzungsmäßigen Auftrag immer Grundsatz der BREMER TREUHAND, keinen gesellschaftseigenen Wohnungsbesitz zu schaffen, sondern das gesamte Bauprogramm in privates Eigentum zu überführen. Überall im Bremer Raum findet man heute Zeugnisse der Bautätigkeit der BREMER TREUHAND, einen Teil der rund dreißigtausend nach dem Kriege von ihr geschaffenen Wohnungseinheiten.

Im Laufe der Jahre ist die BREMER TREUHAND zum Mittelpunkt einer Unternehmensgruppe geworden. Im Bereich Bremen-Nord ist die 1953 gegründete Tochtergesellschaft, die **Nordbremische Gesellschaft für Wohnungsbau mbH.,** ebenfalls ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, tätig; sie hat ein jährliches Bauvolumen von rund 500 Einheiten. Außerhalb des bremischen Wirtschaftsraumes bedient sich die BREMER TREUHAND ihrer Tochtergesellschaft **Deutsches Heim** Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH. Diese 1935 in Stettin gegründete Cesellschaft wurde im Jahre 1960 gemeinsam von der BREMER TREUHAND und dem Hamburger Bankier Dr. E. Wölbern übernommen. Das Stammkapital beträgt heute DM 2 Millionen; zwei Geschäftsführer der BREMER TREUHAND sind zugleich Geschäftsführer von Deutsches Heim. Ebenfalls zu der Unternehmensgruppe gehört die **Kommunale Bauhilfe,** Gesellschaft für Kommunal- und Gewerbebauten mbH, die in ihrer heutigen Form seit 1965 besteht und aus der 1959 gegründeten Norddeutschen Bauhilfe GmbH hervorgegangen ist. Ihre Aufgabe ist es, Folgebauten (z. B. Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten usw.) in Wohngebieten zu errichten, die von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften geschaffen worden sind. Eine Erweiterung dieses Aufgabengebietes ist vorgesehen.

Mit dem Umfang der Aufgaben wuchs auch das Unternehmen. Das Stammkapital der BREMER TREUHAND wurde von zunächst DM 20 000 auf DM 2 Millionen erhöht. Die Unternehmensgruppe weist für das Jahr 1969 eine Bilanzsumme von zusammen rund DM 877 Millionen aus, das Eigenkapital der Gruppe beträgt fast DM 42 Millionen, worin stille Reserven aus Grundstücksbeständen und eigenem Gebäudebesitz nicht enthalten sind. Die Guthaben bei Banken und Sparkassen betrugen per Ende 1969 ca. DM 208 Millionen. Für zukünftige Aufgaben stehen der Gruppe Grundstücksreserven im Anschaffungswert von etwa DM 118 Millionen zur Verfügung. Durch erhebliche Rückstellungen ist die Unternehmensgruppe gegen alle denkbaren Risiken weitgehend gesichert. Seit ihrem Bestehen zahlt die BREMER TREUHAND ebenso wie ihre Tochtergesellschaften die für gemeinnützige Wohnungsunternehmen zulässige Höchstdividende von 4 Prozent auf das Stammkapital.

Nachdem die größte Wohnungsnot im bremischen Bereich behoben war, wurden von der BREMER TREUHAND zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch Aufgaben jenseits dieser Grenzen übernommen; mittlerweile stehen die Bauschilder der Gesellschaft in nahezu allen Bundesländern. Neben der Hauptverwaltung in Bremen und der Zweigstelle in Bremerhaven wurden Geschäftsstellen in Berlin, Braunschweig, Hamburg, Hannover, München und Wuppertal geschaffen, die eine ständige Präsenz der Unternehmensgruppe an den Schwerpunkten ihrer Bautätigkeit gewährleisten.

Die überregionale Bedeutung der BREMER TREUHAND wurde wesentlich durch die Gründung des **Haus- und Boden-Fonds** (HB-Fonds) im Jahre 1965 gefördert. Mit diesem Immobilienfonds erreichte die BREMER TREUHAND mehrere Ziele zugleich: Weiten Bevölkerungskreisen wird hierdurch die Möglichkeit gegeben, grundbuchlich gesichertes wirtschaftliches Bruchteilseigentum zu erwerben, und der Wohnungswirtschaft wird Sparkapital als Eigengeld zugeführt (vgl. zu dem HB-Fonds Seite 112). Während sich die BREMER TREUHAND bisher hauptsächlich mit dem Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen befaßt hatte, konnte sie sich mit der Gründung des HB-Fonds verstärkt dem Mietwohnungsbau zuwenden, ohne die eigentumsfördernde Tendenz ihrer Satzung zu verletzen.

Die BREMER TREUHAND wird auch in den kommenden Jahren ihre Geschäftstätigkeit ausdehnen und sich u. a. den großen Aufgaben zuwenden, welche die Stadtsanierung in nächster Zukunft an das Unternehmen stellen wird.

Stand 1962

Organe:

Gesellschafter der BREMER TREUHAND:
Aufbaugemeinschaft Bremen e. V.,
Bremische Evangelische Kirche,
DEUTSCHES HEIM Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH,
Katholische Gemeinde zu Bremen,
Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen,
weitere 37 bremische Firmen und Einzelpersönlichkeiten

Verwaltungsrat

Dr. E. Düsing (Vorsitzer)	Rechtsanwalt und Notar, Rechtsberater der Aufbaugemeinschaft Bremen e. V.
Dr. R. Entholt (stellvertr. Vorsitzer)	Vorstandsmitglied der Bremer Landesbank und der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg-Bremen
J. Brüggemann	Vorstandsmitglied der Deutschen Genossenschaftskasse, Frankfurt
G. Iversen	Kaufmann, 1. Vorsitzer der Aufbaugemeinschaft Bremen e. V.
C. W. König	Versicherungskaufmann, Vertreter der Bremischen Evangelischen Kirche
Dr. E. Körner	Vorstandsmitglied der Actiengesellschaft Norddeutsche Steingutfabrik, Bremen-Grohn, Vertreter der Nordbremischen Gesellschaft
Chr. Kulenkampff	Kaufmann, Vertreter der an der Gesellschaft beteiligten Einzelkaufleute in Bremen
K. Mager	Kaufmann, Vertreter der an der Gesellschaft beteiligten Einzelkaufleute in Bremen
Dr. S. Menard	Vizepräsident der Deutschen Pfandbriefanstalt, Wiesbaden
G. Neuenkirch	stellv. Vorsitzer des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft AG, Ffm.
Dr. J. E. Noltenius	Bürgermeister a. D., 1. Syndikus der Handelskammer Bremen
E. G. Roggemann	Bankier in Bremen
H. Stabenow	Bankdirektor a. D., Geschäftsführer i. R. der BREMER TREUHAND
H. Strangemann	Kaufmann, Vertreter der Katholischen Gemeinde zu Bremen
Dr. E. Wölbern	Bankier in Hamburg
Professor Dr.-Ing. W. Wortmann	o. Prof. an der Technischen Hochschule Hannover (em.)

Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates
Dr. E. Düsing
Dr. R. Entholt
G. Iversen
Dr. J. E. Noltenius
E. G. Roggemann
H. Stabenow

Geschäftsführung
Dr. Adolf H. Darjes
Dipl.-Volkswirt Günther Gayk
Ludwig Gregor
Franz Hinte
Dr. Wolfgang Reichel

Anerkennungsbehörde:
Der Senator für die Finanzen, Bremen, Contrescarpe (Haus des Reichs)

Am 31. Dezember 1969 waren insgesamt 373 Mitarbeiter im Bereich der BREMER TREUHAND tätig. Diese Zahl gliedert sich wie folgt auf:

	männlich hauptberufl.	männlich nebenberufl.	weiblich hauptberufl.	weiblich nebenberufl.	zusammen
kaufmännische Angestellte	77	3	57	13	150
technische Angestellte	53	—	20	2	75
sonstige Kräfte	2	—	—	25	27
	132	3	77	40	252
sonst. Kräfte f. Eigenwohnergemeinschaften	19	54	1	47	121

Wiederaufbau Stephani

Bauherr und Baumeister

„Es ist das Wesen des Bauens, daß die Aufgabe von einem gestellt, lebendig dargestellt wird, der den Bau braucht und will, ihn nach seinem Bedarf und Willen lenkt, die Mittel dazu gibt und deren Verwendung kontrolliert. Dieser eine ist der Bauherr.

Und es ist das Wesen des Bauens daß diese Aufgabe von einem anderen neu erlebt und ergriffen, geplant, vom Ganzen bis in alle Teile durchgelebt, durchgelitten, durchgeformt und im Baustoff gestaltet wird. Dieser andere ist der Architekt, der Baumeister. Schließlich braucht er tüchtige und pflichttreue, aber freie Handwerksmeister und Unternehmen, die den Bau nach Planung und Vertrag errichten. Diese Gliederung ist organisch."

Otto Bartning

Haus- und Boden-Fonds (HB-Fonds)

Der im Jahre 1965 gegründete HB-Fonds der BREMER TREUHAND ist ein geschlossener Immobilien-Fonds, dessen Anteilseigner ein grundbuchlich gesichertes wirtschaftliches Bruchteilseigentum an Gebäuden und Grundstücken erwerben. Das große Interesse an dem Erwerb von HB-Briefen ist ein Zeichen für das Anlagebedürfnis sachwertinteressierter Sparer. Durch die Ausgabe von HB-Briefen werden der Wohnungswirtschaft erhebliche Beträge an Sparkapital nutzbar gemacht. Die Nachfrage nach HB-Briefen ist noch immer so groß, daß jeder neu aufgelegte Fonds nach kurzer Zeit überzeichnet ist.

Im Geschäftsjahr 1969 wurden 2276 Mietwohnungen sowie 24 Gewerbeeinheiten den HB-Fonds 18—21 zugeführt. Das Gesamtvermögen der im Berichtsjahr aufgelegten HB-Fonds beträgt ca. DM 145 150 000,— .Das darin enthaltene Fonds-Kapital in Höhe von rd. DM 41 000 000,— wurde von etwa zweitausend Anteilseignern aufgebracht.

Den **HB-Fonds 1—21** wurden insgesamt 7988 Wohnungseinheiten und 98 Gewerbeeinheiten sowie Garagen und Einstellplätze zugeordnet. Die bisher aufgelegten 21 Fonds repräsentieren ein Vermögen von ca. DM 464 350 000,—. Das darin enthaltene Fonds-Kapital in Höhe von DM 124 100 000,— (= 26,73 %) wurde von über 7000 Anteilseignern eingezahlt und dient der Eigenkapitalfinanzierung der Fonds-Projekte. Die Restfinanzierung erfolgt durch öffentliche Mittel und langfristige Tilgungshypotheken des Kapitalmarktes.

Noch im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen für den **HB-Fonds 22** weitgehend abgeschlossen, der ein Fonds-Vermögen von rund DM 36 000 000,— bei einem Fonds-Kapitalanteil von etwa DM 11 000 000,— umfaßt. Diesem Fonds werden 350 öffentlich geförderte Wohnungen in Bonn-Tannenbusch sowie weitere 22 Wohnungen in Erding bei München und 32 Wohnungen in Bremen-Schwachhausen zugeordnet. Weitere Projekte werden vorbereitet.

Die außergewöhnlichen **Kostensteigerungen** für Löhne, Baumaterialien — insbesondere Baustahl — usw. führten dazu, daß auch einige Fonds-Projekte unvorhergesehene Preissteigerungen hinnehmen mußten. Obwohl mit den Bauunternehmern in der Regel Festpreisvereinbarungen getroffen wurden, mußten in Einzelfällen Nachforderungen anerkannt werden, um den Fortgang der Bauarbeiten nicht zu gefährden. Die in diesem Ausmaß nicht vorhersehbare Entwicklung hat bei einigen Fonds eine Umfinanzierung durch zusätzliche öffentliche Förderungsmittel oder sonstige Fremdmittel erforderlich gemacht; in einigen Fällen wurden auch partielle Umplanungen notwendig. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten konnte die Fonds-Verwaltung die planmäßige Durchführung der Fonds-Projekte sichern. Die Ausschüttungen bleiben unverändert, die steuerlichen Abschreibungen werden sich in mehreren Fällen sogar erhöhen.

Die Fonds-Verwaltung legt jährlich als Rechenschaftsbericht über das von ihr verwaltete Vermögen eine **Verwaltungsabrechnung** vor, die jedem Anteilseigner zugesandt wird. Für jedes Jahr wird die Erklärung zur einheitlichen und gesonderten Feststellung der Einkünfte bei dem zuständigen Finanzamt eingereicht. Die Mitteilung über das steuerliche Ergebnis wird den Anteilseignern rechtzeitig vor Ablauf des Steuertermins zugesandt.

Für die HB-Fonds 1—4 hat die Fonds-Verwaltung die **Schlußabrechnungen** erstellt. Sie werden gegenwärtig von dem zuständigen gesetzlichen Revisionsverband geprüft. Die Anteilseigner erhalten hierüber einen ausführlichen Bericht, aus dem Einzelheiten über Gesamtherstellungskosten, Finanzierung, Wertentwicklung etc. zu ersehen sein werden. Die Schlußabrechnung für die HB-Fonds 5—11 werden zur Zeit erarbeitet.

Baugeld für die Bauzeit

Beratung in allen Fragen der Baufinanzierung

Bevorschussung von Hypothekendarlehen, Bausparverträgen, öffentlichen Baudarlehen und Eigenkapital

Verbundkredite zur Bevorschussung sämtlicher Finanzierungsmittel, die bei einem Bauvorhaben zum Einsatz kommen

Grundstücksankaufs- und Erschließungskredite · Instandsetzungs- und Modernisierungskredite Betriebsmittelkredite für Wohnungsunternehmen

Elektronische Datenverarbeitung als Dienstleistung für Wohnungsunternehmen, insbesondere die Programme: Mietebuchführung · Kapitaldienst · Treuhandverwaltung Mietwohnungen Wohnungseigentum · Betriebs- und Instandhaltungskosten · Baubuchführung · Mitgliederverwaltung für Genossenschaften

DBB BANK

Deutsche Bau- und Bodenbank AG Berlin · Frankfurt am Main

Niederlassungen und Geschäftsstellen in allen Bundesländern

Geschäftsstelle in Bremen: Obernstraße 76, Telefon: 31 38 51

Bautätigkeit der BREMER TREUHAND im Jahre 1969 mit Vorbericht für 1970

Das Bauvolumen des Berichtsjahres umfaßte 4467 Wohnungseinheiten und 17 Gewerbeeinheiten. Von 2734 in Bau genommenen Wohnungen entfallen 85 Einheiten auf die Tochtergesellschaft DEUTSCHES HEIM. Fertiggestellt wurden 243 Häuser mit 1096 Wohnungen und 10 Gewerbeeinheiten. Alle von der Gesellschaft errichteten Bauobjekte sind in privates Eigentum überführt worden.

Zu Beginn des Jahres 1969 waren folgende Objekte als Überhang im Bau:

	Häuser	Wohnungseinheiten	Gewerbeeinheiten	Garagen-Einstellplätze	Gesamtkosten einschl. Grundst. DM
Eigenheime					
Bremen	59	59	—	57	6 834 700,—
Meppen	10	10	—	—	631 000,—
Hamburg (DEUTSCHES HEIM)	109	109	—	127	9 839 000,—
Eigentumswohnungen					
Braunschweig (DEUTSCHES HEIM)	1	154	—	20	9 220 000,—
Mietwohnungen in Betreuungs- und HB-Fonds-Objekten					
Berlin	3	22	—	—	1 030 000,—
Braunschweig	6	96	—	56	5 621 500,—
Bremen	23	394	9	268	22 508 300,—
Cuxhaven	4	66	—	—	2 564 000,—
Delmenhorst	1	24	—	24	1 348 700,—
Hannover	27	263	1	28	17 320 000,—
Solingen	13	103	—	50	5 015 400,—
Wuppertal	44	409	4	146	24 360 000,—
Hamburg (DEUTSCHES HEIM)	3	18	—	—	1 260 500,—
Kirchheim bei München (DEUTSCHES HEIM)	1	6	—	—	341 500,—
	304	1733	14	776	107 894 100,—

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr 1969 neu in Bau genommen:

Eigenheime					
Bremen	217	217	1	198	25 418 900,—
Düsseldorf-Hochdahl	6	6	—	6	874 500,—
Braunschweig (DEUTSCHES HEIM)	10	10	—	—	1 133 800,—
Eigentumswohnungen					
Erding bei München (DEUTSCHES HEIM)	3	24	—	—	1 235 000,—
Hamburg (DEUTSCHES HEIM)	—	—	—	104	354 200,—
Kirchheim bei München (DEUTSCHES HEIM)	6	51	—	—	3 190 000,—
Mietwohnungen in Betreuungs- und HB-Fonds-Objekten					
Bremen	4	55	—	50	3 424 000,—
Dortmund-Aplerbeck	28	354	—	57	18 700 000,—
Düsseldorf-Hochdahl	72	683	—	353	45 420 200,—
Hagen	4	120	—	49	6 710 000,—
Hannover-Mühlenberg	6	341	—	125	18 811 700,—
Köln-Hürth	4	128	—	84	6 235 000,—
Mönchengladbach	3	144	—	75	6 875 000,—
Solingen	51	516	—	166	36 320 000,—
Wuppertal	7	85	2	46	5 834 000,—
	421	2734	3	1313	180 536 300,—

Somit umfaßt das Bauvolumen des Berichtsjahres

725 Häuser mit 4467 Wohnungen und 17 Gewerbeeinheiten

bei Gesamt-Bau- und Bodenkosten von DM 288 430 400,—

Die im Berichtsjahr im Bau befindlichen Objekte mit einem Gestehungswert von DM 288 430 400,— wurden mit folgenden Mitteln finanziert:

Erststellige Hypothekendarlehen		DM 108 340 400,— = 37,57 %
Nachstellige Hypothekendarlehen		
Verbürgte Darlehen	DM 43 664 600,—	
Bauspardarlehen	DM 3 346 200,—	
Öffentliche Mittel	DM 50 807 800,—	
		DM 97 818 600,— = 33,91 %

Sonstige Darlehen	DM	9 177 500,— =	3,18 %
Eigenmittel der Bauanwärter und Fonds-Zeichner:	DM	73 093 900,— =	25,34 %
	DM	288 430 400,— =	100 %

Die Herstellungskosten setzen sich zusammen aus:

Grundstücks- und Erschließungskosten	DM	46 356 100,— =	16,07 %
Baukosten und Kosten der Außenanlagen	DM	179 759 300,— =	62,33 %
Baunebenkosten	DM	62 315 000,— =	21,60 %
	DM	288 430 400,— =	100 %

Die Struktur der Gesamtkosten hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas verändert. Die angespannte Situation auf dem Kapitalmarkt führte zu einer Erhöhung der Baunebenkosten um 4,04 %. Als Folge der wirtschaftlichen Rezession von 1968 lagen die Baukosten und die Kosten der Außenanlagen um 3,46 % unter denen des Vorjahres. Der Wiederanstieg der Konjunktur hat zum Jahresende jedoch erhebliche Kostensteigerungen gebracht, deren Auswirkungen sich im Geschäftsbericht für 1970 zeigen werden.

Innerhalb des Bauvolumens von 4467 Wohnungseinheiten befinden sich neben 644 Eigenheimen und Eigentumswohnungen 3823 Mietwohnungen für den Haus- und Boden-Fonds (HB-Fonds).

Das Gesamtprogramm einschließlich der Gewerbeeinheiten sowie der Garagen dient demnach ausschließlich der Schaffung privaten Eigentums.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 1970 befanden sich als Überhang aus 1969 im Bau
482 Häuser und 3371 Wohnungen, 7 Gewerbeeinheiten, 1631 Garagen und Einstellplätzen mit Gesamt-Bau- und Bodenkosten von DM 217 341 700,—.

Für die Geschäftsjahre 1970/71 wurde die Vorplanung für folgende Bauprojekte abgeschlossen:

	Häuser	Wohnungs-einheiten	Gewerbe-einheiten	Garagen-Einstell-plätze
Bielefeld	14	212	—	—
Bonn-Tannenbusch	21	350	—	302
Bremen	219	1141	5	469
Delmenhorst	4	24	—	—
Hagen	6	135	—	—
Hannover	19	216	—	108
Hürth bei Köln	58	331	—	90
Köln	7	152	2	74
Wuppertal	29	521	—	15
Erding/Kirchheim (DEUTSCHES HEIM)	18	127	—	—
München-Perlach (DEUTSCHES HEIM)	16	336	—	—
	411	3545	7	1058

Die Gesamt-Bau- und Bodenkosten für dieses Programm betragen mehr als DM 266 Millionen. Weitere ca. 7500 Wohnungseinheiten befinden sich in der Vorplanung.

Der für eine kontinuierliche Bautätigkeit erforderliche **Grundstücksvorrat** der Bremer Treuhand umfaßte am Ende des Berichtsjahres 3 568 810,80 qm. Dieser Bestand ist um 266 370,62 qm größer als am Ende des Vorjahres. Für die im Jahre 1969 erworbenen Flächen wurde ein Durchschnittspreis von DM 53,12 je qm aufgewendet.

Wegen des starken Ansteigens der Preise für Bauleistungen gestaltete sich die **Auftragsvergabe** in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres schwierig. Die kreditpolitischen Maßnahmen der Deutschen Bundesbank haben darüber hinaus die Konditionen für die **Endfinanzierung** wesentlich verschlechtert. Durch die vieljährige Zusammenarbeit mit führenden Finanzierungsinstituten, auch bei der Grundstücksankaufs- und Bauzwischenfinanzierung, konnten nennenswerte Verzögerungen der Bautätigkeit vermieden werden. Die Bemühungen um die Fortführung des sozialen Wohnungsbaus werden unterstützt durch die mittlerweile in einer Reihe von Bundesländern erfolgte Anpassung der Förderungsbestimmungen an die derzeitige Baumarktsituation.

Bremerhaven, Thulesiusviertel

Im Bremer Westen

Jahresabschluß der Bremer Treuhand zum 31. Dezember 1969 (einschl. HB-Fonds)

Bilanz zum 31. Dezember 1969 (zusammengefaßt)

Aktiva	DM	Passiva	DM
I. Anlagevermögen (Miethäuser, sonstige Gebäude), Geschäftsausstattung, Beteiligungen	22 600 088,—	**I. Stammkapital**	2 000 000,—
		II. Rücklagen	22 800 000,—
		III. Wertberichtigungen	551 000,—
		IV. Rückstellungen	7 000 000,—
II. Umlaufvermögen		**V. Verbindlichkeiten**	
Unbebaute Grundstücke	86 354 536,80	Hypothekenschulden	
Bebaute Grundstücke	115 590 373,32	Zwischenkredite	
Finanzierungskosten	5 993 208,80	Darlehen, Spareinlagen	285 309 124,12
Freistellungsforderungen	24 363 847,—	Freistellungsverbindlichkeiten	24 363 847,—
Andere Forderungen	12 321 761,45	Andere Verbindlichkeiten	63 239 517,46
Forderungen an Treuhandvermögen	22 990 550,05	Verbindlichkeiten gegenüber Treuhandvermögen	9 952 081,94
Sonstiges Umlaufvermögen	3 892 053,82	**VI. Reingewinn**	239 528,57
Kassenbestand, Postscheckguthaben, Guthaben bei Banken und Sparkassen	121 348 679,85	**VII. Treuhandvermögen**	
		a) Zugeordnete HB-Fonds	
		eingezahltes Fonds-Kapital	69 100 000,—
		Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, Sonstiges	173 481 196,48
III. Treuhandvermögen		b) HB-Fonds in Vorbereitung	
Zugeordnete HB-Fonds	242 581 196,48	eingezahltes Fondskapital	54 114 093,83
HB-Fonds in Vorbereitung	83 060 864,49	Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, Sonstiges	28 946 770,66
	741 097 160,06		741 097 160,06

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1969

Aufwendungen	DM	Erträge	DM
I. Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung	904 573 44	I. Erträge aus der Hausbewirtschaftung	1 776 600,13
II. Aufwendungen für Regiebetrieb	533 835,92	II. Erträge aus Regiebetrieb	528 513,96
III. Sonstige Betriebsaufwendungen	7 410 527,2	III. Sonstige Betriebserträge	10 321 997,70
IV. Kapitalkosten (Zinsen u. ä.)	11 765 779,14	IV. Erträge aus Beteiligungen	41 673 ,—
V. Außerordentliche und betriebsleistungsfremde Aufwendungen	768 018,95	V. Kapitalerträge (Zinsen u. ä.)	10 996 271,58
VI. Zuweisungen zu den Rücklagen	2 196 895,24	VI. Außerordentliche und betriebsleistungsfremde Erträge	162 857,14
VII. Steuern von Einkommen, Ertrag und Vermögen	8 755,—		
VIII. Reingewinn	239 528,57		
IX. Gesamter Verwaltungsaufwand (verrechnet) DM 7 135 416 89			
Summe der Aufwendungen	23 827 913,51	Summe der Erträge	23 827 913,51

Bremen, den 15. Mai 1970

Der Verband Niedersächsischer Wohnungsunternehmen e. V. hat den ungekürzten Jahresabschluß zum 31. Dezember 1969 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Eigenhaus NORA (Flutschadenprogramm) Bremen-Osterholz, Heiligenbergstraße.

95 steuerbegünstigte Eigentumswohnungen Barbarossastraße/ Kurfürstenallee

Die Unternehmensgruppe BREMER TREUHAND

wurde 1950 gegründet und hat seitdem mehr als 30 000 Wohnungen gebaut. Die Satzung schreibt vor, daß die BREMER TREUHAND auf die Errichtung gesellschaftseigener Wohnungen verzichten und das gesamte Bauprogramm in private Hand überführen soll. Mehr als 20 000 Eigenheime und Eigentumswohnungen und mehr als 10 000 Mietwohnungen sind in das Eigentum deutscher Sparer übergegangen, davon mehr als 8000 Wohnungen über 22 HB-Fonds, deren nahezu 7500 Anteilseigner ein Fonds-Vermögen von rund einer halben Milliarde DM besitzen. Die Objekte der HB-Fonds liegen in den Ballungsgebieten des Wohnungsbedarfs und bieten den Fonds-Zeichnern eine mindestens 5%ige Rendite, hohe steuerliche Abschreibungen und ständigen Wertzuwachs. Ebenso wie Eigenheime und Eigentumswohnungen stellen die Wohnungen der HB-Fonds Sachwertanlagen dar.

Nordbremische Gesellschaft für Wohnungsbau mbH

Als die NORDBREMISCHE GESELLSCHAFT FÜR WOHNUNGSBAU am 25. Juni 1953 gegründet wurde, hat sie sich zur Aufgabe gemacht, durch **Schaffung von Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungen in Bremen-Nord** mit dafür Sorge zu tragen, hinreichend öffentliche Mittel zur Verbesserung der Wohnungssituation nach Bremen-Nord zu holen und dadurch den stadtgemäßen Ausbau zu beschleunigen. Die Gesellschaft war bestrebt, menschenwürdige Wohnungen nach modernen Erkenntnissen zu schaffen.

In den ersten Jahren war die NORDBREMISCHE als Betreuungsunternehmen für die Bremer Treuhand in Bremen-Nord tätig. Sie erstellte **Eigenheime** mit öffentlicher Förderung am Flintacker und an der Georg-Ruseler-Straße in Aumund, sowie in der Angerburger Straße in Blumenthal. Daran schloß sich dann das Siedlungsprojekt auf dem Farger Feld mit 1- und 2-Familienhäusern an. In den Jahren zwischen 1954 und 1957 entstand für viele Heimatvertriebene und Ausgebombte eine Wohnstätte. Das Bauvorhaben wurde Bindeglied zwischen Rönnebeck und Farge. Weitere Bauvorhaben folgten ebenfalls in Baubetreuung für die Bremer Treuhand am Petersenweg (Barackenräumprogramm), an der Frithjofstraße, Ortsteil Lobbendorf, an der Landesgrenze am Vorlöhnhorster Weg und in der Gustav-Frenssen-Straße sowie in Blumenthal, Turnerstraße. Auch die letztgenannten Objekte beinhalten 1-Familienhäuser. Im Jahre 1957 entstanden an der Bramheide in Aumund 1-Fam.-Reihenhäuser und zwei Jahre später im Bereich des Neuenkirchener Weges an der Lüder-Bömermann-Straße 2-Familienhäuser. Auf niedersächsischem Gebiet hat die NORDBREMISCHE für die Bremer Treuhand in Lemwerder 28 Einfamilienhäuser errichtet. In den Jahren 1959 bis 1964 standen die Ortsteile Lesum und Schönebeck im Mittelpunkt des Baugeschehens. Ein Wohnviertel mit 175 Einfamilienhäusern entstand ab 1959 in Lesum im Bereich der Rotdornallee/Freesenkamp, das in mehreren Abschnitten vollendet wurde. Ebenso entstand Anfang der sechziger Jahre ein Mietobjekt in Schönebeck im Großen Feld mit 296 Wohnungen und 260 1-Fam.-Häusern. In den Jahren 1963/64 wurden die Bemühungen fortgesetzt, die Lücken am Neuenkirchener Weg durch Schaffung weiterer 1-Fam.-Häuser an der Lüder-Bömermann-Straße zu schließen. Es folgten 82 Eigenheime an der Gärdesstraße in Aumund sowie ein Projekt mit individuellen Wünschen seitens der Eigenheimerwerber in St. Magnus, Am Birkenhof. Sämtliche vorgenannten Objekte wurden für die Bremer Treuhand in Form der technischen und finanziellen Betreuung erstellt, mit Ausnahme von 160 Mietwohnungen aus dem Projekt Schönebeck, Großes Feld, die die NORDBREMISCHE in eigener Regie errichtete.

Die ersten Eigenheime der NORDBREMISCHEN entstanden 1963 in Bremen-Aumund, an der Martin-Ecks-Straße mit 18 Häusern vom Typ „Almuth". Weitere Bauvorhaben der NORDBREMISCHEN schlossen sich an in Bremen-Blumenthal, Lüder-Bömermann-Straße mit 5 Familienheimen, sowie in Bremen-Aumund, Gärdesstraße mit 6 Familienheimen. Die letztgenannten drei Objekte entstanden in den Jahren 1967 bis 1968.

Wohnlage mit Einfamilienhäusern in Bremen-Nord

Auf die **individuelle Betreuung von Einzelbauherren** legte die Gesellschaft besonderen Wert. Dieser Grundsatz wird auch noch heute angewandt und hat bisher auch den entsprechenden Erfolg gezeigt. In diesem Zusammenhang darf das Bungalow-Projekt am Schönebecker Schloß nicht unerwähnt bleiben. So entstanden in den Jahren 1966/67 freistehende 1-Fam.-Häuser, die eine individuelle Betreuung erforderlich gemacht haben.

Auch der Großfamilien hat sich die NORDBREMISCHE besonders angenommen. Zu erwähnen wäre hier ein 1-Fam.-Haus in Bremen-Grohn für eine 16köpfige Familie. Hier waren Bund und Land sofort bereit, umfangreiche Mittel für die Förderung dieses Objektes zur Verfügung zu stellen.

Wie überall stellte sich auch in Bremen-Nord recht bald heraus, daß größere unbebaute Flächen sehr selten geworden sind. Die Gesellschaft mußte demzufolge in den Jahren nach 1957 hauptsächlich auf die Lückenbebauung übergreifen. Hierbei blieb es nicht aus, daß auch Grundstücke mit Althausbestand gekauft wurden, wobei die Althäuser dann den Neubauten weichen mußten.

In Bremen-Lesum an der Straße Auf dem Pasch entstanden 15 Doppelhäuser des Types „Almuth", insgesamt 30 Wohneinheiten. Die besonders ruhige Lage und der durchdachte Grundriß des Typs „Almuth" haben einen guten Zuspruch gefunden. Bei der Erstellung dieser Häuser wurden erstmals die Freiräume zwischen den Häusern mit erdgeschossigen Freisitzen ausgefüllt. Eigenheime des Typs „Almuth" werden in Schönebeck, am Gerichtsherrenweg gebaut. Wiederum in Baubetreuung für die Bremer Treuhand entsteht z. Z. in St. Magnus, am Mammutbaum, ein Eigenheimprojekt. Hier wird in drei Bauabschnitten der Typ „Karin" und der Typ „Rita" erstellt und verkauft.

Während die NORDBREMISCHE sich in den ersten Jahren ihres Bestehens dem Eigenheimbau zugewandt hat, so wurde auch später das **Mietwohnprogramm** wesentlich erweitert. Das erste Vorhaben der NORDBREMISCHEN dieser Art wurde in der Martin-Ecks-Straße mit 60 WE im Zuge des sozialen Wohnungsbaues verwirklicht. Kurze Zeit später entstanden in Schwanewede auf niedersächsischem Gebiet 20 Wohnungen, ebenfalls im sozialen Wohnungsbau. In Bremen-Aumund, Ecke Gärdesstraße/Flintacker, wuchs in der gleichen Zeit das erste Punkthaus der Gesellschaft mit 14 Wohnungen und einem Laden in die Höhe. In Bremen-Blumenthal folgten an der Rominter-Straße 64 WE und wie eingangs schon erwähnt in Schönebeck auf dem Großen Feld weitere 160. Auch diese vorgenannten Wohnungen entstanden alle im **sozialen Wohnungsbau.** Weiterhin wurden in Bremen-Aumund, Kirchhofstraße, 30 Wohnungen unter der gleichen Finanzierungsvoraussetzung geschaffen.

Im Zuge des Programms, Lücken im Stadtbild zu schließen, konnte die NORDBREMISCHE auch einigen privaten Bauherren in Form der **Baubetreuung** behilflich sein. Sie übernahm die Planung und Ausführung von Mietbauten und danach die Betreuung und Dauerverwaltung der Häuser. In die jüngste Zeit fallen Mietobjekte mit 6, 12 od. 24 Wohneinheiten in Bremen-Aumund, Fährer Flur, Hammersbecker Straße, Bremen-Blumenthal, Schwaneweder Straße, Bremen-Aumund, Lüßumer Straße. Nicht zu vergessen ist das 60 Wohnungen umfassende Objekt in Aumund, Löhstraße/Ecke Kirchhofstraße mit zwei 3-geschossigen und einem 6-geschossigen Block sowie einem Großraumladen und erstmals einer Tiefgarage.

Auch bei Mietobjekten vertritt die Gesellschaft das Prinzip der **Eigentumsbildung.** Einen Großteil der Mietobjekte hat die Gesellschaft an private Interessenten als Anlageobjekte veräußert, wobei die Dauerverwaltung bei der Gesellschaft verblieben ist. Auch augenblicklich unterhält die Gesellschaft

z. Z. diverse Baustellen, auf denen Mietwohnungen und Eigenheime entstehen. Auch diese Mietwohnungen sind bereits an Privatinteressenten als Anlageobjekte veräußert worden. Besonders weist die Gesellschaft auf das Bauprojekt in Bremen-Lesum, Hindenburgstraße, hin. Hier entstehen in 3—7-geschossiger Bauweise 124 Mietwohnungen, die z. T. für den HB Fonds der Bremer Treuhand, zum größten Teil aber für die ev. Kirchengemeinde errichtet werden. Innerhalb dieses Bauprojektes liegt auch eine Tiefgarage.

Der eigene **Wohnungsbestand der Gesellschaft** beträgt per 31. Dez. 1969 230 Mietwohnungen, 1 Laden und 72 Garagen. Für fremde Bauherren bzw. Ersterwerber, die Mietobjekte durch die Gesellschaft erworben haben, verwaltet die Gesellschaft 340 Mietwohnungen, 61 Garagen und 8 Gewerbeeinheiten. Hierin sind nicht enthalten die verkauften und aufgelassenen 1-Fam.-Häuser, die sofort nach grundbuchlicher Umschreibung aus der Verwaltung entlassen werden. Vorübergehend verwaltet die NORDBREMISCHE bis zur Auflassung 29 Eigenheime. Der gesamte Verwaltungsbestand beläuft sich am 31. Dez. 1969 auf 570 Mietwohnungen, 7 Gewerbeeinheiten, 133 Garagen und 29 Eigenheime.

An **unbebauten Grundstücken** besaß die Gesellschaft per 30. 6. 1970 **99 589,50 qm.** Im Jahre 1969 wurden 45 Häuser mit 146 WE, 66 Garagen, 2 Gaststätten und 5 Läden fertiggestellt. Begonnen wurden im gleichen Jahr 38 Häuser mit 184 WE, 29 Garagen und 1 Laden. Die Gesellschaft beschloß das Geschäftsjahr 1969 mit einer **Bilanzsumme** von **DM 26 277 736,17.**

Für 1970 und die nächsten Jahre hat die NORDBREMISCHE weitere Objekte in der Planung. Diese beziehen sich auf Mietwohnungen, 1-Familien-Häuser und **erstmals Eigentumswohnungen.** An eigenen Mietwohnungen sind 8 Häuser mit 157 Wohneinheiten vorgesehen, während in Baubetreuung 51 Häuser mit ca. 1500 Wohnungen geplant sind.

An 1-Fam.-Häusern sollen in den nächsten Jahren bzw. schon 1970 130 Häuser mit entsprechenden Garagen entstehen und zwar in verschiedenen Ortsamtsbereichen in Bremen-Nord. An Eigentumswohnungen sieht die Gesellschaft 8 Häuser und 2 Terrassenhäuser mit insges. 64 Wohneinheiten vor.

Ganz besondere Aufmerksamkeit wird die Gesellschaft den **Sanierungsgebieten** in Bremen-Nord widmen. Hier steht vor allem die **Altstadterneuerung Vegesack** auf dem Programm. Die NORDBREMISCHE konnte in den letzten Jahren schon umfangreiche Grundstücksankäufe mit Althaussubstanz tätigen, um dann später durch Arrondierung von Gelände und Tausch mit der Stadtgemeinde eine sinnvolle Sanierungsplanung durchzuführen. Betroffen ist vor allem das Gebiet Reeder-Bischoff-Straße / Alte Hafenstraße / Rohrstraße, aber auch die Uhthoffstraße. Es wird für die Gesellschaft eine Aufgabe über mehrere Jahre sein, dieses Gebiet sinnvoll zu sanieren.

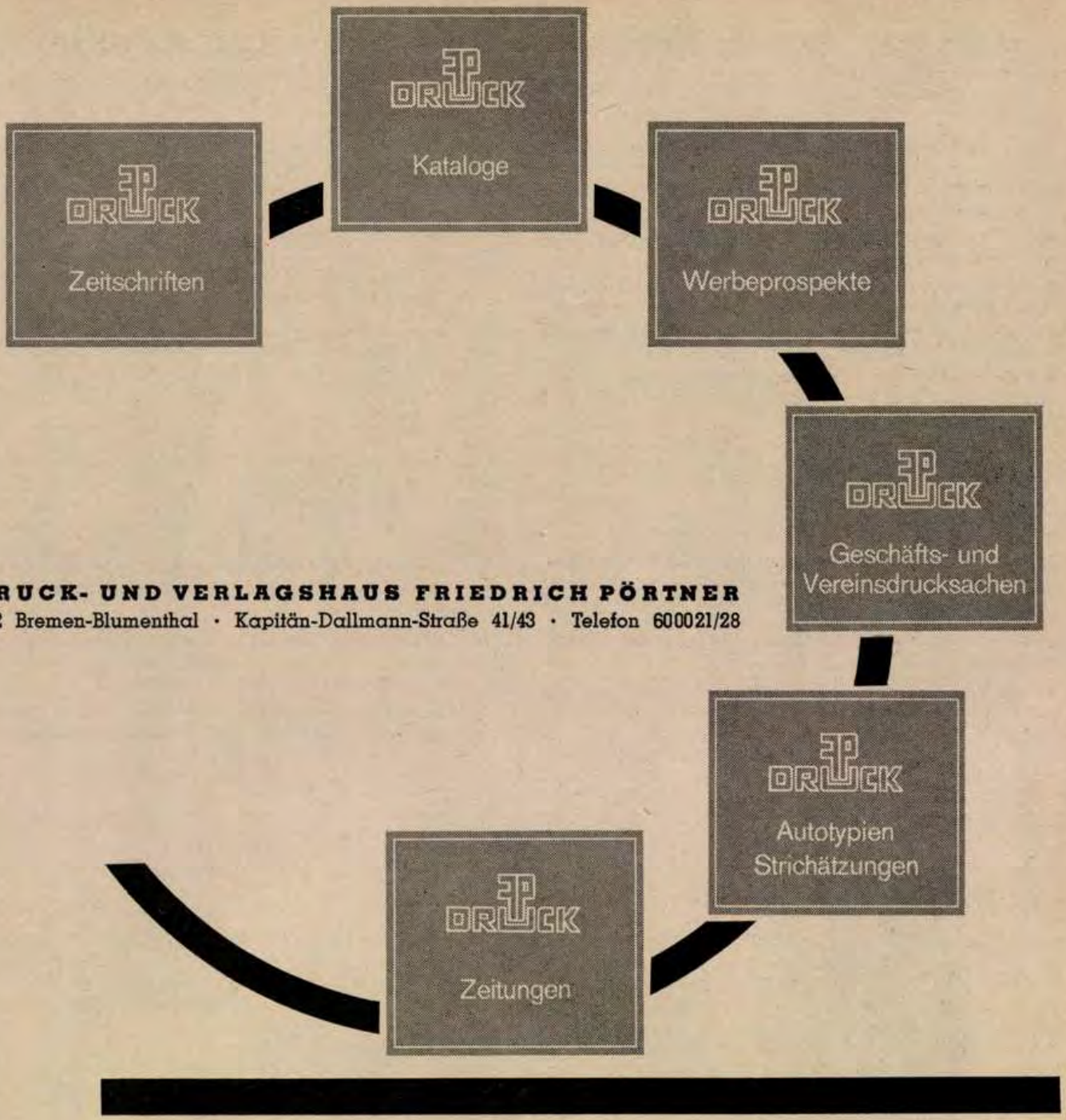
Einfamilienhausgruppe in St. Magnus (Schellhass-Park)

Teilansicht Bremen-Lesum, „Hindenburgstraße"

Teilansicht Bremen-Lesum, „Auf dem Pasch"

Einfamilienhaus für 14 Personen, Bremen-Grohn, Wilhelm-Boelsche-Straße

Teilansicht Bremen-Lesum, „Hindenburgstraße"



DRUCK- UND VERLAGSHAUS FRIEDRICH PÖRTNER
282 Bremen-Blumenthal · Kapitän-Dallmann-Straße 41/43 · Telefon 600021/28

Norddeutsche Volkszeitung

VEGESACKER ZEITUNG

DIE TAGESZEITUNG
FÜR
BREMEN-NORD
ANGRENZENDE GEMEINDEN
DES KREISES OSTERHOLZ
UND DAS
STEDINGER LAND

Aus der Arbeit der Aufbaugemeinschaft Bremen

Von Gerhard Iversen

‚Am 2. Juni 1970 konnte die „Aufbaugemeinschaft Bremen" das Planungskonzept **„Bremen — Siedlungsraum — Stadtentwicklung"** im Kaminsaal des Rathauses in Bremen übergeben. Anwesend waren:

- Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Herr Engel und verschiedene Bürgerschaftsabgeordnete,
- für die Kreise, die Landräte, Vertreter der Fraktionen in den Kreistagen, die Oberkreisdirektoren mit den Planern und für die kreisfreien Städte Vertreter des Stadtrates, Magistrates und Verwaltung,
- außerdem Vertreter verschiedener Verwaltungen aus dem Siedlungsraum und der Stadt Bremen, sowie Presse und Radio Bremen.

Begrüßung erfolgte durch den 1. Vorsitzenden der Aufbaugemeinschaft Bremen, Gerhard Iversen:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Mitbürger aus dem Siedlungsraum Bremen!

Ich bitte um Verständnis, wenn ich anläßlich dieses Arbeitstreffens der „Aufbaugemeinschaft Bremen" von einer persönlichen, besonderen Begrüßung absehe, haben wir doch alle Verantwortung übernommen, sei es im Rahmen der Legislative, Exekutive, in der Verwaltung oder als Vertreter der Presse.

Am 21. 1. d. Js. konnten wir den anwesenden Vertretern aus der Region das Planungskonzept „Weser-Jade" in der Strandlust Bremen-Vegesack übergeben.

Mitglieder und Freunde der „Aufbaugemeinschaft Bremen" haben es ermöglicht, Herrn Professor Wortmann einen weiteren wissenschaftlichen Auftrag zu erteilen. Die heute zur Übergabe kommende Arbeit behandelt den von der Region ausgehenden nächstkleineren Raum, den **Siedlungsraum Bremen.**

Diese Aufgabenstellung haben wir um eine Zusatzfrage erweitert, die für die Stadt Bremen von besonderer Bedeutung ist. Die Frage: „Wohin geht die Cityentwicklung?"

Bei der Übergabe des Planungskonzeptes für den Weser-Jade-Raum habe ich vermerkt, daß es uns nicht um ein neues Gutachten geht, gleiches gilt heute hier. Wir haben ausreichend Gutachten zu Detailfragen.

Während diee Arbeit entstand, kamen zwei interessante Vorgänge in meine Hand. Ein Vorgang aus der **Vergangenheit** und einer aus der **Gegenwart.** In den Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft von 1925 und 1926 findet man den Bericht der Deputation für „Stadterweiterung und Grundstückverwaltung" mit der Empfehlung Fachberater zu hören. Prof. Schumacher, Prof. Blum und andere haben Empfehlungen gegeben, wie es damals hieß, für den **General-Siedlungsplan.**

Beim Lesen dieser Unterlagen stellt man staunend fest, daß Probleme von damals, teilweise in wenig abgewandelter Form, auch noch heute unsere Probleme sind.

Der Vorgang aus der Gegenwart betrifft eine Vorlage der Hamburgischen Bürgerschaft: das **Entwicklungs-Modell für**

BLM

Beton- und Monierbau A-G

NIEDERLASSUNG BREMEN

28 Bremen · Bürgermeister-Smidt-Straße 59/61 · Telefon: 31 06 91

Hamburg und sein Umland, vom Juli 1969. Hier kann man lesen:

„Das in der gemeinsamen Landesplanungsarbeit mit den Nachbarländern konzipierte System der Aufbauachse, das seine geschichtlichen Wurzeln in den Planungsideen Fritz Schumachers hat, bleibt die dominierende Leitvorstellung für die bauliche Ordnung Hamburgs und sein Umland".

So sehen wir, daß auch Hamburg auf Arbeiten seines langjährigen Stadtbaudirektors, Prof. Fritz Schumacher, zurückgreift.

In der Zusammenfassung der Hamburger Bürgerschaftsvorlage steht der Satz:

„Mit dem Entwicklungsmodell wird das Hamburger Umland mit dem Hamburger Planungsraum zusammengefügt und also eine Leitvorstellung für Stadt und Umland vorgelegt, die bis in das kommende Jahrhundert hineinreicht."

Soweit der Blick in die **Vergangenheit** und Gegenwart!

Nun darf ich Herrn Prof. Wortmann bitten, uns die Arbeit zu erläutern.

(Diese Ausführungen erfolgen im nächsten Heft im Dezember d. J.)

Nach den Ausführungen von Prof. Wortmann sagte Herr Iversen: Ich denke, wir haben mit dieser wissenschaftlichen Arbeit zum Planungskonzept **„Weser-Jade"** ein weiteres, beachtenswertes Arbeitspapier für den **Siedlungsraum Bremen.**

Diese aus freier Initiative von Bürgern ausgelöste neue Arbeit soll ein Beitrag, ein Arbeitspapier für die Verantwortlichen in Legislative, Exekutive und Verwaltung sein. Aber auch für die Bürger des Siedlungsraumes soll diese Arbeit eine Hilfe sein, um nach weiteren Überlegungen und Diskussionen den Verbandsplan zu erhalten, der auch für die Bürger des Siedlungsraumes die bestmögliche Lösung darstellt.

Im Jubiläumsjahr der „Aufbaugemeinschaft Bremen" — 25 Jahre Mitarbeit des Bürgers — übergebe ich daher gerne den Vertretern der Legislative, Exekutive, Verwaltung und den Bürgern des Siedlungsraumes das Planungskonzept für den Siedlungraum.

Ich wäre dankbar, wenn die anwesenden Vertreter der einzelnen Kreise die auf dem Tisch bereitgelegten Exemplare für den Kreistag und die Verwaltung mitnehmen könnten, um so den Verband zu erleichtern.

Nun steht vor uns das Studium dieser Arbeit und dann das Gespräch miteinander.

Außerdem kann heute schon berichtet werden, daß eine weitere Arbeit ihrer Vollendung entgegengeht: die Ausarbeitung einer **Verbandssatzung** für die Region Weser-Jade. Diese wird Ende der Sommerferien, zum Versand kommen, wie seinerzeit das „Planungskonzept Weser-Jade".

Unser Arbeitstreffen soll mit einem Satz des Hamburgischen Senatspräsidenten vor der Bürgerschaft geschlossen werden. Er trifft sicherlich auch unser aller Anliegen.

„Lassen Sie uns hoffen, daß der Mensch sich selbst dieser nur im Frieden zu leistenden Aufgabe gewachsen zeigt."

In diesem Sinne wünsche ich der neuen Arbeit zum Wohle der Menschen in der Region „Weser-Jade" und im „Siedlungsraum Bremen" alle Zeit gute Fahrt!

Für den Aufbau – für Bremen
für Architekten – für Baugesellschaften
für das Fachhandwerk

Ihr starker Partner
im Raum zwischen Ems und Elbe

CORDES & GRAEFE

Adolf Kupke
KLEMPNEREI UND INSTALLATION
Hastedter Heerstraße 26 Telefon 44 89 75

Karl-Heinz Spies KG
Dachdeckung — Abdichtung
Asphaltierung — Blitzschutz
BREMEN,
Humboldtstr. 131/137
Telefon 49 04 83

Johannes Frischmann
Elektromeister
BREMEN
Crüsemannallee 69
Ruf 21 55 62

Werner Hoffmann
Dachdeckungen und Isolierungen
BREMEN · Prangenstraße 27/29 · Tel. 49 00 81

OTTO BOLLHAGEN
MALEREIBETRIEB
Bremen, Parkallee 205 · Fernruf 21 10 41

Hermann Wegener
Straßen- u. Tiefbau-Unternehmung
Straßenbaustoffe - Gartenplatten
Br.-Grohn, Hermann-Wegener-Str. 12/20
Ruf: 66 90 55

Joh. Höljes
Fliesenarbeiten
BREMEN-VEGESACK
Höljesweg 5-6 a
Ruf 66 90 18 und 66 90 19

Anstrichprobleme?
Fragen Sie stets nach REESA!
REESA-LACKE und -FARBEN bieten für jeden Anstrichzweck die passende Qualität.
SUDING & SOEKEN
LACKFABRIK
BREMEN-HEMELINGEN, Funkschneise 8
Stadtlager: Langenstraße 112

Aufbaugemeinschaft Bremen Bremen, 5. 8. 1970

An den Senator für das Bauwesen,
Sehr geehrter Herr Senator Seifriz!

Diskussionen um das Thema Spielplätze für Kinder in der Stadtmitte verfolgen wir seit Jahren. Dem Robinson-Spielplatz nach dem Muster „pro juventute", Zürich/Schweiz, geben wir gegenüber der Bremer Lösung (s. auch „Der Aufbau", Heft 3/70) den Vorzug. Ein Robinson-Spielplatz oder ein Spielplatz in ähnlicher Form gehört jedoch nicht in die Wallanlagen. Gegen eine Übergangslösung haben wir aber keine Bedenken. Es erscheint uns allerdings notwendig, auf folgendes hinzuweisen:

1. 1959 überreichten wir der Stadt unsere Denkschrift „Standortvorschlag für den Neubau eines Schauspielhauses mit Vorschlägen zur Bildung eines Kulturzentrums", wurden dann aber offiziell gebeten, diese nicht zu veröffentlichen, um keine Bodenspekulationen auszulösen. Die Planungen der Stadt während der folgenden Jahre erfolgte dann in großen Zügen nach unseren Vorschlägen, z. B. Aufgabe des Platzes „Theater Am Wall" und seine Umgestaltung in die jetzige Form, der z. Zt. vorgenommene Umbau eines Torhauses für die Unterbringung der Marcks-Stiftung, u. a. m.

2. Schon 1959 wurde abgesprochen, den Abschnitt der Wallanlagen mit: Kunsthalle, Torhäusern, Theater (kleines und großes Haus) und das Ehrenmal als einen städtebaulich geordneten **Kulturbezirk** freizuhalten und entsprechend zu gestalten.

3. Seinerzeit wurde auch festgelegt, den teilweise zugeschütteten **Stadtgraben** mit dem Ausbau der Ostertorkreuzung wieder auszuheben, um den Passanten im Ostertor und den Besuchern des Theaters den Blick (wie am Herdentor) auf die Wasserfläche wieder freizugeben (s. Plan Anlage 1).

4. Das Problem Kinderspielplätze für die Stadtmitte erlaubt
   a) endgültige Lösungen z. B. im Rahmen der Stadterneuerung Ostertor, Bahnhofsvorstadt, Neustadt etc.,
   b) für die Übergangszeit verweisen wir auf bekannte Vorschläge u. a.: Osterdeich, Körnerwall, Schulhöfe am Nachmittag (Kleine Helle, Altes Gymnasium, Remberti, Brookstraße, Bürgermeister-Smidt-Schule), Kleinkinder-Spielecken in den Wallanlagen, behelfsmäßige Plätze auf den vielen von der Stadt aufgekauften Grundstücken einzurichten usw.

5. Wir verweisen besonders auf die **Klimaaufgabe,** die die **Wallanlagen** im Interesse der 80 bis 100 000 Berufstätigen und der in der Stadtmitte Wohnenden zu erfüllen haben (s. dazu: „Die Baumzeitung" 3/69, Seite 43 und 1/67, Seite 43.) Wem ist bekannt, daß von 1950 bis heute rd. 20 000 qm der Wallanlagen dem Moloch „Verkehr" geopfert wurden, das wären umgerechnet 10—20 Kinderspielplätze.

6. Nicht übersehen sollte man das Wort bedeutender und ehrenwerter Bürger, wie
   R. A. Schröder
   und Prof. Dr.-Ing. Dr. med. Dr. techn. Fritz Schumacher:
   „Bremen findet für seine Grünpolitik eine überaus glückliche Erbschaft aus früheren Tagen. Der Zug der umgestalteten Festungswerke des „Bremer Wall" ist auf der rechten Weserseite fast unversehrt . . . .

   Leider ist dem entsprechenden Ring der Wallanlagen auf der linken Weserseite kein entsprechendes Schicksal zuteil geworden, sie sind ebenso gründlich verstümmelt und verkümmert, wie die der rechten Seite pietätvoll bewahrt sind. Neben dem Ruhmeskonto steht ein schweres Schuldkonto, das für die Zukunft zu doppelter Vorsicht zwingt . . . Man glaubt, die Rettung der Werte der inneren Stadt einfach dadurch erreichen zu können, daß man die Mittel

zur Heilung aus den angrenzenden Grünanlagen gewinnt. Man sieht nicht, daß ein solches Vorgehen für die Stadt nicht Heilung, sondern ein Verpflanzen der Krankheit auf die nächste Zone ihres Leibes bedeuten würde."

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren und Zusammenhänge kann und darf der im Entstehen begriffene Spielplatz nur eine Zwischenlösung sein.

Hochachtungsvoll

Aufbaugemeinschaft Bremen

G. Iversen H. Offermann

Dr. v. Einem

NS. Wir hoffen, Herrn Dr. Ledermann, Zürich/Schweiz, Leiter der „pro juventute", zu einem Referat mit dem Thema: „Brauchen wir eine Freizeitpolitik?" — „Freizeiteinrichtungen gestern und heute", nach Bremen bitten zu können.

An den
Senat der
Freien Hansestadt Bremen

7. 8. 1970

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Frau Bürgermeister!
Sehr geehrte Herren Senatoren!

Die Zeitungen der vergangenen Woche berichten:

1. **Luftfracht jetzt nur über Hannover,**
2. **Lufthansa plant Verlegung der Fliegerschule,**
3. **Fliegerzentrum Ganderkesee Domizil der Reisefliegerei und Persönlichkeiten der Wirtschaft mit eigenen Maschinen.**

Verantwortlich denkende Mitbürger mußten sich zwangsläufig die Frage stellen: Leben wir in der „Freien Hansestadt Bremen" mit einem alten, international bekannten Hafen oder leben wir in „Schilda"?

Wird in unserer Stadt langsam dem großen Verkehrsträger Luftverkehr das Fundament und die Basis entzogen?

Fragen nicht viele Mitbürger mit Recht die Verantwortlichen in Legislative, Exekutive und in der Verwaltung, ob überhaupt bekannt ist, welches wirtschaftliche Potential und welche Bedeutung der Flugplatz mit seinem Luftverkehr (Personen und Fracht), mit der dazugehörigen Versorgung und der bekannten bremischen Luftfahrtindustrie für diese Stadt und sein Umland, ja für den Raum zwischen Ems und Weser bis auf halbem Weg zu Elbe hat?

Hat man sich in Legislative, Exekutive und Verwaltung einmal verdeutlicht, daß für diesen Wirtschaftskomplex rund 10 000 Menschen täglich ihre Arbeit und ihre Aufgabe gesichert erhalten?

Wenn Berlin pro Jahr 3 Millionen für Lärmschutz ausgibt, warum hat unsere Stadt bei gleicher Relation nach Struktur und Größe nicht jährlich DM 500 000 bereitgestellt, um vorbeugende Lärmschutzmaßnahmen auszuführen?

Warum gesteht unsere Stadt es sich nicht ein, daß die Stadtplanung der Neubaugebiete in Huchting falsch war? Statt die Wohngebiete zwischen dem alten Ortsteil Huchting und der Oldenburger Bahn in ruhiger Lage zu bauen, legte man sie in die Einflugschneise? Sollte man einen Planungsfehler sich und der Öffentlichkeit nicht eingestehen und dann gemeinsam bemühen, das Beste daraus zu machen?

Warum wird die bautechnische Zuständigkeit nicht verwaltungsmäßig beim Senator für das Bauwesen eingeordnet um städtebauliche Fehlplanungen zu vermeiden?

Meint unsere Stadt wirklich, mit dem schleppenden Ausbau des Flughafens vor den Aufgaben der Zukunft bestehen zu können? Ist die Tatsache nicht bekannt, daß ein **neuer** Flugplatz nach den im Bundesgebiet bekannten Neubauplänen zwischen 1 Milliarde und 1,5 Milliarden Baukosten auslöst?

Ein gutes System!

AQUADUR

Alle Schwind- und Haarrisse des Putzes werden dauerhaft überdeckt, ohne daß eine zusätzliche Anstrich-Armierung erforderlich ist.

AQUADUR
hat eine ungewöhnlich große Dehnfähigkeit

AQUADUR
ist wetter-, scheuer- und alterungsbeständig

AQUADUR
ist spannungsarm, atmungsfähig und regendicht

Das System besteht aus Vorstrich und Deckfarbe (öl- und weichmacherfrei). Wenn auf gerissenen Flächen eine Spachtelung erforderlich ist, arbeiten Sie mit AQUADUR-Paste.

Hochelastisch!

UNITECTA
Oberflächenschutz GmbH
Abt. Brander Farbwerke, 4630 Bochum-Gerthe, Postfach 40028

NORD KREDIT

Weltweite Handelsbeziehungen sowie Geschäftsverbindungen innerhalb Europas und nach Übersee gaben Bremen die Bezeichnung „Schlüssel zur Welt". Hanseatischer Kaufmannsgeist und verantwortungsbewußtes Unternehmertum wußten von jeher eine gepflegte Bankverbindung zu schätzen.

NORDDEUTSCHE KREDITBANK
AKTIENGESELLSCHAFT
Hauptsitz: Bremen, Obernstraße 2 – 12, Telefon 3 60 11

Wird nicht die Aufgabe und Finanzierung eines neuen Platzes dem Lande Bremen und Niedersachsen erst nach etwa 20 Jahren möglich sein, wenn der jetzige Platz in seiner Kapazität ausgelastet ist, und Folgelasten anderer Lebensbereiche befriedigt sind?

Wird das Land Niedersachsen nicht gezwungen sein, den Flughafen Hannover bevorzugt auszubauen, wenn die Lufthansa im kommenden Jahr wegen der Nord/Süd-Verbindungen den „Knotenpunkt Hannover" einrichtet, um den „Knoten Frankfurt" zu entlasten?

Warum wird die Ochtum nicht verlegt und aus Sicherheitsgründen die neue Start- und Landebahn vorbereitet und gebaut?

Ist es nicht so, daß der, der die Augen vor der rasanten Entwicklung des Luftverkehrs mit Personen und Fracht verschließt, wirklich in Schilda lebt!

Auf diese drängenden Fragen im Interesse unserer Stadt und Region Weser-Jade erscheint uns die Antwort in der BBZ vom 31. 7. 1970 zu stehen in dem Artikel „Kein Air-Terminal". Die drei letzten Absätze lauten:

„Und der Flughafen selbst! Zur Zeit macht niemand das Kreuz für ihn gerade. Wer sich für den Flughafen einsetzt, läuft beinahe Gefahr, gesteinigt zu werden. Das ist doch kein Zustand. Eine Stadt ohne einen Flughafen, der seiner Zeit technisch voraus ist, kann heute auf die Dauer im Wettbewerb um die vorderen Plätze nicht mithalten. Da führt kein Weg dran vorbei!

Der Flughafen seinerseits macht aber auch nur sehr spärlich von sich reden. Der sogenannte Taschenflugplan, also das, was der fremde Tourist möglicherweise noch ein paar Tage oder Wochen in der Tasche behält, ist ein gar zu ärmliches Produkt.

Es gibt keine deutsche Flughafengesellschaft, die ein ähnlich spärliches Erzeugnis der Druckereikunst auf den Markt bringt. (Man sehe sich in Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln-Wahn um! Und man rede nicht von den wenigen Abflügen, die Bremen im Gegensatz zu diesen Größen des Flugverkehrs zu bieten hat)."

Der Verfasser dieses Artikels hat Mut bewiesen und die Dinge beim Namen genannt, was wir gern im Interesse der Aufgabe und Sache lobend herausstellen.

Zur Information sei weiter gesagt, daß unsere vielfältigen Bemühungen in den letzten Wochen und Monaten dazu geführt haben, daß das **„Bauzentrum Am Wall"** in nächster Zeit für alle Mitbürger zugänglich, Lärmschutzeinrichtungen ausstellen und Informationen vermitteln wird. Es besteht auch die Chance, daß das „Bauzentrum Berlin", das unseres Erachtens im Bundesgebiet am vorbildlichsten auf dem Lärmschutzsektor arbeitet, unter seinem Leiter, Herrn Branigk, ebenfalls unseren Mitbürgern zur Verfügung steht.

Weiter sei vermerkt, daß das Warten auf eine Bundesgesetzgebung doch kein Grund ist, Maßnahmen im Interesse der Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Platzes ruhen zu lassen (die geplante neue Start- und Landebahn wird davon nicht betroffen) oder will diese alte Freie Hansestadt sich selbst aufgeben?

Hat und bringt der Luftverkehr die Menschen nicht einander näher, wie es in der Vergangenheit nie in dem Umfang möglich war? Will unsere Stadt die schnelle kurze Verbindung zum Handelspartner, zum Mitmenschen irgendwo auf diesem Erdball langsam aufgeben?

Hochachtungsvoll

AUFBAUGEMENSCHAFT BREMEN

H. Offermann G. Iversen Dr. v. Einem

Verteiler:

Handelskammer Bremen
Handelskammer Oldenburg
Flughafen
Fraktionen SPD, CDU, FDP, NPD.
BEA, KLM, Lufthansa
Travel-Air, Diana
Verein f. Luftfahrt
Radio Bremen
Presse

Deutsche Hypothekenbank Bremen

Meininger gegründet 1862
Domshof 18-20 Telefon 32 01 71 Fernschreiber 02 44590

Verbriefte Sicherheit

Hypotheken
Kommunal-Darlehen
Kommunal-Schuldverschreibungen
Pfandbriefe

L. PETERSSEN
Inh. J. Christoffers
HÖLZER - BAUSTOFFE
BREMEN-AUMUND, Ruf: 66 90 29

Walter Kattenbusch
gegr. 1910
Dacheindeckungen, Gußasphaltbeläge jeder Art, Grundwasserabdichtungen
BREMEN, Graf-Haeseler-Str. 108, Ruf 49 23 33

Th. Pöpper
Bauglaserei
Bleiverglasung, Glasmalerei
BREMEN, Doventorsdeich 25
Ruf 31 17 30

Willi Meier
Bauklempnerei
Sanitär Anlagen
BREMEN
Katrepeler Straße 44/46
Ruf 35 25 50

Bremer Brunnenbau
Inh.: Johann Hugel
Bohrpfahlgründungen - Baugrunduntersuchungen
Sickerbrunnen
28 BREMEN
Kalmsweg 3 - Ruf 64 02 66

Ein Büro für Bürgerhilfe

Angst vor der Verwaltung abbauen — Neue Wege in Würzburg

Von Klaus Zeitler

Die Politik ist ein viel zu ernstes Geschäft, als daß man es allein den Politikern überlassen dürfte. Die Demokratie stellt jedem und überall politische Aufgaben. Das gilt besonders für die Kommunalpolitik. Herrschaft in der Demokratie ist aber Dienst am Bürger. Demokratie ist Vertrauen auf Zeit. Ein demokratischer Politiker, insbesondere ein Kommunalpolitiker, kann keine Politik ohne Vertrauen und Kritik, ohne Partnerschaft und Publizität treiben. Ähnlich wie der Sport mehr und mehr eine Sache der Profis wird und lediglich viele Zuschauer hat, haben sich auch in der Politik die Aktivität der wenigen und die Passivität der Vielen fast unüberbrückbar auseinanderentwickelt. Aufgabe gerade der Gemeinde ist es da, zur Erfüllung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensbedürfnisse ihrer Bürger beizutragen, Lasten und Vorteile unter den Bürgern gerecht zu verteilen und so der Wohlfahrt aller Gemeindebürger nach besten Kräften zu dienen. Zwischen Familie und Staat kommt damit der Gemeinde vor allem hinsichtlich der elementaren Lebensbedürfnisse eine bedeutsame Verantwortung zu. Das Leben in unseren Städten, insbesondere in den Großstädten, ist für viele Bürger in den letzten Jahren schwieriger und komplizierter geworden. Dem immer umfassender werdenden Verwaltungsapparat steht der einzelne in der Großstadt, aber auch in kleineren Städten und Gemeinden oft scheinbar ohnmächtig gegenüber. Die Folge davon ist: Viele Bürger scheuen den Weg ins Rathaus. Demoskopische Umfragen haben ergeben, daß die nicht selten anzutreffende Staatsverdrossenheit aus diesem scheinbaren Ohnmachtsgefühl des Staatsbürgers gegenüber der Verwaltung genährt wird. Das ist natürlich. Bleibt dem Bürger schon die Verwaltung seiner eigenen Heimatstadt fremd und undurchsichtig, wird man ihn kaum der Demokratie näher bringen. Das Verhältnis des einzelnen zu seiner Gemeinde, ihrem Oberbürgermeister oder Bürgermeister und ihrer Verwaltung ist daher ein wesentliches Element der Demokratisierung unseres Lebens.

Ein Mittel, die Kontaktfähigkeit zwischen Bürgern und Rathaus zu verbessern, ist in Würzburg in der Vergangenheit mit dem telefonischen Anrufbeantworter praktiziert worden. Die ersten Ergebnisse dieses Versuches mit der sogenannten „Eisernen Jungfrau" im Würzburger Rathaus liegen nun vor und können als durchaus positiv angesehen werden. Es handelt sich hier um einen telefonischen Kundendienst rund um die Uhr, also auch nach Dienstschluß, der den Bürgern Gelegenheit gibt, sich jederzeit an das Rathaus mit Fragen, Anregungen, Bitten und Wünschen zu wenden und damit auch das Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und ihnen verbessert. Im Amt für Öffentlichkeitsarbeit ist zu diesem Zweck ein automatischer Anrufbeantworter eingerichtet, bei dem die Einwohner insbesondere nach Dienstschluß ihre Wünsche, Anregungen, Sorgen und Probleme telefonisch vortragen können. Am nächsten Morgen wird das Band dieses Anrufbeantworters abgehört, die Wünsche der Bürger werden schriftlich fixiert und zur umgehenden Erledigung an die zuständige Dienststelle weitergeleitet. Eine solche Einrichtung ist Kundendienst der Verwaltung gegenüber dem Bürger. Sie kann übrigens auch zu rationellerer Arbeitsweise der Stadtverwaltung führen. Letztlich ist aber auch ein solcher automatischer Kundendienst nur ein Notbehelf.

Die meisten Menschen würden sich viel lieber an einen Berater wenden, an einen Mann ihres Vertrauens, dem sie sagen können, was sie bedrückt und was ihnen Schwierigkeiten macht, wenn sie in einer schwierigen Lebenslage sind. Das sollte ein Mann sein, der die Sache, die ihm vorgetragen wird, objektiv beurteilen und auch Sympathie und Verständnis für die Ratsuchenden aufbringen kann. Manche Menschen besitzen diese Fähigkeit und sind dadurch für Freunde und Nachbarn eine große Hilfe. Doch in schwierigen Lebenslagen sind oft besondere Kenntnisse nötig, um einen Ausweg aus einer bedrängten Situation zu finden. Dem will das neu eingerichtete Beratungsbüro in der Würzburger Stadtverwaltung entgegenkommen.

Es ist in erster Linie ein Dienst, den jeder in Anspruch nehmen kann, eine Art Bürgerhilfe. Das Büro für Bürgerhilfe ist eine Stelle, an die man sich wendet, wenn man aus einer schwierigen Situtation keinen Ausweg mehr sieht. Jedermann muß sich an dieses Büro wenden können, ohne das Gefühl haben zu müssen, er werde sich durch diesen Gang auf das Rathaus etwas vergeben. Dieses Büro wurde von Bürgern für Bürger geschaffen und ist im direkten Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters eingerichtet worden. Wenn das Büro für Bürgerhilfe als Clearingstelle für die vielen Probleme des Bürgers Erfolg haben will, wenn es Rat und Hinweise für die Lösung vieler Fragen unseres Lebens geben soll, muß es unabhängig von den verschiedenen Referaten der Verwaltung arbeiten können, wie das zum Beispiel für den gesamten Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gilt, zu der das Büro für Bürgerhilfe im weiteren Sinne gehört. Dieses Büro für Bürgerhilfe erstmals versuchsweise in einer deutschen Großstadt, nämlich in Würzburg gebildet, stellt einen Versuch des Beratungs- und Kundendienstes in der Kommunalverwaltung dar, das sein Vorbild in englischen Büros ähnlicher Art, den sogenannten Citizen-Advice-Büros, hat.

In Großbritannien gibt es Bürgerberatungsbüros in fast allen Städten über 10 000 Einwohnern in England, Schottland, Wales und Nordirland. Bürgerberatungsbüros findet man in Industriestädten genauso wie in kleineren Städten mit ländlichem Charakter. Allerdings verwalten sich diese Büros in Großbritannien selbst. Sie haben ihre eigene Finanzgebarung und sind auch allein für ihre Entscheidung, Ratschläge und Hilfestellungen verantwortlich. Dennoch sind auch in England die sogenannten Citizen-Advice-Büros Teil einer allgemein staatlichen Einrichtung und beziehen von dort gewisse Richtlinien und Anregungen für die zu leistende Arbeit. Die englischen Verhältnisse sind auf die deutsche Situation nicht voll übertragbar. In Würzburg mußten wir bei der Gründung eines solchen Bürgerberatungsbüros einen anderen Weg gehen. Wir machen dieses Büro für Bürgerhilfe bewußt zu einem Institut der kommunalen Leistungsverwaltung, zu einer Kundendiensteinrichtung für den Bürger unserer Stadt. Entscheidend ist, daß dieses Büro bei den Institutionen unserer pluralistischen Gesellschaft Vertrauen findet, vor allem bei den Einrichtungen der Kirchen, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der paritätischen Wohlfahrtsverbände usw. Deshalb wäre es gut, wenn dieses Büro über kurz oder lang einen Beirat erhalten könnte, in dem diese Einrichtungen vertreten wären und so gemeinsam mit dem kommunalen Büro für Bürgerhilfe die Verantwortung für den Erfolg dieser Arbeit übernehmen würden. Zur Zeit sind wir jedoch noch nicht soweit.

Entscheidend ist, daß das Büro frei bleibt von politischen, religiösen oder parteipolitischen Einflüssen. Wichtig erscheint mir auch, daß die Bürger, die dieses Büro aufsuchen, das Gefühl haben, dort nicht einen typischen Beamten um Rat zu ersuchen, sondern einer Art Sozialingenieur begegnen, einem Mann, der ihnen hilft, wenn er kann und ihnen genauso deutlich sagt, daß er keine Möglichkeit zur Hilfe hat, wenn es so ist. Selbstverständlich ist das Büro unentgeltlich tätig und zieht keinerlei materiellen Nutzen aus seiner beratenden Tätigkeit. Möglicherweise kann im Laufe der Zeit daran gedacht werden, neben den festbezahlten beamteten Mitarbeitern dieses Büros auch freiwil-

lige Mitarbeiter zu beschäftigen — ich denke hier etwa an pensionierte Beamte, an Referendare oder auch an Studenten — die in irgendeiner Form sozial Bedrängten, auf der Schattenseite des Lebens stehenden Bürgern, helfen wollen.

Das Büro für Bürgerhilfe will nicht nur reine Informationsstelle oder Informationsquelle sein, sondern es soll individuell im Interesse der Bürger, die es um Rat und Hilfe aufsuchen, arbeiten. Fragen, die außerhalb des Aufgabenbereichs eines solchen Büros liegen, werden von diesem Büro nicht gelöst werden können.

In einem gut geleiteten Büro wird man diese Grenzen sofort erkennen. Der Ratsuchende muß das Gefühl haben, daß man ihn und seine Probleme ernst nimmt, damit er Vertrauen zu diesem Bürgerbüro gewinnt. Man wird auch darauf achten müssen, daß die Öffnungszeiten dieses Büros ausreichend sind und so auch Rücksicht auf die Berufstätigkeit der Ratsuchenden genommen wird. Der Erfolg des Büros hängt davon ab, daß Ratsuchende und Berater in einen menschlichen Kontakt kommen und die Beratungen und Besprechungen auf einer Basis gegenseitigen Vertrauens geführt werden. Auf klare Fragen müssen klare Antworten gegeben werden. Der Ratsuchende soll jedoch stets deutlich darauf hingewiesen werden, daß das Büro keine bindenden Rechtsauskünfte erteilen kann. Überall dort, wo Rechtsanwälte, Rechtsbeistände oder Juristen zur Klärung eines Falles notwendig sind, muß der verantwortliche Beamte des Bürgerberatungsbüros den Ratsuchenden deutlich auf die Situation hinweisen und ihm raten, z. B. einen Rechtsanwalt aufzusuchen, der seinen Fall etwa vor Gericht vertreten kann.

Wichtig erscheinen mir bei der Arbeit dieses Büros für Bürgerhilfe folgende Gesichtspunkte:

1. Jedes Gespräch zwischen Beratendem und Ratsuchendem muß in einem freundlichen und höflichen Ton geführt werden.

2. Die Persönlichkeit und die Verhältnisse des Ratsuchenden sind im Einzelfall für die Lösung seiner Probleme genauso wichtig, wie das Objekt seiner Frage und seiner Probleme selbst.

3. Zu einem guten Beratungsgespräch gehören für den Raterteilenden Beobachtungsgabe, aufmerksames Zuhören und Interesse an dem Problem, das ihm vorgetragen wird. Es darauf zu achten, daß möglichst wenig überflüssige Fragen gestellt werden und unnötige Fragekomplexe im Zusammenhang des Gesprächs nicht erörtert werden.

4. Der Beratende soll sich jederzeit um Objektivität bemühen. Daß Sympathie und Antipathie bei der Beratung keine Rolle spielen dürfen, ist selbstverständlich.

5. Es versteht sich auch von selbst, daß jede Beratung streng vertraulich zu behandeln ist und vor Zuziehung einer dritten Person oder anderer Dienststellen ausdrücklich die Erlaubnis des Ratsuchenden eingeholt werden muß, einen Dritten mit seinen Problemen zu befassen.

Die erfolgreiche Arbeit des Büros für Bürgerhilfe steht und fällt mit der personellen Besetzung dieses Büros. In Würzburg ist ein Beamter des gehobenen Dienstes mit Interesse für soziale Fragen für diese Arbeit vorgesehen. Wichtig ist, daß die Beratenden genaue Kenntnis darüber haben, welche Ressorts für die Lösung des Einzelfalles zuständig sein können. Auch wenn dem Ratsuchenden stets klar sein muß, daß den Möglichkeiten zur Hilfe durch das Büro für Bürgerhilfe Grenzen gesetzt sind, kann es für den Ratsuchenden im Einzelfalle bereits eine große Hilfe bedeuten, wenn er durch das Bürgerberatungsbüro beispielsweise telefonisch mit der Stelle verbunden wird, die für die Lösung seines Problems zuständig ist. Bei schwierigeren Fällen kann ein Briefwechsel zwischen Bürgerberatungsbüro und zuständiger Dienststelle des Bundes, des Landes oder der Gemeinde ein wichtiges Bindeglied für die Arbeit des Büros für Bürgerhilfe, dem Ratsuchenden und den staatlichen und privaten Stellen sein.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Bürgerberatungsbüros in England erfolgreiche Arbeit leisten. Es ist kein Grund einzusehen, weshalb wir unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in Deutschland und speziell in Bayern — einem Land mit großer kommunaler und rechtsstaatlicher Tradition — von diesen Möglichkeiten keinen Gebrauch machen sollte. Der Weg wird in der angedeuteten Richtung versuchsweise beschritten. Es wird nach Ablauf einer gewissen Zeit über Erfolg oder Mißerfolg der Bemühungen berichtet.

Das hat uns groß gemacht

Finanzkraft
Erfahrung
Sicherheit

Immer, wenn's um Geld geht

DIE SPARKASSE IN BREMEN
LANDESBAUSPARKASSE BREMEN

»Der Grüne Kreis« Bremen

Stiftung Spazierengehen e. V.

Vieles ginge besser, wenn man ginge — Mache deshalb mit und gehe mit!

Unser modernes Leben hat uns zu Menschen gemacht, denen die gesunderhaltende und glücklichmachende Körperarbeit fehlt.

Auto, Straßenbahn und Aufzug nehmen uns die kleinsten Wege des Alltags ab; Maschinen im Haushalt und im Beruf ersetzen unseren körperlichen Einsatz und verlangen nur noch Betätigung von Knöpfen.

Wer sich dann auch in seiner Freizeit nicht ausreichend bewegt, der schaltet seinen Körper fast vollkommen aus.

Unsere Bequemlichkeit — zum Teil durch den allgemeinen Wohlstand hervorgerufen — wird in stets zunehmendem Maße zum Feind unserer körperlichen und geistigen Gesundheit. Durch Bewegungslosigkeit hervorgerufene Zivilisationsschäden nehmen immer stärker überhand; an der Spitze aller Todesursachen stehen bereits heute die Kreislauferkrankungen mit 48 Prozent.

Durch mangelnde Bewegung muß unser Körper zwangsläufig erkranken; darunter leidet dann auch der Geist und damit die Leistungsfähigkeit des gesamten Menschen. Anstatt die gewonnenen Lebensweisheiten und Berufserfahrungen zu nutzen, werden wir mehr und mehr zu Tablettenschluckern, zu Sesselsitzern und schließlich sogar zu Krankenbett-Hütern. Sehr, sehr viele Menschen altern heute frühzeitig: aber nicht durch überforderte Arbeitsleistung, sondern durch falschen Lebensgenuß.

Der Mangel an körperlicher Betätigung kann nur durch geeigneten Sport behoben werden. Sport staubt uns äußerlich und innerlich ab; die Bewegung in der Natur, in Sonderheit das Spazierengehen, erhält unseren körperlichen und geistigen Zustand jung und vital, elastisch und frisch. Spazierengehen ist ein vorzüglich vorbeugendes Mittel gegen Krankheitsanfälligkeit; es verbessert die Arbeitsweise aller Organe einschließlich des Zentralnervensystems.

Auch die meisten Jugendlichen treiben keinen Sport und vermeiden jeden Schritt. Das Resultat ist offensichtlich: der schlechte Gesundheitszustand unserer Wehrpflichtigen ist bekannt; die jungen Rekruten sind viel anfälliger als früher, nervöse Magenstörungen und Kreislauferkrankungen treten häufig schon in jungen Jahren auf.

Präsident Kennedy sagte einmal zu amerikanischen Sportlern: „Um zwei Soldaten zu bekommen, müssen sieben einberufen werden. Davon fallen drei wegen körperlicher und zwei wegen geistiger Untauglichkeit aus. Wir sind als Nation körperlich und sportlich zu wenig durchgebildet. Wir schauen zu, statt Sport zu treiben, und fahren Auto, statt zu gehen." Ohne Zweifel gilt das ebenso für die Bundesrepublik.

Leider ist es bisher im großen und ganzen meistens bei theoretischen Erörterungen geblieben. Doch scheint sich allmählich die Erkenntnis durchzusetzen, daß es nur noch die Hälfte der Krankheiten gäbe, wenn jeder täglich 1—2 Stunden spazieren ginge. Im englischen Innenministerium wurde kürzlich angeordnet, daß für eine Entfernung bis zu 3 km nur noch in dringenden Fällen von höheren Beamten ein Dienstwagen benutzt werden darf; täglich sollen außerdem 5—6 km in scharfem Gehtempo zurückgelegt werden. In neuen Richtlinien für US-Diplomaten heißt es, daß jeder Diplomat auf sein Gewicht achten soll und statt des Fahrstuhles die Treppe benutzen muß.

Das sollen und müssen wir hören: Die Freizeit ist heute gefährlicher als die Arbeitszeit. Es gibt mehr Erkrankungen, hervorgerufen durch Nichtstun, als Krankheiten durch Arbeitsüberlastung. Was nutzt uns aller Wohlstand, was hilft uns alle Bequemlichkeit und alles Geld, wenn wir körperlich und geistig erkranken.

Deshalb fordern wir Sie auf: Essen Sie vernünftig, trinken und rauchen Sie wenig, schlafen Sie ausreichend und gehen Sie viel spazieren.

- **Spazierengehen** ist ein erster Schritt, die Nachteile der Technik zu umgehen.
- **Spazierengehen** ist ein erster Schritt, die Trägheit zu überwinden, die körperliche ebenso wie die seelische und geistige.
- **Spazierengehen** ist ein erster Schritt, der jedem täglich oder zumindest regelmäßig möglich ist. Es bedarf nur einer kleinen Forderung an sich selbst.
- **Spazierengehen** erlöst und befreit von kleinen und großen Sorgen. Konflikte, Unzufriedenheit, Kummer und Ärger gehen auf dem Wege in Gottes freier Natur verloren. Selbst das „Gehen im Regen" ist für Ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden viel besser und auch billiger, als das „Gehen im Sonnenschein" zum Arzt oder Apotheker.

Die „Stiftung Spazierengehen" wurde im Mai 1963 von Herrn Dr. Georg von Opel ins Leben gerufen, u. a. waren Gründungsmitglieder:

Dr. Bruno Heck, Josef Hermann Dufhues, Dr. Kurt Georg Kiesinger, Dr. Werner Endress, Dr. Karl Blessing, Dr. Karl Klasen, Dr. Ernst Fromm, Prof. Dr. Nöcker, Wolf Schmidt, Dr. Wilhelm Garbe, Sepp Herberger und Prof. Dr. Reindell.

Ein kleines, dort beziehbares Abzeichenheft, in das man die Spaziergänge einträgt, weckt in den Teilnehmern den Ehrgeiz, mehr zu gehen; vor allem, wenn man das Ziel eines bronzenen Schuhes für 100 Stunden Spazierengehen, eines silbernen für 200 Stunden und eines goldenen für 300 Stunden erreichen will. Der Interessent erreicht die Beteiligung durch die Einsendung eines mit einer 20-Pfennig-Briefmarke freigemachten und mit seiner Anschrift versehenen Rückantwortumschlages und der gleichzeitigen Beifügung eines Unkostenbeitrages von 40 Pfennigen in Form von Briefmarken. Daraufhin bekommt der Teilnehmer ein Abzeichenheft, gültig für 12 Monate, geschickt, in das er die Dauer der Spaziergänge in zeitlicher Reihenfolge einträgt.

Denken wir stets daran:

„Ein starker Körper gehorcht,
ein schwacher Körper befiehlt."

Der „Grüne Kreis Bremen", 28 Bremen 1, Katharinenklosterhof 8/10, sendet gern ein Abzeichenheft zum „Goldenen Schuh".

Der Grüne Kreis Bremen — Bremen, 14. 7. 1970

An den Arbeitsausschuß
Europäisches Naturschutzjahr beim
Senator für Inneres

Sehr geehrte Herren!

Unter Bezugnahme auf die letzte Besprechung des Arbeitskreises vom 19. 6. 70 stellt „Der Grüne Kreis Bremen" zur Verfügung:

1. den Eindruck der Fußzeile für 400 Plakate,
2. 5000 St. „Grüne Charta von der Mainau" für Lehrer der bremischen Schulen, restl. Exemplare für Schüler, die bereit sind, eine besondere Arbeit zu übernehmen.
3. 800 St. „Stiftung Spazierengehen" für alle Lehrer, überzählige Exemplare für Schüler. Auf Wunsch kann später eine Nachforderung an uns gerichtet werden.
4. für alle Schulen den Sonderdruck aus „Der Aufbau" „Wie werden wir weiterleben?" von Prof. Pflug, Technische Universität Aachen.
5. für alle Schulen den Sonderdruck „Salz zerstört unsere Umwelt".

Mit freundlichen Grüßen
„Der Grüne Kreis Bremen"

Der Senator für Inneres — Bremen, 31. Juli 1970

An den
Grünen Kreis Bremen

Betr.: Europäisches Naturschutzjahr 1970

Sehr geehrter Herr Iversen!

Mit Schreiben vom 14. 7. 70 teilten Sie mir mit, daß der Grüne Kreis den für den Schülerwettbewerb vorgesehenen Aufdruck auf die Plakate des Europarates inzwischen vorgenommen habe und darüberhinaus eine größere Anzahl von geeigneten Druckschriften für den Schülerwettbewerb bereitstelle. Gemäß einer Absprache mit Ihnen werden die Plakate und Druckschriften von dort direkt dem Senator für das Bildungswesen zugeleitet.

Ich darf mich, auch im Namen des Arbeitsausschusses für das Europäische Naturschutzjahr 1970, für Ihre tatkräftige Unterstützung des Schülerwettbewerbes recht herzlich bedanken.

Im Auftrag gez. Specht

Vorträge: Europäisches Naturschutzjahr 1970

2. 10., 20 Uhr, Gr. Saal Haus Schütting
Kann das Klima in der Stadt reguliert werden?
Redner: Dr. A. Bernatzky, Frankfurt/Main

9. 10., 20 Uhr, Festsaal des Rathauses
Die europäische Küste als Kampf- und Lebensraum
Redner: Prof. Dr. Dr. R. Tüxen, Rinteln

13. 11., 20 Uhr, Festsaal des Rathauses
Landschaft und Freiraum im techn. Zeitalter der Zukunft
Redner: Prof. Dr. Olschowy, Bad Godesberg

24. 11., 20 Uhr, Festsaal des Rathauses
Festversammlung
„25 Jahre Aufbaugemeinschaft Bremen"
Redner: Prof. Dr.-Ing. W. Wortmann, Hannover

5. 12., 17 Uhr, Vortragssaal im Focke-Museum
Der Mensch in der Natur von morgen
Redner: Friedrich Leo, Bremen-Vegesack

peinemann+sohn PS

Bauklempnerei · Sanitär-Technik
Metall-Leichtbeton-Fensterbankbau
Lüftungs- + Klima-Technik

Bremen Tel.: 45 01 01 (04 21)
Bremerhaven Tel.: 2 22 22 (04 71)
Hamburg Tel.: 5 27 40 43 (04 11)

Isoschaum SCHAUM-CHEMIE

Die neuzeitliche Isolierung für freie Rohre sowie Heizungsschlitze, Wände und Decken zur Vermeidung von Wärmeverlust und Schallübertragung

Ausführung und Beratung durch

NEUE BAUSTOFFE HOTING & CO.
NEBA-AKUSTIK · BREMEN
Industriehafen 55 - Ruf 64 02 21

DCI

DEUTSCHE CEMENT-INDUSTRIE
H. KELLNER & CO.
GEGRUNDET 1891

STAHLBETONBAU · BETONSTEINWERK · SPANNBETON

- Coloment-Gartenplatten
- Betonwaren für den Straßenbau
- Weißbeton
- Waschbeton
- Montagetreppen
- Betonwerkstein
- Spannbeton
- Stahlbetonfertigteile
- Rammpfähle

Verwaltung: Bremen, Außer der Schleifmühle 65 - Fernruf 32 05 45
Werk Industriehafen: Südweststraße

UMSCHAU

Erhöhung der Haushaltsmittel für Naturschutz

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat für das Rechnungsjahr 1970 die Haushaltsmittel für den Naturschutz und die Landschaftspflege sowie für Naturparke und bevorzugte Erholungsgebiete beträchtlich erhöht. Das wird durch folgenden Vergleich der Ansätze des Vorjahres mit denen für 1970 deutlich:

Zweckbestimmung	Ansatz 1969 DM	Ansatz 1970 DM
Maßnahmen zum Schutz und zur Forderung von Landschaftsschutzgebieten	150 000	1 Mio
Förderung von Maßnahmen der Landschaftspflege	150 000	1,25 Mio und Bindungsermächtigung bis zu 250 000
Förderung von Naturparken und bevorzugten Erholungsgebieten	1 Mio	2 Mio

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat ferner sieben neue Stellen des wissenschaftlichen Dienstes — Vergütungsgruppe II a BAT — zur Unterstützung der vorhandenen sieben hauptamtlich tätigen Bezirksbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege gebilligt. Der festgestellte Haushaltsplan sieht außerdem im Kapitel „Naturschutz und Landschaftspflege" die Einrichtung eines zweiten Referats im Ministerium für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten (oberste Naturschutzbehörde) vor.

Macht den Dollart zum internationalen Naturreservat!

Deutsche und holländische Naturschutzstellen fordern nachdrücklich, einen Teil des Dollarts vor der Emsmündung zum Naturschutz- und Wildschutzgebiet zu erklären. Diese Forderung wird insbesondere seitens des Internationalen Rates für Vogelschutz (Deutsche Sektion) für das „Europäische Naturschutzjahr 1970" erhoben. Bisher existieren derartige „bilaterale", über Ländergrenzen hinwegreichende Reservate in Form des Deutsch-Luxemburgischen Naturparks und des Naturreservates Taubergießen am Oberrhein. Die Erklärung eines deutschen Gebietes am Dollart zum Schutzgebiet könnte ein wertvoller Beitrag zum Europäischen Naturschutzjahr 1970 werden.

Der Dollart ist in der Kette der großen europäischen Wasser- und Sumpfvogelrastplätze ein wichtiges Glied: In diesem Gebiet kann man zur Zugzeit 80 000—100 000 Vögel gleichzeitig feststellen, unter denen vor allem die Gänse und der Säbelschnäbler bedeutende Vogelarten in großen Mengen sind. Erforderliche Maßnahmen zur Sicherung dieses international bedeutsamen Gebietes, von dem auf holländischer Seite ein Teil bereits unter Schutz steht, wären die Einschränkung der Jagd auf Wasservögel und die Erklärung zum Naturschutzgebiet. Dieses wären auch die Voraussetzungen zur dann sicherlich erfolgenden Anerkennung als offizielles „Europa-Reservat".

Zwangsabtretung zugunsten der Erholung

In Bayern trat ab 1. April 1970 eine Gesetzesänderung in Kraft, die besagt, daß Zwangsabtretungen für Schaffung freier Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten, Anlage von Wanderwegen und Erholungsparks sowie Bereitstellung von See- und Flußufergrundstücken für öffentliche Badeanlagen möglich sind.

Geld zum Bauen - Geld von uns

Wir gewähren langfristige Hypothekendarlehen für den Wohnungsbau mit gleichbleibenden Bedingungen über die gesamte Laufzeit. Seit 1950 haben wir rd. 455 000 Wohnungen im gesamten Bundesgebiet mitfinanziert. Unser Hypothekenbestand beläuft sich auf über 3 Milliarden DM.

Für öffentliche Investitionen im Zusammenhang mit dem Wohnungs- und Städtebau geben wir Kommunaldarlehen, die bereits die Gesamtsumme von 1,56 Milliarden DM erreicht haben.

Wir übersenden Ihnen gern Informationsschriften zu Ihrer Unterrichtung und zur Beratung Ihrer Kunden.

Fordern Sie diese bitte kostenlos und unverbindlich bei uns an.

Deutsche Pfandbriefanstalt

Hauptverwaltung **Wiesbaden** - Paulinenstraße 15 - Tel. (0 61 21) 3 60 11
Zweigstelle **Hamburg** - An der Alster 22 - Tel. (04 11) 24 23 79 / 24 08 61
Repräsentanz **Hannover** - Am Schiffgraben 21 - Tel. (05 11) 2 20 37 / 2 20 67

Weitere Außenstellen in Berlin - Essen - Freiburg i. Br. - Kaiserslautern - Kiel - München - Stuttgart

Wozu eine Bundeszuständigkeit für den Naturschutz

Die Bundesregierung hat dem Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes zur Stellungnahme zugeleitet. Danach soll die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für den Naturschutz und die Landespflege in den Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung übernommen werden.

Professor Dr. Bernhard Grzimek, der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten des Naturschutzes, nahm zur Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für Naturschutz und Landschaftspflege wie folgt Stellung:

1. Kein Geld für den Naturschutz

Als Sofortmaßnahme konnten aus Mitteln des Bundeskanzleramtes noch für 1970 eine halbe Million DM für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege bereitgestellt werden. Das Geld war vorhanden. Die Verwendung der Mittel scheiterte allein am Einspruch des Bundesfinanzministers, der sich bei seiner Ablehnung in erster Linie darauf berief, daß die Bereitstellung von Finanzmitteln durch den Bund für dringlichste Maßnahmen im Naturschutz und in der Landschaftspflege in die Zuständigkeiten der Länder eingreifen würde.

2. Fehlendes Bundesrecht unterstützt den Massenvogelfang in Italien

Im Naturschutz-Landesrecht ist allgemein der Passus enthalten, daß die Einfuhr bei uns geschützter Vögel nur mit Erlaubnis der Obersten Naturschutzbehörden der Länder möglich ist. Diese Genehmigungspflicht wird laufend umgangen, da die Einfuhr mehrerer zehntausender Singvögel zum Zwecke der Haltung aus den verschiedensten Staaten, vor allem auch aus Italien, weder an den Bundesgrenzen noch auf den Flughäfen überwacht wird. Da keine Bundesbestimmungen vorhanden sind, ist für den Zoll (eine Bundesbehörde) keine Möglichkeit für die unbedingt notwendige Kontrolle gegeben. Wir wenden uns gegen den Massenfang der Millionen Singvögel in Italien und Belgien, bieten aber durch eine fehlende bundesrechtliche Regelung sogar noch einen Anreiz für den bei uns geschmähten Vogelfang.

3. Will die Bundesrepublik weiterhin eine untergeordnete Rolle im internationalen Naturschutz spielen?

Wir haben jetzt — endlich — eine Phase der Internationalisierung im Natur- und Umweltschutz vor uns. Es kommt eine Reihe internationaler Vereinbarungen auf uns zu. Hier stellt sich die Frage, die auch die Juristen beschäftigt, ob die Bundesrepublik überhaupt drei im Augenblick ausstehende internationale Naturschutzkonventionen unterzeichnen kann, wenn die Länder für diese Materie die alleinige Ausführungs- und Verwaltungskompetenz besitzen. Der Bund muß aber den Partnerstaaten der Konvention die Ausführung der einzelnen Bestimmungen garantieren.

4. Auf meine Bitte hat soeben Infratest-München eine repräsentative Meinungserforschung bei den deutschen Bundesbürgern abgeschlossen (23. 5. 1970). Die Frage lautete: „Sollte nach Ihrer Meinung der Schutz der Natur, die Entgiftung von Luft und Wasser, die Rettung des Lebensraumes durch ein einheitliches Bundesgesetz oder durch Gesetze der einzelnen Länder geregelt werden?" 84 v. H. der Befragten waren für die volle Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes, 16 v. H. für elf verschiedene Ländergesetze.

Diese vier Beispiele aus einer Fülle von weiteren zeigen, wie notwendig die bundeseinheitliche Gesetzgebung ist und daß der Bund für gewisse Fragen eine eigene Organisation errichten muß. Schließlich sind weder unsere Landschaft noch unsere Tier- und Pflanzenwelt willkürlich in elf verschiedene Bereiche der Bundesländer zu unterteilen. Es geht dann schließlich auch um einheitliche Organisationsformen und vor allem auch um einheitliche Strafbestimmungen, denn es geht z. B. nicht, daß ein Staatsbürger für ein Naturschutzvergehen in einem Bundesland anders bestraft wir als im anderen.

(Deutscher Naturschutzring e. V. Nr. 71)

Joh. Holtz & Co.
Aufzüge und Hebezeuge jeder Art
STAHL AUFZUG
BREMEN-HORN
Leher Heerstraße 84
Tel. 23 60 19

ROM
HEIZUNGSTECHNIK
BLOCKHEIZUNGEN
LÜFTUNGS- UND KLIMATECHNIK
FERNWÄRMEVERSORGUNG
RUD. OTTO MEYER
BREMEN · Neustadtswall 61 · Telefon 50 40 81

Robert Meyer KG
Werkstätten für dekorative Malerei
28 Bremen, Tannenbergstr. 9
Telefon 44 83 83 · 44 39 47

Das seit Jahrzehnten bekannte Fachgeschäft
für Qualitätsarbeiten und gute Fachberatung

Die Linde von St. Blaise - Lehren aus ihrer Fällung

Von M. Maurer

Aus: Bauzeitung 1/70

Wir berichteten in der letzten Ausgabe auf dem „Schwarzen Brett", daß in St. Blaise/Schweiz eine sehr alte Linde gefällt werden sollte. Dies ist in der Zwischenzeit auch bereits geschehen, leider! Der Präsident der Schweizerischen Dendrologischen Gesellschaft begründete die Freigabe der Fällung mit der Überzeugung, daß die Standsicherheit des Baumes nicht mehr gegeben war. Wir glauben gern, daß diese Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen gefällt wurde. Jedoch bleibt bei wohlwollender Würdigung der angegebenen Begründung ein unbehaglicher Rest — nämlich die Frage: Hätte es technisch nicht doch Möglichkeiten gegeben, einen so alten Baum-Veteranen (wahrscheinlich 500 Jahre) zu retten, d. h. wieder standsicher zu machen? Die Kostenfrage bewegt sich auf einer anderen Ebene; sie ist, wie das Beispiel der Kunigundenlinde*) zeigt, ohne weiteres zu lösen. Lernen wir deshalb, was aus diesem Fall, der täglich sich wiederholt an allen Orten, zu lernen ist. Wir geben dazu, Herrn Maurer das Wort. Die Redaktion

Diese alte Linde ist nun gefällt worden; wie es hieß, weil sie nicht mehr standsicher war. Linden sind in ihrem Alter immer hohl, was für viele Menschen das Kriterium für ihre Entfernung ist. Solange aber eine alte Linde noch über genügend Blätter und über ein ausreichendes Nahrungseinzugsgebiet verfügt, wächst und verstärkt sie ihren Holzkörper von Jahr zu Jahr. Somit kann sogar eine bedrohte Standfestigkeit wiedergewonnen werden.

Richtige baumchirurgische Maßnahmen können bewirken,

- daß das Werk der holzzerstörenden Pilze auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird;
- daß der Baum neue Kräfte sammelt;
- daß dadurch seine Gesundheit und seine Standkraft sich verstärkt.

Dem Einwand, der Baum fiele um, kann man entgegnen, daß er dies längst getan haben müßte. Denn das vom Pilz befallene, dem Laien oft noch gesund erscheinende Holz besitzt keine lebenden Holzfasern mehr. Nur letztere aber sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Standfestigkeit eines Baumes. So helfen auch wohlmeinende Vorschläge, hohle Bäume auszubetonieren, der Standfestigkeit nichts, mögen sie auch von auf ihrem Gebiet guten Fachleuten stammen, Botanikern, Dendrologen usw. Diese sind ja auf dem Gebiet der Baumchirurgie Laien.

Baumchirurgie jedoch ist eine Arbeitsdisziplin für sich. Sie besteht aus gediegenem Wissen und fachlich einwandfreiem Können. Jedoch wird sie leider noch an keiner europäischen Schule gelehrt! Ausmauerungen von Bäumen sind das Schlimmste, was man einem Baum antun kann; nur wenn völlig gesundes Holz rundum ansteht, wenn die Rinden der Höhlungsränder in Saftstromebene liegen, können sie von einem Fachmann durchgeführt werden. Sonst aber fördert man durch solche Maßnahmen das den Pilzen zuträgliche Lebensklima, erhöht die Chancen der Pilzvermehrung und damit die Holzzerstörung. Dadurch schwächt man Gesundheit und Standkraft des Baumes, dessen Widerstand gegen die Schädlinge erlahmt.

Nun aber ist die Linde gefällt. Wozu also noch lange hadern? Wenn diese Baumfällung eine Lehre sein soll, ist sie das Opfer wert. Was aber daraus gelernt werden soll, gilt nicht nur für die Schweiz, sondern für alle mitteleuropäischen Länder, insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland in bezug auf ihre Naturdenkmale:

- Auf Flächen, auf denen Bäume als Naturdenkmale stehen, darf weder der Wurzelgrund, noch der Grundwasserzug gestört werden.
- Die Flächen unter den Bäumen dürfen weder abgegraben, noch angefüllt oder überfüllt werden.
- Die gesamte Standfläche ebenso wie benachbarte Wege oder Straßen dürfen weder geteert, noch zementiert oder mit sonst einem undurchlässigen und wasserabweisenden Belag bedeckt werden.
- Auftausalze dürfen auf dieser Fläche im Winter auf keinen Fall zur Anwendung gelangen.
- Alle Pflegemaßnahmen, gleich welcher Art, sollten nur von einem, von den Höheren Naturschutzbehörden geprüften Baumchirurgen ausgeführt werden.

*) Ein „tausendjähriger Baum" bei Burgerroth, Ldkr. Ochsenfurth (Baumzeitung 3/70)

RENKEN-WERK BREMEN

HOLZVERARBEITUNG · BREMEN, POSTFACH 674

RUF: 38 20 49, 38 77 73

LIEFERT UND BAUT EIN: Fenster, Türen, Treppen; Ladeneinrichtungen nach dem Baukastensystem; Inneneinrichtungen unter Verwendung aller Edelhölzer

LENZ - BAU

AKTIENGESELLSCHAFT

HOCHBAU INGENIEURBAU TIEFBAU

BREMEN
28 BREMEN 2
Brüggeweg 54
Postfach 8160
Telefon *45 01 54

Woher soll das erforderliche Geld kommen? Von dort, wo man es hat, um letztlich unsinnige Maßnahmen zu finanzieren. „Wer gutes Neues will aufbauen, soll erst am guten Alten sich erbauen." In der Bundesrepublik brachte der Landkreis Recklinghausen für die Erhaltung der ältesten, noch grünen Eiche mit einem Umfang von 14 Metern 19 000 DM auf. Der Bischof von Münster stiftete 5000 DM „zur Erhaltung eines einmaligen Kulturdenkmals aus germanischer Zeit". Für die Kunigundenlinde kamen durch Spenden über 5000 DM zusammen. Diese Beispiele könnten fortgesetzt werden.

- Was ist für die Erhaltung von Naturdenkmalen zu fordern? Naturdenkmale müssen wirklich geschützt werden, Sie dürfen nicht dem Unwissen oder der Laune subalterner Beamter oder nicht fachlich genügend informierter Naturschutzbehörden ausgeliefert sein. Dazu gehört vor allem das dumme Gerede von dem angeblich „nutzlosen Holz". Wie schnell ist man bereit, solche Zeugen der Kultur- und Gemeindegeschichte kurzerhand aus dem Denkmalbuch auszuradieren!
- Nicht jeder Baumpfleger darf sich selbst zum Baumchirurgen befördern. Auch kein so wohlmeinender Laie soll sich an solchen Bäumen versuchen.
- Sachverständige für Naturdenkmale und Bäume müssen wirklich solche sein, d. h. wirklich etwas von Baumchirurgie und Naturdenkmalen verstehen und nicht durch Empfehlungen Wohlgesinnter dazu bestellt werden.
- Es müßte endlich klargestellt werden, wem ein Naturdenkmal gehört: einer Behörde?, einem zufälligen Eigentümer? oder der Allgemeinheit! Die Möglichkeit, gegen Sünder, gegen die Naturschutzgesetze, ggf. auch gegen fahrlässige Behördenbedienstete, gerichtlich vorzugehen, müßte erweitert werden. Dabei spielt die Forderung auf Kostenersatz eine wesentliche Rolle.
- Die Kompetenzen der Naturschutzbeauftragten gegenüber ihren Naturschutzbehörden müßte wesentlich erweitert bzw. gestärkt werden.

Dieses alles wären Gesichtspunkte und Fragen, an deren Lösung mitzuhelfen das ausgerufene ENJ 1970 eine besondere und lohnende Gelegenheit bietet.

Trinkwasser aus dem Harz

Vor kurzem verlautete aus dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aus besonderem Anlaß, welche großen Erwartungen an den noch nicht völlig ausgeschöpften Wasserschatz des Harzes gestellt werden. In nur wenigen Jahrzehnten wird nach diesen Feststellungen der Tag gekommen sein, an dem jeder Tropfen Harzwasser, der nicht unbedingt für andere Zwecke verwendet werden muß, dringend für die Wasserversorgung gebraucht wird. Der gegenwärtige jährliche Wasserverbrauch in Niedersachsen ist mit 450 Mill. cbm ermittelt worden. Schon im Jahre 2000 rechnet man mit einem Verbrauch von 1,1 Mrd. cbm. Hinzu kommen nun noch die Wünsche Hamburgs und Bremens auf Beteiligung an der Wasserversorgung Niedersachsens, was eine weitere Bedarfssteigerung um 800 Mio cbm ausmachen wird. Von diesem Mehrbedarf können etwa 100 Mill. cbm aus dem Harz gedeckt werden, was einen bemerkenswerten Anteil bedeutet, wenn man die Flächengröße des Harzes mit der Fläche des niedersächsischen Raumes vergleicht. Mit der 45 Mill. cbm fassenden neuen Granetalsperre verfügt der Harz jetzt über drei vornehmlich der Trinkwasserversorgung dienende Talsperren. Weitere werden folgen müssen. Einige andere Harztalsperren, wie die Innerstetalsperre, dienen in erster Linie dem Hochwasserschutz, eine Aufgabe, die neben der Trinkwasserversorgung auch die Granetalsperre zu erfüllen hat.
Im übrigen ist man in Niedersachsen, wie auch in anderen Gebieten, in erster Linie auf das Grundwasser angewiesen, über dessen zur Verfügung stehende Gesamtmenge man jedoch keine genauen Angaben besitzt. Die Untersuchungen dafür sind im Zuge der Ausarbeitung eines wasserwirtschaftlichen Rahmenplanes, wie er zum Beispiel für das Fuldagebiet bereits besteht, im Gange. *Aus: Die Weser 11/69*

GEGRÜNDET 1865

Dyckerhoff & Widmann

KOMMANDITGESELLSCHAFT
BAUUNTERNEHMUNG HOCH- UND TIEFBAU
BETONWERKE, SCHLÜSSELFERTIGE BAUTEN

NIEDERLASSUNG BREMEN 28 BREMEN POSTFACH 1775

112 deutsche Städte beweisen:

Gesunde Umwelt — erste Bürgerpflicht

Landeswettbewerbe „Bürger, es geht um Deine Gemeinde" mit großem Erfolg abgeschlossen

Um im Bundesgebiet diejenigen Städte festzustellen, die besonders vorbildlich und unter aktiver Beteiligung ihrer Bürger die städtebauliche Entwicklung vorbereiten und verwirklichen, schrieb der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen einen Bundeswettbewerb aus. Dies erfolgte im Einvernehmen mit dem Deutschen Gemeindetag, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städtebund und dem Deutschen Städtetag. Die Organisation und Durchführung dieses Wettbewerbs übertrug der Minister der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, die den ersten gleichlautenden Wettbewerb vor vier Jahren ebenfalls erfolgreich durchgeführt hat.

Alle Gemeinden der Größenordnung von 3000 bis 50 000 Einwohner konnten sich beteiligen. Voraussetzung war allerdings, daß sie sich in einem vorausgegangenen, gleichlautenden Landeswettbewerb für eine Teilnahme am Bundeswettbewerb qualifiziert hatten.

Diese Landeswettbewerbe sind jetzt abgeschlossen und von den einzelnen Ländern diejenigen Gemeinden benannt, die als landesbeste am Bundeswettbewerb teilnehmen werden. In **Baden-Württemberg** haben sich neun Gemeinden am Landeswettbewerb beteiligt, zwei davon können am Bundeswettbewerb teilnehmen: Sindelfingen und Spaichingen. In **Bayern** wurde der Appell des Wettbewerbs besonders freundlich aufgenommen. 25 Gemeinden stellten sich im Landeswettbewerb. Fünf von ihnen nehmen am Bundeswettbewerb teil: Aschau, Dillingen, Kempten, Traunreut und Treuchtlingen.

Als guter Motor zur Neuordnung der Umwelt erwies sich der Wettbewerb in **Hessen.** Zehn hessische Gemeinden beteiligten sich, drei davon qualifizierten sich für die oberste Stufe. Es sind: Allendorf, Wetzlar und Zierenberg.

21 Städte nahmen in **Niedersachsen** am Landeswettbewerb teil. Die Landesjury benannte fünf von ihnen für den Bundeswettbewerb: Bremervörde, Hameln, Jever, Rotenburg und Vienenburg.

Das Land **Nordrhein-Westfalen,** in dem der damalige Minister Joseph Franken den ersten Wettbewerb als eine Art Modell gestartet hatte, nutzte auch diesen Wettbewerb als Anregung, um menschengerechte, städtebauliche Leistungen zu fördern. Es beteiligten sich 22 Städte und Gemeinden, von denen sechs am Bundeswettbewerb teilnehmen werden: Bergkamen, Bigge-Olsberg, Brüggen, Büttgen, Kempen und Schleiden.

In **Rheinland-Pfalz** qualifizierten sich zwei Gemeinden für den Bundeswettbewerb, es sind Speicher und Wittlich. Am Landeswettbewerb beteiligten sich zehn Gemeinden.

Die Gemeinden Elmshorn, Kronshagen und Tarp werden das Land **Schleswig-Holstein** sicher würdig im Bundeswettbewerb vertreten, nachdem insgesamt elf Gemeinden am Landeswettbewerb dabei waren.

Das **Saarland** hat für den Bundeswettbewerb „Bürger, es geht um Deine Gemeinde" einen Teilnehmer gemeldet. Es ist die Gemeinde Rohrbach. Am Landeswettbewerb haben sich vier Gemeinden beteiligt.

Die Vorprüfung der 27 Einsendungen der Teilnehmer am Bundeswettbewerb „Bürger, es geht um Deine Gemeinde" hat das Institut für Städtebau und Siedlungswesen in Bonn (Direktor Prof. Dr. Gassner) übernommen.

Um der Bundesprüfungskommission, die im November 1970 im Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen zusammentritt, ein möglichst gerechtes Abwägen der einzelnen Leistungen zu gewährleisten und um auch den Gemeinden gerecht zu werden, die ihre Planungsunterlagen und Berichte aus sachlichen Gründen nicht wettbewerbsgemäß ausarbeiten können, wird im Juli eine Reisejury der Bundesprüfungskommission die genannten 27 Städte und Gemeinden aufsuchen, um die eingereichten Unterlagen durch visuelle Prüfung an Ort und Stelle zu ergänzen. Nur so ist eine gerechte Beurteilung möglich.

Die Reisejury besteht aus: Ministerialrat Klaus G. Schöning, Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen, Generalsekretär Horst Hammler, Deutsche Gartenbau-Gesellschaft und Dr.-Ing. Herbert Strack, Wissenschaftlicher Rat im Institut für Städtebau und Siedlungswesen.

D.G.G. eV., 1. 7. 70

Seit 1828

im Dienst der bremischen Wirtschaft

CARL F. PLUMP & CO · BANKHAUS

Am Markt 19 · Telefon 32 02 31

„Dadego"
Dachdecker-Genossenschaft Bremen eGmbH.
Hermannstraße 6-12 — Ruf (0421) 55 00 09
Ausführung von Dach-, Asphaltierungs- und Isolierarbeiten und Fassadenverkleidungen

Wand- und Bodenfliesen, Mosaike,
Baukeramik und Schwimmbäder
keramische Fassadenverkleidungen
Lieferung und Verlegung:
Georg Behrens Fliesenfachgeschäft
BREMEN, Utbremer Straße 36 Ruf 38 37 50
Filiale: Bremerhaven, Spadener Str. 58 a Ruf 99 - 81447

AUGUST JÜRGENS
GARTENBAUUNTERNEHMEN
NIENBURG/Weser, Rühmkorffstraße 5
Ruf 36 48
Ausführung neuzeitlicher Wohn- und Siedlungsgärten sowie Werksgrünanlagen

J. H. AHRENS
Inh.: Adolf Ahrens
BAUUNTERNEHMUNG
DELMENHORST
Bremer Straße 83
Telefon (90) 30 77 und 30 78

Adolf Migge
Bau- und Industrieglas
Bleiverglasung
BREMEN
Wiedstraße 10, Ruf 38 19 16

Heinrich Glade & Sohn
HOLZBAU · HOCHBAU
BREMEN, Kattenturmer Heerstraße 320
Fernruf 57 03 01 / 57 03 02

Fritz Schubert
Bauklempnerei und Installation
BREMEN, Osterfeuerbergstraße 130 - Ruf 38 18 35

Hermann Berger
Marmor und Naturstein
BREMEN - Huckelriede
Seesenthom 15 B
Telefon 57 02 83

Hinrich Heidmann & Söhne
Bautischlerei • Treppenbau • Innenausbau
Anfertigung von Leichtmetall- und Kunststoff-Fenstern
28 BREMEN-HUCHTING
Huchtinger Heerstraße 35/37, Ruf 58 00 52 - 54
Betrieb: Moordeich 2 - Varreler Landstr. 89

Willi Heinz
Schlosserei und mechanische Werkstatt
Privat: Flensburger Str. 55
Werkstatt:
Osterfeuerbergstraße 2
Ruf 38 75 90

W. Hennig KG.
Klempnerei · Heizungsbau
BREMEN
Osterholzer Heerstraße 85
Ruf 45 10 63

Hoch- u. Tiefbau
G. m. b. H.
DELMENHORST, Berliner Straße 100
Ruf 32 07

UMSCHAU

Der Superluxus der autogerechten Stadt
Prof. Karl Oettle: Dafür ist kein Geld da

Hartnäckig verfolgen bestimmte Gruppen immer erneut das Ziel, die Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von 36 Pf. auf 50 Pf. wieder heraufzusetzen — trotz der Erklärungen führender Politiker aller Fraktionen des Deutschen Bundestages, das daran nicht gedacht werde.

Prof. Dr. Karl Oettle, Verkehrswissenschaftler an der Universität München, hatte mit wissenschaftlicher Klarheit die Politiker nachdrücklich gewarnt, diesen Sirenenklängen einer neuerlichen Erhöhung der Pauschale Gehör zu schenken. Bus + Bahn hatte einen Teil seiner Argumentationen in Heft 26 veröffentlicht, ein Katalog von Argumenten, die Prof. Oettle vorher in der Hamburger „Zeit" einer interessierten Leserschaft dargelegt hatte. Karl Oettles Diktion zu diesem Thema in verkehrswirtschaftlicher, fiskalischer und sozialpolitischer Hinsicht soll heute seine damals bereits veröffentlichten Gedanken ergänzen. Sie wurden ebenfalls dem Beitrag in der „Zeit" entnommen. Hier Prof. Oettle:

In verkehrswirtschaftlicher Hinsicht wird vor allem zweierlei übersehen: **Erstens** trägt die steuerliche Begünstigung des Berufsverkehrs mit dem eigenen Kraftfahrzeug ganz erheblich zu dem Unfallnotstand wie zu dem Notstand der gegenseitigen Behinderung auf unseren Straßen bei. **Zweitens** konterkariert sie die großen Investitionsanstrengungen, die unternommen werden, um den öffentlichen Personen-Nahverkehr in Verdichtungsgebieten zwecks Straßenentlastung und Erhaltung der Funktionsfähigkeit unserer Städte attraktiver zu machen.

Die fiskalischen Überlegungen beschränken sich auf die Frage, ob die jeweilige Haushaltslage den mit der Pauschalgewährung verbundenen Einnahmenausfall des Staates tragbar erscheinen läßt oder nicht. Das ist völlig unzureichend! Außerdem müßten viel gewichtigere Ausgabeposten berücksichtigt werden. Einmal werden nämlich die öffentlichen Nahverkehrsanlagen, die heute im Kampf gegen Verkehrsnotstände mit großem Aufwand geschaffen oder verbessert werden, von vornherein großenteils entwertet. Zum andern trägt die Gewährung der Pauschale in starkem Maße dazu bei, unsere historisch gewachsenen Städte als Wohn-, Geschäfts-, Kultur- und Verwaltungszentren funktionsuntüchtig zu machen.

Wird diesem Vorgang nicht Einhalt geboten, so müssen die städtischen Zentren durch kernlose, automobilgerechte Flächensiedlungen ersetzt werden. Was ein derart radikaler Umbau der Städte kosten würde, ist noch völlig ungemessen. Fest steht nur, daß die Mittel für diesen Superluxus in absehbarer Zeit nicht vorhanden sein werden.

In der sozialpolitischen Argumentation wird die Pauschale als „Abschreibung des Arbeitnehmers" verteidigt, die eingeräumt werden müsse, weil die Selbständigen mancherlei privaten Verbrauch als Betriebsausgabe deklarieren könnten. Darüber hinaus wird die Pauschale auch als ein geeignetes Mittel der Einkommensumverteilung angesehen. Was die Steuergerechtigkeit angeht, so gibt es durchaus die Alternative, die Abzugsmöglichkeiten der Selbständigen einzuschränken und ihren Mißbrauch strenger als bisher zu bekämpfen. Im übrigen wird die Steuerungerechtigkeit übersehen, die zwischen Kraftfahrzeugbesitzern und solchen Pendlern besteht, die nur den Tarif der öffentlichen Verkehrsdienste, nicht aber die hohen Kosten für die allein bequemlichkeitsadäquate Taxibenützung geltend machen dürfen. Ähnlich ungerecht wirkt die Pauschale auch, insoweit sie der Umverteilung von Einkommen dienen soll. Die Selektion nach dem Besitz eines Automobils ist denkbar einseitig, scheidet sie doch unter anderem gerade diejenigen aus, die besonders einkommensschwach sind und sich keinen Wagen leisten können. Wer die Einkommensverteilung für unbefriedigend hält, sollte deshalb mit Ausgleichsmaßnahmen beim Einkommen selbst und nicht bei der Verwendung von Einkommensteilen ansetzen.

Aus: Bus + Bahn 33/70

Der neue Elektro-Bus

Eine Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus den Firmen M.A.N., München, Bosch, Stuttgart, RWE, Essen und Varta, Frankfurt, stellt einen rein elektrisch angetriebenen Stadtlinien-Omnibus vor, der einen positiven Beitrag der Industrie zur Bekämpfung von Luftverschmutzung und Lärm im innerstädtischen Straßenverkehr leisten soll.

Dieser Bus ist als Musterfahrzeug so konzipiert, daß er im normalen Liniendienst eines Verkehrsbetriebes eingesetzt werden kann. Nach eingehender Werkserprobung wird dieser Bus in Koblenz im praktischen Betrieb eingesetzt.

Die Schwierigkeiten elektrisch angetriebener Kraftfahrzeuge, die ihren Energievorrat in einem Elektrospeicher mit sich führen, liegen auch heute noch im hohen Gewicht der Blei- oder Stahlakkumulatoren, die auf absehbare Zeit ausschließlich für diese Zwecke in Frage kommen. Damit sind Einbußen hinsichtlich Nutzlast, Antriebsleistung und Aktionsradius verbunden, deren weitgehende Vermeidung Aufgabe der vorgestellten Lösung ist.

So konnten folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Die für den Verkehrsfluß wichtige Fahrzeugbeschleunigung entspricht der von heute üblichen Stadtlinien-Omnibussen. Da ein Schaltgetriebe entfällt und stufenlos mit dem hoch überlastbaren Motor angefahren wird, sind sogar Vorteile im Fahrverhalten zu erwarten.

2. Die Nutzlast und das Fassungsvermögen bleiben voll erhalten, da das Batteriegewicht von einer eigenen Anhängerachse getragen wird.

3. Für einen Dauereinsatz „rund um die Uhr" ist ein Aktionsradius erforderlich, der mit einer Batteriefüllung nicht zu erreichen ist. Durch die Zusammenfassung der Batterie zu einem Block und die Entwicklung eines Batterie-Schnellwechselsystems wird dieser Nachteil weitgehend kompensiert.

4. Da Kupplung und jede Art von Schaltgetriebe wegfallen, ist die Bedienung des Fahrzeuges ebenso einfach wie mit einem automatischen Getriebe. Dies bedeutet eine Entlastung des vom Verkehr hoch beanspruchten Fahrers.

Die Kapazität einer Batterieladung reicht bei vollbeladenem Omnibus für eine Fahrstrecke von rund 50 km. Dies genügt einschließlich Sicherheiten für 2 bis 3 Stunden Fahrbetrieb. Während der gleichen Zeit wird eine Austauschbatterie in der Wechselstation wieder aufgeladen. Durch Bereitstellung einer für den Tagesbedarf ausreichenden Zahl von Austauschbatterien kann später das Aufladen auf die Zeit des billigen Nachtstroms verlegt werden.

Der voll mechanisierte und später automatisierbare Batteriewechsel nimmt nur wenige Minuten in Anspruch. Er kann vom Fahrer selbst bewerkstelligt werden und stellt keine Behinderung für den an einen bestimmten Fahrplan gebundenen Bus dar.

Durch die elektronische Steuerung wird ein großer Teil der Bremsenergie wieder an die Batterie zurückgeliefert. In welchem Maß dies die Energiebilanz verbessert und den Aktionsradius vergrößert, müssen die Fahrversuche zeigen. Bei üblichem Betrieb und zwei Batteriesätzen fallen täglich zwei bis drei Lade-Entladezyklen an. Damit ergibt sich eine Batterie-Lebensdauer von etwa zwei bis drei Jahren. Die dringendste Aufgabe ist die Weiterentwicklung von leichten Energiespeichern, mit deren Hilfe folgende Verbesserungen möglich wären:

a) Deckung des Ganztagesbedarfs aus dem gleichen Batteriegewicht. Unterbringung dieser Batterie auf dem gleichen Batterieanhänger. Wegfall des zweiten Batteriesatzes und der Wechselstation. Wiederaufladung der Batterie mit Nachtstrom im Betriebshof.

b) Deckung des Tagesbedarfs aus einer noch leichteren Batterie. Unterbringung im Omnibus selbst und dadurch Wegfall des Batterie-Anhängers. Aufladung mit Nachtstrom.

Grether & Meier
Verglasungswerkstätten · Kunst- u. Bauglaserei
BREMEN, Hansestraße 24, Ruf 38 14 55
Ausführung sämtlicher Glaserarbeiten
Spezialität: Ganzglas-Konstruktionen

A. G. RÖHRS & CO.
Kies- und Sandbaggerei
Hamburger Straße 36, Ruf: 49 07 71 u. 49 07 72

KARL A. MÜLLER KG
BAUUNTERNEHMUNG
kamii
HOLZWERKSTÄTTEN
BEWO
BETONWERK OCHTUM
Hauptverwaltung: BREMEN
Am Alten Sicherheitshafen 1 Tel.: 541061

PAUL DASENBROOK
MALERMEISTER
BREMEN, Gustav-Adolf-Str. 7 – Ruf 38 71 67

SEIT 1902
Ruf 32 62 69
Hohnholt
Ruf 32 69 19
LICHTPAUSEN FOTOKOPIEN
GROSSFOTO REPRODUKTION
FOTODRUCKE ZEICHENBEDARF
FRIEDRICH C. HOHNHOLT, Bremen, Buchtstr. 10

baustoff markt
STOLZENBACH
★ 45 01 75

Fliesen und Marmor
WALTER PLASS
DELMENHORST, Oldenburger Straße 21
Tel.: 21 31 + 36 54 + 55 69

Franz Wilh. Felzmann
BAU- UND MÖBELTISCHLEREI
Innenausbau - Fenster - Treppen
Möbel-Verkauf
Spezialität: Zimmertürenbau
BREMEN-HEMELINGEN, Hahnenstraße 19
Ruf 45 14 18

H. Strangmann
DACHDECKERMEISTER
BREMEN, Holunderstraße 65
Telefon 45 31 34
Asphaltierung
Dachdeckung, Isolierung

Beleuchtungshaus
Berthold
Elektrische Licht- u. Kraftanlagen - Antennenanlagen
Beleuchtungskörper und Elektrogeräte
Osterstraße 32/33
Ruf 50 15 86

KARL SCHUNKE
BAUGESCHÄFT
BREMEN, Horner Straße 73, Ruf 49 08 76

Ludwig Sander
Malermeister
BREMEN, Achterdiek 51, Ruf 48 20 17

MICHELSEN & WEYDEMANN
Verlegung sämtlicher Fußbodenbeläge
z. B. Linoleum, PVC, Parkett
Teppichauslegeware
Techn. Großhandel - Techn. Isolierungen
Schwimmende Estriche
BREMEN-NORD, Tel.: 66 90 72 / 73
An der Lobbendorfer Mühle 5
Fußboden-Ausstellungsraum: Lindenstr. 17
Telefon: 66 41 35
Blumenthal, Mühlenstraße 11
Telefon: 66 90 72

Der praktische Einsatz des Musterwagens muß zeigen, in welcher Entwicklungsphase der für die Reinhaltung der Luft erwünschte Batteriebetrieb wirtschaftlich gestaltet werden kann.

Technische Daten:

Eigengewicht des Omnibusses	rund 7700 kg
Eigengewicht der Batterie mit Großtrog	4050 kg
Eigengewicht des Anhängers	1350 kg
Nutzlast Bus: Entspricht dem eines Omnibusses mit Dieselmotor-Antrieb	
Zulässiges Gesamtgewicht	
Bus	16 000 kg
Anhänger	5400 kg
Länge des Busses	10 m
Länge des Anhängers	2,9 m
Leistung	108 KW = 147 PS
Überlastbarkeit	30% = 191 PS
Höchstgeschwindigkeit (vorerst)	60 km/h
Steigfähigkeit	11%
Betriebs-Nennspannung	360 V
Reichweite des Busses bei voller Auslastung	rund 50 km

Zuviel städtischer Straßenbau tötet die Stadt

(Aus: Bus + Bahn, April 70)

In einer städtebaulichen Grundsatzdebatte im Münchener Stadtrat sprach sich Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel nachdrücklich für eine grundlegende Umschichtung der Stadtfinanzen im Zusammenhang mit dem Straßenbau aus. Dr. Vogel erklärte wörtlich: „Mit jeder Milliarde, die man im Straßenbau in eine Stadt mehr hineinsteckt, führt man sie ihrem Tode näher."

Vogels Äußerungen wirkten sensationell. In Kreisen der Münchner Bevölkerung wurde kritisiert, daß diese Erkenntnis des Oberbürgermeisters zehn Jahre zu spät käme. Zwei der schönsten Münchner Plätze (Stachus und Sendlinger-Tor-Platz) seien vom Straßenbau zerstört worden. Dr. Vogel meinte, daß es zwar erforderlich gewesen sei, für den Autoverkehr eine Grundstruktur in Form des Altstadtringes, des Mittleren Ringes und mehrerer Tangenten zu schaffen, daß aber mit den bisher genehmigten Projekten ein Ende im Straßenbau der Innenstadt erreicht werden müsse.

Wegen der weitreichenden Bedeutung des Votums von Dr. Vogel hier ein Auszug aus dem Rathausprotokoll. Der Oberbürgermeister sagte u. a. noch: „Meine Überzeugung, daß wir mit dem Straßenbau in den bisherigen Dimensionen zu einem Ende kommen müssen . . ., ist durch meine Eindrücke in Amerika noch weiter gefestigt und verstärkt worden. Ich habe gesehen, daß Städte wie Los Angeles und New York neue Straßen bauen, ohne daß dadurch das Verkehrsproblem seiner Lösung auch nur einen Zentimeter nähergebracht wurde. Die Lösung kann nur lauten, das Netz, für das wir uns entschieden haben, in ein Gleichgewicht zu bringen, so daß es in sich stabil ist. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß mit einem noch so hohen Aufwand für den Straßenbau ein Zustand erreicht werden könnte, wo wir menschliche Verkehrsverhältnisse hätten.. Mir haben zwei Tage Smog in Los Angeles genügt, allein verursacht von den Autos bei einer Dichte von einem Wagen auf zwei Einwohner. Das geschah in einer Stadt, wo man ohne Auto überhaupt nicht mehr existieren kann, weil man ohne dieses Verkehrsmittel überhaupt nicht zum Geschäft, zur Schule oder zum Arbeitsplatz fahren kann. Ich bin der Meinung, daß wir eine entsprechende Umschichtung vornehmen müssen, aber nicht auf Kosten des Schienenverkehrsausbaus, der eher noch beschleunigt werden muß . . . Das bedeutet aber auch, beim Umschichtungsprozeß mitzugehen und nicht unter dem Druck des nächsten Bezirksausschusses oder des nächsten Autofahrers zu sagen ‚Bei mir muß das noch gemacht werden; diese Straße muß etwas breiter und jenes größer gemacht werden.' Das ist die Konsequenz . . ."

Luftverkehr

ADV-Verkehrslandeplätze im Jahr 1969

Auf 21 ADV-Verkehrslandeplätzen wurden im Jahr 1969 insgesamt 351 509 Starts im Motorflug und 54 320 Starts im Segelflug durchgeführt. Von den Starts mit Motorflugzeugen wurden dabei 4,5 Prozent (15 672 Starts) im gewerblichen Luftverkehr und 95,5 Prozent (335 837 Starts) im nicht gewerblichen Flugbetrieb durchgeführt.

Der gewerbliche Verkehr, der sich aus Passagier-, Reklame-, Bild-, Land- und Forstwirtschaftsflügen und sonstigen gewerblichen Flügen zusammensetzt, verteilt sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Landeplätze. Die meisten Starts im gewerblichen Luftverkehr wurden im Jahr 1969 auf dem Verkehrslandeplatz Essen-Mülheim (6536) registriert, gefolgt von Lübeck (2104) und Baden-Baden (1169). Damit wurden auf diesen drei Flugplätzen bereits 63 Prozent aller Starts im gewerblichen Luftverkehr auf den ADV-Verkehrslandeplätzen im Jahr 1969 durchgeführt. Die meisten Passagierflüge im Jahr 1969 weisen mit 1529 Starts Essen-Mülheim und Baden-Baden mit 1169 Starts auf.

Der nichtgewerbliche Luftverkehr auf den ADV-Verkehrslandeplätzen verteilt sich im Jahr 1969 zu 68 Prozent (228 803 Starts) auf Platzflüge und zu 32 Prozent (107 034 Starts) auf Überlandflüge. Eine weitere Aufschlüsselung des Platz- und Überlandverkehrs in die einzelnen Verkehrsarten „Allgemeine Flüge", „Werkverkehr" und „Schulflüge" zeigt, daß 67 Prozent der Starts im Platzflugverkehr als Schulflüge erfolgten, während bei den Überlandflügen 72 Prozent der Starts auf die Verkehrsart „Allgemeine Flüge" entfielen. Zu den „Allgemeinen Flügen" gehören private Reiseflüge, Sportflüge, Einweisungs- und Prüfungsflüge sowie geschäftliche Reiseflüge, die nicht im Werkverkehr durchgeführt werden. Flüge im Werkverkehr sind im überwiegenden Maße Streckenflüge, d. h. sie verlassen den Platzbereich, um auf einem anderen Flugplatz zu landen.

Die meisten Starts mit Motorflugzeugen im gewerblichen und nicht gewerblichen Luftverkehr auf den ADV-Verkehrslandeplätzen wurden im Jahr 1969 auf dem Verkehrslandeplatz Egelsbach registriert. Insgesamt starteten hier 52 104 Motorflugzeuge. In der weiteren Rangfolge stehen die Verkehrslandeplätze Bonn-Hangelar mit 34 060 Starts, Mönchengladbach mit 26 253, Karlsruhe mit 24 371, Baden-Baden mit 23 205 und Augsburg mit 21 362 Starts. Im Segelflugbetrieb verzeichnete Braunschweig mit 9011 Starts die größte Zahl, gefolgt von Bonn-Hangelar (7575) und Dinslaken (6586).

Beratung der Boeing-747-Abfertigung

Vertreter aller in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) vereinigten Verkehrsflughäfen berieten am 4. 2. 1970 in Frankfurt/M. über Abfertigungs- und Betriebsfragen im Zusammenhang mit dem unmittelbar bevorstehenden Einsatz der Boeing 747 in Deutschland. Diesem Treffen vorausgegangen sind in den letzten Jahren zahlreiche Zusammenkünfte auf nationaler und internationaler Ebene, in denen die technischen Probleme vorausschauend bearbeitet wurden. Die deutschen Verkehrsflughäfen können auf die Ergebnisse verschiedener ADV-Arbeitsgruppen zurückgreifen, an denen auch die Deutsche Lufthansa beteiligt ist.

Der letzte umfassende internationale Erfahrungsaustausch auf diesem Spezialgebiet fand unter Beteiligung der ADV im Oktober 1969 in Los Angeles statt. Im Sommer dieses Jahres soll in Köln/Bonn der internationale Meinungs- und Erfahrungsaustausch über den Betrieb von Großtransportern fortgesetzt werden.

Johann Bothe
BAUUNTERNEHMUNG Gegr. 1874
Straßen-, Tief- und Eisenbahnbau
Asphalt im Hoch- und Straßenbau
28 Bremen 1, Buntentorsteinweg 540
Ruf 57 40 11 und 57 32 33

MARMORFENSTERBÄNKE
BODENBELÄGE
TREPPEN + FASSADEN
WERTH+CO naturwerkstein
Bremen, Am Gaswerk 27/29
Telefon 54 10 79
FACHBETRIEB

Friedrich Schmidt
Dachdeckungs- und Asphaltgeschäft
Gegr. 1906
Hohentors-Heerstraße 156-160 · Ruf 50 13 04

KARL RUST
Kunstglaserei
Bildereinrahmung
BREMEN
Hastedter Heerstraße 161
Tel.: 44 17 64

Hans Lankenau
Bau- u. Maschinenschlosserei
BREMEN-LESUM
Burgdammer Postweg 23
Telefon 63 11 58

Strucks & Co
Strucks & Co
Ingenieurholzbau
Zimmereibetrieb
Greimbau
28 BREMEN - Westerholzstr. 39 - Telefon 45 00 27

Bauunternehmung
Herbert Haslinger
BAUMEISTER
BREMEN • Celler Straße 42 • Ruf 49 10 00

Paul Hempel
Spezialgeschäft
für Fliesenarbeiten
BREMEN, Wecholder Str. 19
Ruf 50 50 30

H. Röschmann
MALERMEISTER
Gegründet 1881
BREMEN
Fesenfeld 133
u. Lothringer Str. 4
Telefon 44 65 09

Mitglied der Elektro-Gemeinschaft
Elektro-Bau und Ing.-Büro
KURT TAMS Ing. V. S. J.
Licht - Kraft - Schwachstrom - Raumleuchten - Radio - Fernsehen - Antennenbau
BREMEN, Humboldtstr. 112/114
Fernruf 49 12 16

Tischlerhölzer aller Art
Spezialität: Afrikanische Tropenhölzer
liefert
ENNO ROGGEMANN
Holzhandlung und Holzimport
28 BREMEN, Gelsenkirchener Straße
Ruf 509 82 27

Albert Ehlers & Co.
Bauklempnerei und sanitäre Installation
BREMEN
Burchardstraße 41 - Telefon 38 23 48

Hermann Wagschal
Bautischlerei u. Innenausbau
Treppenbau
BREMEN-NORD
Platjenwerbe 36
Ruf 63 10 18

Großglaserei
Georg Pusch
Werkstatt für moderne Verglasung
BREMEN, Rückertstraße 34
Ruf 50 33 37

HEINR. THOM
ZENTRALHEIZUNGEN – KOKS – OEL – GAS
BREMEN
Brinkstraße 15/17, Telefon 38 74 59

Fritz Ahrens
Elektrotechnik
Beleuchtungskörper
Neuanlagen - Reparaturen
BREMEN, Landwehrstr. 73
Ruf 38 48 17

Heinrich A. Block
Glasschleiferei, Spiegelfabrik
Marmorwarenfabrik
Bremen, Münchener Str. 116-118
Ruf 38 16 56/57 — 38 20 16
Der leistungsfähige Lieferant für Fensterbänke, Spiegel Leichtmetallartikel f. d. Ladenbau

ANTON MEYER
Eisenbeton — Hoch- und Tiefbau
BREMEN, Neustadtswall/Ecke Schulstraße
Ruf 50 21 30

Sauberkeit
Schutz
Sicherheit

BREMER BÜRGERSTEIG-REINIGUNG
Haftpflichtversichertes motorisiertes Reinigungswerk
Bremen, Büro und Lager: Wendtstraße 36
Tel. 44 11 66

UMSCHAU

Grundsteinlegung für das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven

Am Sonnabend, 6. Juni 1970, wurde um 11.00 Uhr durch den Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Bürgermeister Hans Koschnick, der Grundstein für das Deutsche Schiffahrtsmuseum in Bremerhaven gelegt.

Dieses zentrale Deutsche Schiffahrtsmuseum wird westlich des Alten Hafens im historischen Ursprungsgebiet Bremerhavens inmitten der dort entstehenden großen Grünanlage, die sich eines Tages vom Radarturm bis zur Strandhalle erstrecken soll, errichtet.

Der Entwurf für das Gebäude stammt von dem Architekten Professor Dr. Scharoun, Berlin.

Die Bauzeit wird voraussichtlich zwei bis drei Jahre betragen.

Im Rahmen der Feierlichkeiten zur Grundsteinlegung für das Deutsche Schiffahrtsmuseum wurden bereits am Tage vorher das letzte deutsche Walfangschiff „RAU IX" und der 1924 in Bremerhaven gebaute Bergungsschlepper „SEEFALKE" in den Alten Hafen verlegt, wo sie als Museumsschiffe ihren letzten Liegeplatz erhalten.

Neben den offiziellen Empfängen durch den Senat der Freien Hansestadt Bremen und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven fanden u. a. folgende öffentliche Rahmenveranstaltungen statt:

Sonnabend, 6. Juni 1970: Eröffnung der Scharoun-Ausstellung in der Kunsthalle, Karlsburg 4, Einführungsvortrag: Dr. phil. Ulrich Conrads, Berlin.

Außerdem traf aus Anlaß der 10jährigen Partnerschaft Bremerhaven/Cherbourg am 5. Juni 1970 das französische Küstengeleitboot „LE FOUGUEUX" in Bremerhaven ein. Das Schiff machte ebenfalls im Alten Hafen fest und ist am 10. Juni 1970 wieder ausgelaufen. Die Offiziere und die Besatzung dieses französischen Geleitbootes haben an den Feierlichkeiten zur Grundsteinlegung für das Deutsche Schiffahrtsmuseum teilgenommen.

aus: Pressemitteilung der Stadt Bremerhaven 2. Juni 1970

Trümper & Wessels
Straßen- und Tiefbau
BREMEN, Habenhauser Landstraße 38
Ruf 57 06 27

Herausgeber: G. Iversen, Der Wiederaufbau, Verlag zur Förderung der Mitarbeit des Bürgers am Städtebau, 28 Bremen 1, Katharinenklosterhof 8—10, Tel.: (04 21) 32 41 90; Anzeigen: Kurt Pienkos (i. Hs. Bremer Treuhandgesellschaft für Wohnungsbau GmbH), Tel.: 3 67 01; Druck: Druck- und Verlagshaus Friedrich Pörtner, Bremen-Blumenthal, Kapitän-Dallmann-Straße 41/43. „Der Aufbau" erscheint vierteljährlich. Das Bezugsgeld für die Mitglieder der Gesellschaft „Bürger und Stadt" und der „Aufbaugemeinschaft Bremen" ist im Beitrag enthalten. Jahresbezugspreis: netto DM 17,05 + DM 0,95 Mehrwertsteuer = DM 18,— einschl. Postgebühren. Einzelstück netto DM 4,75 + DM 0,25 Mehrwertsteuer = DM 5,00 einschl. Porto. Bankkonto: Nr. 17 938, Norddeutsche Kreditbank AG Bremen, Postscheckkonto: Nr. 2818 28, Hamburg, Gerichtsstand Bremen. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Zum Abdruck angenommene Beiträge unterliegen der freien Verfügung des Herausgebers, wenn ausdrücklich nicht anders vereinbart. Die mit vollem Namen oder mit den Initialen gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Diese Jubiläumsausgabe kostet das Stück DM 7,50.